Sonderheft Nr.2
September 1997 5.-DM

DER RECHTE RAND

INFORMATIONEN VON UND FÜR ANTIFASCHISTINNEN

DER DEUTSCHE RITT NACH OSTEN



In diesem Heft

Wozu dieses Sonderheft ?

Deutschland hat den Blick auf ein östlich vergrößertes Reich nie aufgegeben. Seit 1945 wird auf den verschiedensten Ebenen daran gearbeitet, die Kontrolle über die „Ostgebiete" (wieder) zu erlangen. Die Vertriebenenverbände und zahllose rechte Organisationen versuchten und versuchen die angeblichen Gebietsansprüche in Osteuropa durchzusetzen. Die Erinnerung an die „Vertreibung als Unrecht" wird wachgehalten und die ehemals zum Deutschen Reich gehörenden Gebiete noch heute als Deutschland bezeichnet, obwohl sie seit Ende des Zweiten Weltkrieges auf Grundlage von international anerkannten Verträgen zu anderen Staaten gehören.

Die zentrale Forderung lautete dabei, daß die „Ostgebiete wieder ein Teil Deutschlands werden müssen - wobei ein militärischer Einmarsch in rechten Kreisen immer wieder, z.B. in der Zeitschrift „Der Schlesier", gefordert wurde. Der DDR beispielsweise wurde als souveräner Staat die Existenzberechtigung abgesprochen und ihr Territorium als „Mitteldeutschland" bezeichnet. Die Bundesregierung erkannte die DDR erst 1972 an. In zahlreichen Büchern aus Regierungskreisen wurde die Bezeichnung DDR noch in Anführungszeichen gesetzt. Sogar noch heute wird vom Verfassungsschutz Kaliningrad „Königsberg" genannt, wie es bis 1945 hieß. Die Gebietsansprüche auf polnisches, russisches, tschechisches und anderes, nicht unter deutscher Verwaltung stehendes Gebiet, einte und eint noch heute den rechten Rand von den militanten Stiefelfaschisten bis zur CDU/CSU. Der „real existierende Sozialismus", was immer man von ihm gehalten haben mag, und die Armeen des Warschauer Paktes machten die Landnahme lange Zeit gänzlich unmöglich.

Das änderte sich mit dem Zusammenbruch der realsozialistischen Staaten. Ebenso änderten sich die Strategien der verschiedenen Akteure und Interessenten an einer deutschen „Osterweiterung". Ihre Schritte sind teilweise widersprüchlich, teilweise ergänzen sie sich. Es gibt keine einheitliche Strategie für die „Heimholung". Es ist immer die Frage, wer im herrschenden Block den Ton angibt - die Neonazis derzeit sicher nicht - dafür die Vertreter der Industrie, der Bundesregierung und der NATO. Trotzdem reiten sie gemeinsam nach Osten; entscheidend und einend ist die gemeinsame Richtung.

Als Fallbeispiel sei die „Aussiedler-Politik" genannt. Als „politische Flüchtlinge aus den sozialistischen Terrorregimen" wurden die sogenannten Aussiedler jahrzehntelang in der BRD willkommen geheißen und politisch von Leuten wie Gerhard Löwenthal im ZDF-Magazin vermarktet. Das Umfeld der militanten Neonazis hörte wenig auf die eigenen Führer und verprügelte die „Polacken" und „Rucksackdeutschen" zeitgleich auf der Straße als „Ausländer", auch wenn ihnen die Bundesregierung zuvor irgendwelche „deutschen Identitäts- oder Blutsanteile" bescheinigt hatte. Vor ein paar Jahren begann die Diskussion darüber, wie man den Zuzug stoppen könne, politisch hatten die „Aussiedler" ausgedient. Heute wird ihnen eine neue Aufgabe bei der Aufrechterhaltung und Gründung sogenannter „Inseln des Wohlstandes" in den östlichen Ländern übertragen. Das Ziel ist die Gründung deutscher Enklaven, woraus sich perspektivisch deutsche Rechte und Interessen ableiten können.

Auch die Bundesregierung richtet seit Ende des Kalten Krieges - wobei man sich darüber streiten kann, ob der Kalte Krieg mit den Ostverträgen der Regierung Brandt oder erst mit dem Ende des „real existierenden Soziaslismus" endete - ihren Blick auf Erforschung deutscher Sitten und Traditionen in Osteuropa.

In diesem Heft sollen die verschiedenen großdeutschen und revanchistischen Akteure mit ihren jeweiligen Aktionsfeldern vorgestellt werden. Oft sind ihre Vorstellungen sehr unterschiedlich, teilweise widersprüchlich. Es eint sie der Wunsch, daß „der Osten" deutsch dominiert wird.

Zahlreiche Institute und Arbeitskreise (z.B. das „Bundesinstitut für Ostforschung" oder das „Studienzentrum Weikersheim") wurden gegründet, bzw. schon existente mit Millionenbeträgen unterstützt. Hier werden die ideologischen Begründungen und die nächsten Schritte für den Ostritt ausgebrütet.

Mit der Öffnung der östlichen Grenzen machten die Neofaschisten mobil. Es wurden sogenannte Hilfsgütertransporte organisiert, Immobilien aufgekauft, deutsche Schulen errichtet, deutsche Soldatenfriedhöfe umsorgt, Sprachkurse angeboten, Volkstanz gelehrt, Konzerte organisiert und Propaganda verteilt: Es wurde in den „Ostgebieten" Politik gemacht. Namen wie Manfred Roeder, Klaus Hoffmann, Joachim Siegerist und Dietmar Munier seien hier stellvertretend genannt. Sie versuchten Einfluß zu gewinnen und Stützpunkte aufzubauen. Vor allem in „Ostpreußen" tummelten sich die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands" (NPD), die „Wiking Jugend" oder die „Nationale Offensive".

Die Rechte und halboffizielle Organisationen wie der „Verein für das Deutschtum im Ausland" (VDA) organisierten Reisen in den Osten. Die rechten und konservativen Buchdienste und Verlage boten und bieten massenweise Videos und Bücher an. Reiseberichte, „ostdeutsche" Brauchtumspflege und -gewohnheiten, Schicksalsgeschichten über die Vertreibung, Kriegserzählungen usw. Der Markt wurde und wird überschwemmt mit Souvenirs aus und Material jeder Art über „die alte Heimat", mit dem einzigen Ziel, die gültigen Grenzen und Staatsverträge zu annullieren und den deutschen Anspruch auf diese Länder zu manifestieren. Die Geschichte soll rückgängig gemacht werden. Dazu braucht es eine Neuschreibung der Vergangenheit: Geschichtsrevisionismus.

Aus den Gedanken einer ver- und gefälschten Geschichtsschreibung, aus dem Konstrukt eines eigenen Weltbildes wird der aktive Wunsch nach Rache und Vergeltung, nach Revanche. Die ehemaligen großdeutschen Gebiete sollen rückgeholt, die Schmach der deutschen Niederlage gerächt werden.Das gilt vielleicht nicht für alle, die zum „Schlesiertreffen", zum „Sudetendeutschen Tag" o.ä. fahren um z.B. alte Bekanntschaften zu pflegen - aber: das politische Wachhalten und Neuentfachen des Gedanken und Wunsches nach Vergeltung prägt den Gehalt des Revanchismus.

Die meisten führenden Rechtsradikalen können heute nicht mehr nach Osteuropa reisen, sie haben Einreiseverbot. Ihre Arbeit ist überflüssig geworden, sie haben die Saat ausgebracht. An ihrer Stelle wirkt heute vorherrschend die offizielle Regierungspolitik. Die aktuelle Strategie heute heißt NATO-Einbindung und freie Marktwirtschaft - und das möglichst unter deutscher Vorherrschaft. Die erste Landsmannschaft der Vertriebenenverbände, die sich dieser Umstrukturierung anpaßte, war die „Landsmannschaft Ostpreußen". Im April 1991 gründete sich in Nachfolge der „Gemeinschaft Junges Ostpreußen" die „Junge Landsmannschaft Ostpreußen" (JLO). Die JLO sollte mit neuem Elan und unter angepaßten Prämissen die nachgewachsene Generation, die mit „Ostpreußen" nichts, außer Hörensagen, zu tun hatte, vertreten und so die Politik fortführen, die die Alten begonnen hatten. Die JLO stürzt sich dabei eleganterweise auch verstärkt auf den wirtschaftlichen Aspekt, wohlwissend, daß die ökonomische Landnahme auf der Linie der Bundesregierung liegt, die derzeit die hegemoniale Kraft in der „Ostpolitik" darstellt. Um diese Politik abzusichern, bedarf es - wie immer - auch der militärischen Komponente: der NATO.

Sowohl marktwirtschaftlich als auch militärisch werden sämtliche ehemals realsozialistischen Länder dem Diktat des Kapitalismus und der NATO unterworfen. Investitionen werden nur getätigt, wenn die Länder bestimmte Strukturanpassungsmaßnahmen vornehmen, ebenso wird die angestrebte NATO-Mitgliedschaft gehandhabt. Kriege werden heute nicht mehr nur militärisch geführt, die freie Marktwirtschaft übernimmt die Herrschaft über die Länder. Allerdings funktioniert das nur, weil die NATO die Märkte sichert - die militärische Option besteht weiterhin.

Dieses Heft soll verschiedene Akteure und ihre Aufgaben darstellen. Oft sind die jeweiligen Vorstellungen sehr unterschiedlich, teilweise widersprüchlich. Gemeinsam hegen sie den Wunsch, daß „der Osten" deutsch dominiert wird. Und es sieht so aus, als ob der freien Marktwirtschaft heute gelingt, was über 50 Jahre lang verhindert werden konnte: die Beherrschung Osteuropas.

Holger Kuhr

Deutsche „Wohlstands-Inseln"?

Zum Wiederaufblühen eines deutschen staatlichen Revanchismus gegenüber Osteuropa

Nachdem die bundesdeutsche Politik mit dem „Selbstbestimmungsrecht aller Deutschen" beim Anschluß der DDR seit 1989 so erfolgreich war, exportierte die deutsche Politik dieses Modell nach Osteuropa - was auch seine Auswirkungen auf die Politik gegenüber den Verbliebenen „deutscher Volksgruppen" in diesen Ländern hatte. Für die Bonner Politik gilt das „Selbstbestimmungsrecht aller Deutschen" auch für die „deutschen Volksgruppen" im Osten Europas.

In seiner Regierungserklärung zur deutschen Einheit vom 4. Oktober 1990 bezeichnete Bundeskanzler **Helmut Kohl** *die weltweite Stärkung des Schutzes der Menschenrechte - gerade auch die Rechte nationaler, ethnischer und religiöser Minderheiten - als zentrales Anliegen deutscher Außenpolitik. Dabei gehe es der deutschen Politik „nicht zuletzt um unsere deutschen Landsleute" in Osteuropa, so der Kanzler in seiner Regierungserklärung vor dem Bundestag am 30. Januar 1991. Danach sieht es der Kanzler als wesentliches Ziel deutscher Politik an, Voraussetzungen zu schaffen, damit die in der angestammten Heimat verbliebenen „Deutschen" nicht allein in der Ausreise den einzigen Ausweg sehen, sondern in der Heimat eine gesicherte Zukunft für sich und ihre Kinder finden und sich frei entscheiden. Dies setzte aber, so der Kanzler, „den Schutz ihrer Rechtsstellung ebenso voraus wie die Chance zur Pflege ihrer Sprache, Kultur und Tradition sowie die Freiheit der Religionsausübung, mit einem Wort: die Erleichterung ihrer Lebensumstände".*

Die Betreuung der Verbliebenen der sogenannten deutschstämmigen Bevölkerung in den osteuropäischen Staaten (hauptsächlich in Polen und der ehemaligen Tschechoslowakei) war bisher überwiegend von den staatlich geförderten revanchistischen Vertriebenenverbänden geleistet worden. Die staatliche Politik war seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs daran ausgerichtet, die Auswanderung der „Deutschen" „in die Heimat" zu erreichen. Die Bundesrepublik als Fluchtburg für alle „Deutschstämmigen" aus Osteuropa, das war Politik aller Bundesregierungen seit den Anfangstagen des Kalten Krieges.

Mit der Wiedervereinigung 1990 und dem Abschluß des „2+4-Vertrages", in dessen Rahmen die Bundesrepublik ihre volle staatliche Souveränität sowie die volle außenpolitische Handlungsfreiheit erlangte, hat sich dies geändert. Jetzt ist die Volksgruppen- und Aussiedlerpolitik für die deutsche Politik wieder verstärkt ein zentraler Faktor staatlicher Politik im Rahmen ihrer Osteuropapolitik geworden. Heute geht es der deutschen Politik nicht mehr hauptsächlich um Aussiedlung, sondern darum, die „Deutschstämmigen" in Regionen der einzelnen osteuropäischen Länder zu halten und sie in geschlossenen Siedlungsgebieten mit autonomen Rechten zusammenzufassen. Dies forderte die Bundesregierung massiv von den osteuropäischen Regierungen. Mit sogenannten Nachbarschafts- bzw. Freundschaftsverträgen erreichte die Bonner Politik seit 1991 mit allen osteuropäischen Staaten Regelungen über die Ansiedlung und den damit verbundenen autonomen Rechten für die „deutschstämmige Volksgruppe".

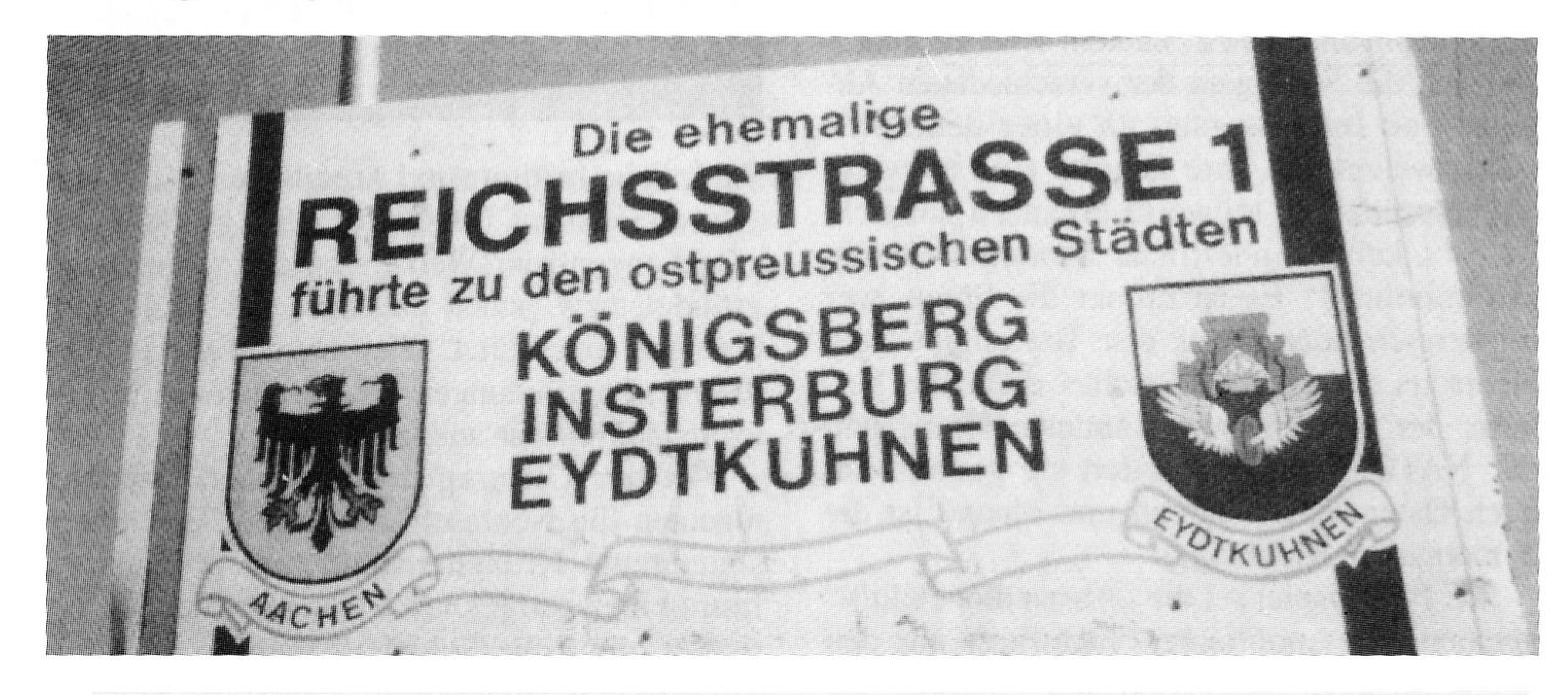
Die Grundlage: das deutsche „völkische Prinzip"

Die wesentliche Grundlage dieser Volksgruppen- bzw.- Aussiedlerpolitik ist das deutsche völkische Prinzip. Bei der deutsch-deutschen Vereinigung rückte das „völkische Prinzip" wieder in den Mittelpunkt, während der Asyldebatte gab es den Ausschlag bei der Abschaffung des Asylrechtes und den Mordüberfällen auf Nichtdeutsche. Bei der Migrations- und Einwanderungspolitik ist es der bestimmende Faktor, in der Außenpolitik definiert es ein Selbstbestimmungsrecht sogenannter eigenständiger „Völker" innerhalb von Staaten.

Die völkische Fiktion eines naturgegebenen Volkes ist alles andere als eine romantische Idylle. Denn die vom völkischen Denken definierte natürliche Einheit des Volkes bekommt im politischen Kontext ihre volle Funktion. Zu diesem Begriff von Volk gehört unvermeidbar die Forderung, diesem Volk auch seinen eigenen Staat zu gewähren. Hier ist die Verbindung zur Nation, der völkisch-ethnischen definierten Nation. „Volk" und „Nation" werden nicht als Willensgemeinschaft derer verstanden, die auf einem bestimmten Territorium leben, sondern als eine Abstammungsgemeinschaft. Die Herleitung der Staatsangehörigkeit wird im völkischen Nationalismus als Blutsgemeinschaft definiert, als völkisches „ius sanguinis"-Prinzip, wie es bis heute in Deutschland praktiziert wird. Damit grenzt es alle anderen Menschen aus, die auch noch auf dem Territorium des Staates leben. Das völkische Denken zieht einerseits seine unerbittlichen Grenzen zwischen dem deutschen Volk und den von diesem definierten „Fremden". Andererseits grenzt das völkische Denken die „Fremden", als Bedrohung des deutschen Volkes, nicht einfach nur aus, sondern schafft durch die Ausgrenzung auch immer ein Zusammengehörigkeitsgefühl, das für die unerläßliche Integration einer Gesellschaft notwendig ist.

Neben der innenpolitischen Ausrichtung an dem völkischen Prinzip findet das völkische „ius sanguinis"-Prinzip - kaum weniger bedrohlich - auch in der deutschen Außenpolitik heute wieder seine Anwendung. Und dies auf zwei Ebenen:

Zum einen findet die außenpolitische Anwendung des völkischen Prinzips in der Form statt, daß es in andere Staaten, bis heute hauptsächlich in die mittel-, südost- und osteuropäischen Staaten, exportiert wurde. Mit der völkisch-ethnischen Definition von Volksgruppen und der darauf begründeten Nation sowie mit dem „Selbstbestimmungsrecht der Völker" wurde die Parzellierung des sowjetischen, des jugoslawischen und des tschechoslowakischen Staates von deutscher Seite begründet und unterstützt. Die Argumentation der deutschen Politik war dabei, die Schaffung von homogenen Nationen und Gesellschaften zu fördern: „Im nationalen Interesse" dürfe sich ein Staat nicht „zu einem multinationalen und multikulturellen Gemeinwesen entwickeln (...) solchen Entwicklungen (müsse; Anm. d.V.) bereits im Ansatz begegnet werden. Die Bewahrung des eigenen Charakters sei das legitime Ziel eines jeden Volkes und Staates" (vgl. D.W. Bricke: Minderheiten im östlichen Mitteleuropa, 1995) - so die Position des Bonner Innenministeriums. Zugleich waren Staaten wie Jugoslawien und die Tschechoslowakei Produkte der Nach-

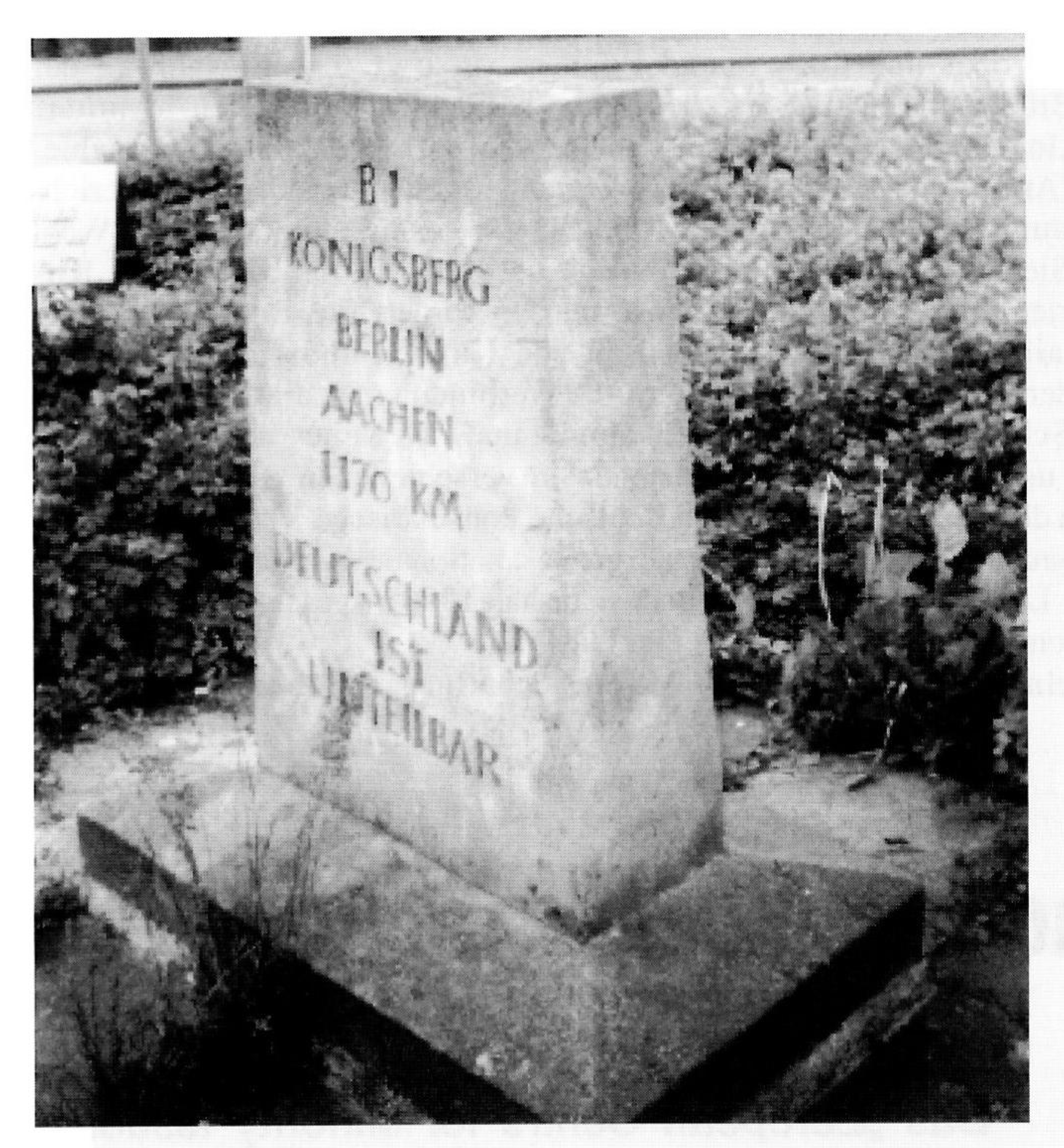


Deutsch-Niederländische Grenze in Vaals bei Aachen. Großdeutsche Raumordnung...

kriegsverhandlungen 1918/19. Im deutschen „Trauma“ von Versailles verbarg sich nicht nur der Haß auf das Versailler „Diktat“, sondern auch der Wunsch nach der Korrektur „künstlicher“ Grenzen. Dies brachte der ehemalige Verteidigungsminister, Staatsrechtler und heutige stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Rupert Scholz**, auf den Punkt. Scholz hat das deutsche Interesse an einer völkischen Selbstbestimmung zum Aufbrechen bestehender Hemmnisse Deutschlands schon 1991 formuliert. Europa habe, so Scholz, „heute nicht nur die Folgen des Zweiten, sondern auch die Folgen des Ersten Weltkriegs im Lichte des Selbstbestimmungsprinzips zu bewältigen. (...) 'Jugoslawien' (von ihm in Anführungszeichen gesetzt!; Anm. d.V.) sei ein „künstliches Produkt einer von Anfang an äußerst labilen 'Nachkriegsordnung' nach dem Ersten Weltkrieg“ gewesen, das keine „nationale oder nationalstaatliche Homogenität“ besessen habe. Dies gelte möglicherweise auch für die Tschechoslowakei, „denn auch Tschechen und Slowaken sind äußerst verschieden“. „Originäre Völker“ müßten den „Weg zur staatlichen Selbständigkeit“ suchen, das Festhalten von „Nationen in ungewollten, widernatürlichen oder aufgezwungenen staatlichen Organisationen“ (nach „Die Welt“ vom 12.12.1991) müsse aufgebrochen werden. Die Staatsordnungen hätten nach 1918 und 1945 „die in multinationalen Staaten eingeschlossenen Völker, denen die nationale Unabhängigkeit verweigert blieb“ (vgl.: Europa-Archiv 6/1993), übergangen, so der „Welt“-Redakteur und ehemalige Staatssekretär **Lothar Rühl**. Genau diese Verbindung von „Volk“ und „natürlich“ macht die deutsche völkische Tradition aus und so gefährlich!

Die zweite Anwendung des völkischen Prinzips, im Rahmen der deutschen Außenpolitik, findet in der Volksgruppen- bzw. Aussiedlerpolitik statt. Denn diese Politik basiert auf einer rechtsverbindlich definierten Begriffskonstruktion, wer „Deutscher“ oder „deutscher Volkszugehöriger“ ist, die in der Tradition nationalsozialistischer Eindeutschungs-Ideologie steht und dem ein Volksbegriff zugrunde liegt, der nicht in der universalistischen Tradition des republikanischen Staatsbürgers steht, sondern der erneut „deutsch“ als nationale Bekenntnis- und Abstammungsgemeinschaft definiert.

Die Volksgruppen- und Aussiedlerpolitik beruht danach auf folgender Annahme: Aussiedler sind Deutsche im Sinne des Grundgesetzes. Im Artikel 116 Abs. (1) GG ist festgeschrieben, daß „Deutscher im Sinne dieses Grundgesetzes ist, vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelungen, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt oder als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit oder als dessen Ehegatte oder Abkömmling aus dem Gebiet des Deutschen Reiches nach dem Stand vom 31. Dezember 1937 Aufnahme gefunden hat.“ Daraus ergibt sich, daß Aussiedler „deutsche Volkszugehörige“ sind, die als Deutsche unter Deutschen leben wollen. Für Angehörige der deutschen Volksgruppe regelt das Bundesvertriebenengesetz (BVFG) von 1953 (in der Neufassung von 1993) in §6, wer deutscher Volkszugehöriger ist. Dort heißt es u.a.: „Wer sich in seiner Heimat zum deutschen Volkstum bekannt hat, sofern dieses Bekenntnis durch bestimmte Merkmale wie Abstammung, Sprache, Erziehung, Kultur bestätigt wird“ („Bestätigungsmerkmale“), ist „Deutscher“. Das „deutsche Volkstum“ ist, so die Richtlinien zur Anwendung des BVFG, zu verstehen „als nationalgeprägte Kulturgemeinschaft, d.h. als Gemeinschaft bei der zu sprachlicher und kultureller Übereinstimmung auch das Bewußtsein nationaler Verbundenheit hinzutreten muß“. Diese Fassung der Richtlinien für die Durchführung des Bundesvertriebenengesetzes ist bei allen bisherigen Überarbeitungen gleich geblieben!



... und bürgerlicher Germanisierungswille. Deutscher Gedenkstein in Hameln.

Hierauf basiert nicht nur das Vertriebenenrecht, sondern das gesamte deutsche Auslandsdeutschtum, denn als Vertriebene gelten nach dem BVFG auch diejenigen „Bekenntnisdeutschen“, die in den „zur Zeit unter fremder Verwaltung stehenden deutschen Ostgebieten, Danzig, Estland, Lettland, Litauen, die Sowjetunion, Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Jugoslawien, Albanien oder China“ leben und als „Aussiedler“ deklariert werden.

Die deutschen Kulturbringer

Eine weitere Voraussetzung für die deutsche Volksgruppenpolitik ist, daß „unsere deutschen Landsleute“ in den osteuropäischen Ländern ihre „nationale Identität“ bewahren, weiterentwickeln und ausleben können, damit sie nicht mehr „zur Minderheit in der eigenen Heimat“ (**Eduard Lintner** in: Deutschland-Archiv 1991, H.8) werden. Das „geistige-kulturelle Band zwischen der deutschen Minderheit und der deutschen Sprach- und Kulturnation“ (**Horst Waffenschmidt** in: Info-Dienst Deutsche Aussiedler; 1992, Nr. 37) soll wieder geknüpft und bewahrt werden. Aufgabe der deutschen Volkgruppenpolitik ist es, laut Innenstaatssekretär Waffenschmidt, auch, den deutschen Landsleuten das Gefühl zu vermitteln, „daß sie auf Dauer zur deutschen Sprach- und Kulturnation gehören.“

Das „Bekenntnis zur Geschichte der alten deutschen Kulturlandschaften im Osten“ ist der Bundesregierung dabei eine Herzensangelegenheit, denn „die 700-jährige Geschichte und Kultur dieser Regionen ist ein Bestandteil des geistigen Erbes der ganzen deutschen Nation. Die Erinnerung hieran wachzuhalten und das deutsche Kulturerbe aus dem Osten und im Osten zu pflegen, ist ein Gebot historischer Wahrhaftigkeit und nationaler Pflicht“, wie Innenminister **Manfred Kanther** auf dem „Tag der Heimat“ 1993 in Berlin versicherte. Dazu seien die „deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedler und die in ihrer angestammten Heimat lebenden deutschen Minderheiten“ berufen, so die Bonner Koalitionsparteien im Bundestag in einem Entschließungsantrag. Hier kommt wieder einmal das alte Sendungsbewußtsein der „Deutschen“ als „Kulturbringer“ klar zum Ausdruck.

Darüber hinaus betrachtet die Bundesregierung die Wiederherstellung der „nationalen Identität“ ihrer BürgerInnen in den osteuropäischen Staaten als ein „Symbol für die Wiedergutmachung erlittenen Unrechts“ an den deutschen Minderheiten und als ein Zeichen für die Glaubwürdigkeit bei der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umgestaltung (FAZ; 18.1.1992) sowie als Voraussetzung für weitere deutsche wirtschaftliche Hilfen.

In diesem Zusammenhang wird den „deutschen Volksgruppen“ heute wieder die besondere Aufgabe der, aus der Weimarer Zeit schon bekannten, „Brückenfunktion“ zwischen den Nationen zugewiesen. Die deutsche Minderheit ist nach Waffenschmidt besonders dazu berufen, diese „Brückenfunktion“ wahrzunehmen, da sie Kenntnisse zweier Sprachen und Kulturen habe, um so das Verständnis füreinander weiter zu stärken und zu festigen. Darüber hinaus haben die „Deutschen“ in den Ländern nicht nur eine Bedeutung als Arbeitskräfte, sondern können durch ihre Verbindungen zur Bundesrepublik bzw. zur Bundesregierung einen wichtigen Beitrag zur jeweiligen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung leisten, und somit hat ihr Verbleiben sehr positive Auswirkungen auf die Umgebung, in der sie leben, so der „Bericht der Bundesregierung zur Verbesserung der kulturellen Lage der Deutschen in Mittel- und Osteuropa.“

Die große „nationale" Hilfe für die „Deutschen"

Seit 1989 betreibt die Bundesregierung ihre offensive Volkstums- und Volksgruppenpolitik für die Ansiedlung der „deutschstämmigen" Bevölkerung in autonomen Gebieten und die Gründung von „nationalen deutschen Kreisen", den „Inseln der Hoffnung" (Horst Waffenschmidt). Sie ist Teil der Bonner Dezentralisierungs-, Regionalisierungs- bzw. Parzellierungspolitik gegenüber den osteuropäischen Staaten. Hier werden, verglichen mit der zum Teil desolaten politischen und wirtschaftlichen Situation Osteuropas und Rußlands, durch die „reichen Brüder und Schwestern" aus dem Westen „Inseln des Wohlstands in einem Meer der Armut entstehen", wie es die Süddeutsche Zeitung am 14.7.1992 richtig betitelte. In den Siedlungsgebieten (u.a. in Rußland: Westsibirien, in der Wolgaregion, im Südural, in Kaliningrad, in der Region um Leningrad; in der Ukraine; in Polen: im Oppeln-Gebiet (Schlesien); in der Tschechischen Republik usw.) fördert die Bundesregierung außerdem den gesamten verwaltungstechnischen Aufbau und alles, was die „Deutschen" so zum Leben brauchen. Bonn finanziert den Bau von Wohnungen für einheimische und zusiedelnde „Deutsche", fördert die soziale und wirtschaftliche Infrastruktur der Gebiete (Kindergärten, Schulen, Straßenbau, Ausbau des Telefonnetzes, Wasser- und Stromversorgung usw.). Bonn hilft mit der Vergabe von Krediten bei Existenzgründungen und der Modernisierung und Erweiterung bestehender Betriebe. Die „deutschen" landwirtschaftlichen Betriebe erhalten Saatgut, Düngemittel und neueste landwirtschaftliche Maschinen. Die Krankenhäuser in den entsprechenden Gebieten werden mit den neuesten medizinischen Geräten und Medikamenten ausgestattet. Die Schulen bekommen Deutschlehrer aus der Bundesrepublik und werden mit ausreichendem Lehrmaterial und Büchern versorgt. Zur Bewahrung der „deutschen nationalen kulturellen Identität" werden in den „deutschen" Siedlungsgebieten Begegnungsstätten gebaut und eingerichtet. Und für das geistige und seelische Wohl wird auch gesorgt. Mit den deutschen Kirchenverbänden fördert die Bundesregierung den Bau von Kirchen und Kirchenzentren. Damit die Verbindung in die „alte Heimat" nicht abreißt und sich weiter verstärken kann, entstehen in verschiedenen Siedlungsgebieten deutsche konsularische Vertretungen. Für diese große „nationale Aufgabe" waren im Bundeshaushalt 1996 insgesamt 300 Mio. DM eingeplant!

Mit der Schaffung von diesen „Inseln der Hoffnung" und der Unterstützung „deutscher Minderheiten" findet eine regionale, kleinräumig angelegte Intervention im Osten statt - ökonomisch, politisch und in der Zukunft vielleicht auch militärisch. Durch den gezielten Aufbau von „deutschen autonomen Verwaltungsgebieten" entsteht eine Art „Vorposten- und Statthaltermentalität" bei den jeweiligen „Deutschstämmigen" in den Regionen.

Bei der deutschen Volksgruppenpolitik handelt es sich nicht um auswärtige Kulturpolitik, sondern um reine Machtpolitik. Es geht darum, die Angehörigen der „deutschen Volksgruppe" in ihrem „Deutschsein" zu stärken, um sie als Drohpotential und Instrument deutscher Einflußpolitik zum Einsatz zu bringen. Mit ihren Ausbildungs- und Förderungsprogrammen zieht sich die Bundesregierung willfähige neue politische Eliten heran, auf die sie in Zukunft glaubt, bauen zu können. Diese neuen „deutschen" Eliten in den osteuropäischen Ländern und in Rußland kann die Bundesregierung, wenn es ihr politisch opportun erscheint, neben dem ökonomischen Faktor als zusätzliches Druckmittel einsetzen und so auf die jeweiligen Regierungen und deren Entscheidungen Einfluß nehmen.

Axel Hoffmann

Minderheitenschutz unter falschen Vorzeichen

Das „European Centre for Minority Issues" in Flensburg

Seit Ende letzten Jahres besteht im schleswig-holsteinischen Flensburg mit dem „Europäischen Zentrum für Minderheiten" (EZM), oder offiziell „European Centre for Minority Issues", eine Institution, die sich vorgeblich „der Forschung, Information und Beratung auf dem Gebiet der Minderheitenproblematik" widmet. Bei etwas genauerer Betrachtung ist festzustellen: nicht nur der Name, auch die inhaltliche Beschreibung des Tätigkeitsfeldes des Zentrums sind falsch. Das EZM ist weder eine europäische Institution, im Sinne eines von der EU getragenen Projektes, noch beschäftigt sich das Institut mit Problemen von schutzbedürftigen Minderheiten.

Das EZM ist ein Projekt der Staaten Bundesrepublik Deutschland (Bund und Land Schleswig-Holstein) und Dänemark, das größtenteils von Seiten der BRD finanziert wird. Die gesamte Vorplanung und der Aufbau des Zentrums zeigen, daß es lediglich um die Förderung sogenannter *nationaler Minderheiten und traditioneller Volksgruppen* geht. Von „Minderheitenförderung" in einem demokratischen Sinn kann daher, soweit die entscheidenden in Europa vertretenden Minderheiten - Migranten und soziale Minderheiten - ausgegrenzt werden, überhaupt nicht die Rede sein.

Zwar versuchte das Bundesministerium des Inneren seit dem konkreten Planungsbeginn 1993 das EZM als von der EU getragene Institution zu initiieren, allerdings scheiterte diese Vorstellung am Widerstand der europäischen Partnerländer, die schlicht kein Interesse an einer solchen Art der Minderheitenförderung hatten. Um diese Tatsache zu verschleiern und der Öffentlichkeit weiterhin eine europäische Trägerschaft der Organisation vorzugaukeln, formuliert die Bundesregierung auf eine Anfrage zweier bündnisgrüner Abgeordneter: Diese sei nicht „als binationales sondern als europäisches Zentrum" gegründet worden, welches „in der Startphase binational initiiert und finanziert wird". Tatsächlich bedeutet diese Antwort: das EZM wird von Dänemark und der BRD getragen, diese Betreiber erklären sich lediglich bereit, auch Dritte zuzulassen. Gegründet und inhaltlich ausgerichtet wird das Zentrum aber natürlich von den Initiatoren.

Vorsichtshalber spart die Satzung des EZM eine Definition dessen, was eigentlich seine Klientel ist, aus. Planung, örtliche Ansiedlung und die personelle Ausstattung des Instituts legen aber nahe, daß es ausschließlich um die Förderung von „nationalen", „volklich" zu bestimmenden Minderheiten geht. In einem Positionspapier des deutsch-dänischen Vorbereitungsausschusses für ein EZM aus dem Jahr 1993 heißt es: „In die Zusammenarbeit" soll „insbesondere die „Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen" (FUEV) einbezogen werden. Tatsächlich teilte das Bundesministerium des Inneren 1996 mit, die FUEV werde im Kuratorium des EZM vertreten sein. Der endgültige Sitz des EZM befindet sich heute in 300 Meter Entfernung zum Sitz der FUEV in Flensburg. Die FUEV, das belegt nicht zuletzt die umfangreiche Arbeit der Autoren Goldendach und Minow (insbesondere: „Von Krieg zu Krieg", Berlin 1996) steht in der Tradition der subversiven deutschen Außenpolitik unter dem Deckmantel der Minderheitenfrage. Sie sieht sich selbst in der Tradition der „Europäischen Nationalitätenkongresse", die von den Nazis als Mittel der Vorbereitung ihrer Überfälle auf europäische Nachbarländer benutzt wurden, kann aber auf eine Tradition pangermanistischer Einmischungspolitik zurückblicken, die älter ist als der Nationalsozialismus. Auch die personelle Struktur im EZM zeigt, wo das EZM hinsteuern soll: Im Vorstand des Zentrums sind

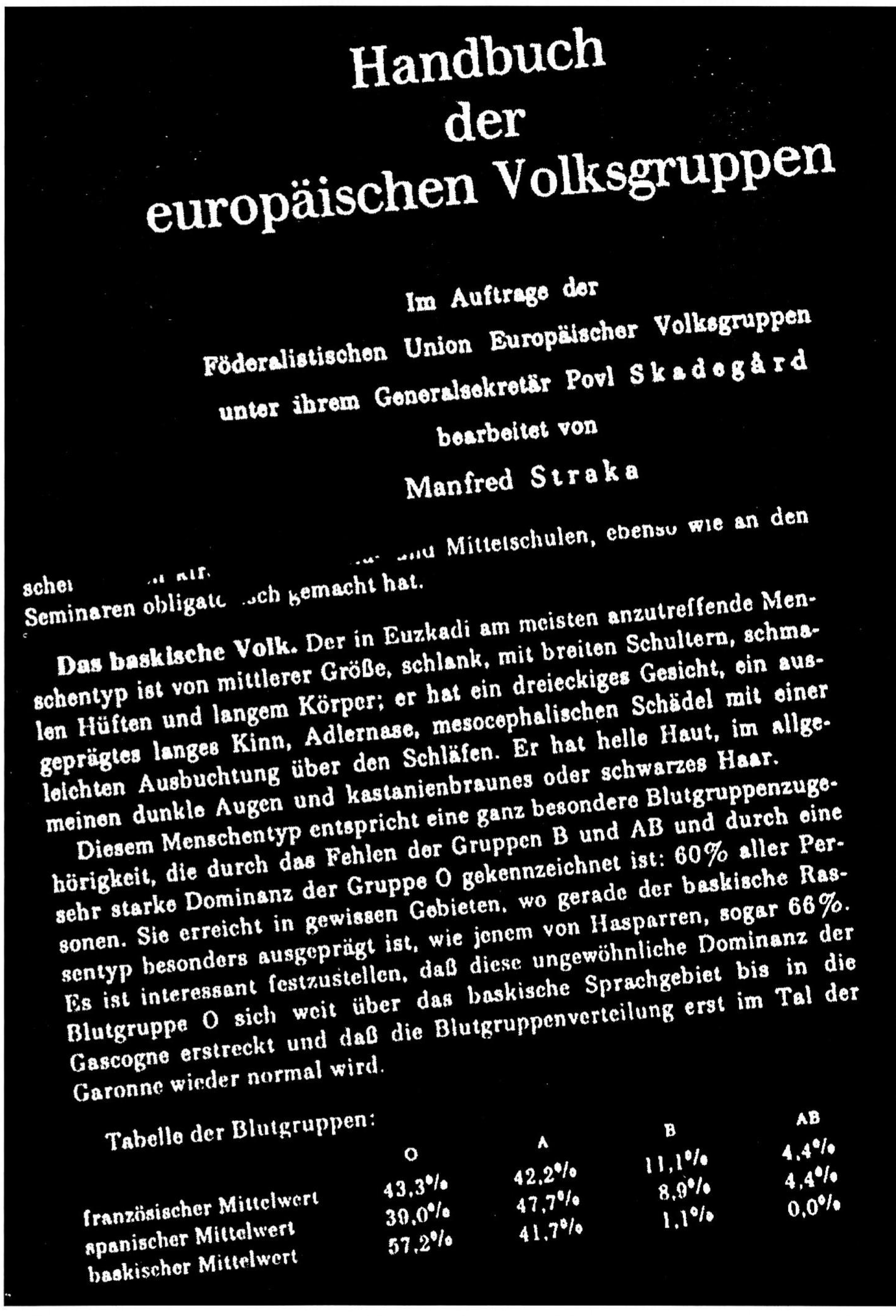
neben völlig unverdächtigen Personen wie dem ehemaligen dänischen Sozialminister **Andersen** und der schleswig-holsteinischen Sozialministerin **Tidick**, der CDU Bundestagsabgeordnete **Wolfgang Börnsen** und **Rainer Hoffmann** vertreten. Direktor ist **Stefan Troebst**. Börnsen tat sich in der jüngeren Vergangenheit insbesondere als Verfechter der Forderung nach Abschaffung des Asylrechts hervor. Schon etwas länger ist es her, als er als Lehrer eine Schulklasse von 16-jährigen dazu anleitete, einen Bittbrief für die Freilassung des Hitler-Stellvertreters **Rudolf Hess** zu schreiben. Börnsen unterschrieb den Brief „für die Klasse“, in dem es hieß, die Schüler könnten „nicht einsehen, daß fast dreißig Jahre nach dem Weltkrieg ein Mann stellvertretend für alle ... büßen muß“.

Rainer Hoffmann wurde zum „Minderheitenexperten“ durch Veröffentlichungen unter anderem mit **Dieter Blumenwitz** und **Dietrich Murswiek**. Der erste wird von der Süddeutschen Zeitung als „rechtsextremer Professor“ bezeichnet, letzterer war ehemals Mitglied des faschistischen „Nationaldemokratischen Hochschulbundes“. Beide schreiben seit langer Zeit „wissenschaftliche“ Titel, in denen insbesondere ein „Recht auf Heimat“ für die deutschen „Vertriebenen“ eingefordert wird. Hoffmann fordert ein Recht von „Völkern“ sich im „Extremfall“ gewaltsam aus den bestehenden Nationen herauszulösen - beste Aussichten für ein Europa, in dem nach Ansicht dieser „Minderheitenexperten“ bis zu 100.000.000 Menschen zu „Volksgruppen“ gehören, und damit ein Recht auf „nationale Selbstbestimmung“ hätten. Erstaunlich allerdings, daß fast alle diese Volksgruppen außerhalb Deutschlands angesiedelt sind.

Stefan Troebst, Direktor des EZM, tat sich in der jüngsten Vergangenheit insbesondere als Unterstützer der „Ehemaligen Jugoslawischen Republik Mazedonien“ hervor. Die Gründung dieses Kleinstaates mit kaum 2 Millionen Einwohnern, hat die BRD von Anfang an unterstützt. Troebsts Einsatz war ein Teil dieser Unterstützung. Troebst erkennt eine „posttitoistische albanische Siedlungsachse Montenegro-Kosovo-Südostserbien-Westmazedonien“ die nach „nationaler Selbstbestimmung“ verlange. Betroffen seien auch Bevölkerungsgruppen in Nordwestgriechenland. Als die Griechische Botschaft gegen die Infragestellung ihrer seit über 70 Jahren bestehenden Grenzen protestiert, reagiert die deutsche Öffentlichkeit kaum.

All diese Umstände lassen kaum einen Zweifel daran aufkommen, was der Arbeitsschwerpunkt des EZM sein wird. Trotzdem reagiert die Öffentlichkeit kaum, Protest dagegen wird kaum wahrgenommen. Selbst linke Kräfte bürsten die Vorwürfe gegen das EZM meist ab. Einerseits hängt das mit dem relativ geschickten Vorgehen der „Minderheitenschützer“ zusammen. Gegen Vorwürfe werden zumeist die dänisch-deutsche Minderheitenpolitik sowie die Sinti und Roma angeführt, die über ihre Interessenvertetungen im EZM aber auch beispielsweise in der FUEV vertreten sind. Neben diesen Umständen ist es aber auch ein fehlendes Verständnis der Begriffe „Minderheitenschutz“ oder „Selbstbestimmungsrecht der Völker“, die bis in die Linke hinein unhinterfragt angenommen und verteidigt werden.

Durch den Wegfall linker Inhalte seit Mitte der 80er eröffnete sich auch in ehemals fortschrittlicher Öffentlichkeit Raum für reaktionär-/völkische Argumentationen. War der Grund für die Unterstützung nationaler Befreiungsbewegungen ursprünglich (überwiegend) in der eigenen antikapitalistischen und antiimperialistischen Grundhaltung gelegen, so entstand nach und nach ein Vakuum; die mehr und mehr sinnentlehrten Forderungen und Verbundenheitsgefühle wurden bereitwillig aufgefüllt mit den Phrasen und ideologischen Versatzstücken, die von verschiedenen Seiten, wie z.B. der „Gesellschaft für bedrohte Völker“, angeboten wurden. Diese orientierten sich oberflächlich an den Kindheitserinnerungen und den aufkeimenden New Age-Phantasien der ehemaligen Antiimperialisten - „Vom Hopi-Poster zur Ethno-Solidarität” könnte eine Beschreibung so manchen Werdeganges überschrieben werden. Daß beispielsweise die Miskito-Indianer, die sich für ihre Selbstbestimmung gegen die revolutionäre Regierung Nicaraguas erhoben hatten, größtenteils vom CIA bewaffnet und von der rechtsradikalen „Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte” unterstützt wurden, störte soweit kaum einen ihrer neuen, ehemals prosandinistischen Unterstützer. Zum Teil mußten für diesen Wandel nicht einmal die Begrifflichkeiten verändert werden: das „Selbstbestimmungsrecht der Völker” konnte durch schlichte innere Wandlung vom Recht zum Widerstand gegen undemokrati-



Handbuch der europäischen Volksgruppen

Im Auftrage der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen unter ihrem Generalsekretär Povl Skadegård bearbeitet von

Manfred Straka

schei ... Mittelschulen, ebenso wie an den Seminaren obligat... ...ch gemacht hat.

Das baskische Volk. Der in Euzkadi am meisten anzutreffende Menschentyp ist von mittlerer Größe, schlank, mit breiten Schultern, schmalen Hüften und langem Körper; er hat ein dreieckiges Gesicht, ein ausgeprägtes langes Kinn, Adlernase, mesocephalischen Schädel mit einer leichten Ausbuchtung über den Schläfen. Er hat helle Haut, im allgemeinen dunkle Augen und kastanienbraunes oder schwarzes Haar.

Diesem Menschentyp entspricht eine ganz besondere Blutgruppenzugehörigkeit, die durch das Fehlen der Gruppen B und AB und durch eine sehr starke Dominanz der Gruppe O gekennzeichnet ist: 60% aller Personen. Sie erreicht in gewissen Gebieten, wo gerade der baskische Rassentyp besonders ausgeprägt ist, wie jenem von Hasparren, sogar 66%. Es ist interessant festzustellen, daß diese ungewöhnliche Dominanz der Blutgruppe O sich weit über das baskische Sprachgebiet bis in die Gascogne erstreckt und daß die Blutgruppenverteilung erst im Tal der Garonne wieder normal wird.

Tabelle der Blutgruppen:

	O	A	B	AB
französischer Mittelwert	43,3%	42,2%	11,1%	4,4%
spanischer Mittelwert	39,0%	47,7%	8,9%	4,4%
baskischer Mittelwert	57,2%	41,7%	1,1%	0,0%

Offener Rassismus in ungebrochener NS-Tradition - Ausriß aus einer Publikation der FUEV.

sche Unterdrückung in das Recht einer „Volksgruppe" auf „nationale Selbstbestimmung" umgedeutet werden. Der Spielraum für diese Umdeutung war schon alleine durch die ausschließlich der deutschen Sprache bekannte Doppelbedeutung des Wortes „Volk" eröffnet.

All dies kam nicht von ungefähr. Das große Manko der westeuropäischen studentischen Linken, nicht erkannt zu haben, daß der erste von ihr in großem Umfang unterstützte nationale Befreiungskampf - der des vietnamesischen Volkes (und ich benutze dieses Wort doch) gegen seine zunächst französische, dann US-amerikanische Besetzung - im Grunde der letzte seiner Art war, hatte eine klare Abgrenzung zu „völkisch" motivierten Befreiungskämpfen unmöglich gemacht.

Die klassische Grundlage nationaler Befreiungskämpfe war die Tatsache, daß der überwiegenden Mehrheit der Bewohner eines Landes die demokratischen Rechte durch eine fremde Nation vorenthalten wurden. Voraussetzung für jeden Kampf um (demokratische) Rechte war also die Befreiung von den Okkupanten. Die „Nation" als Einheit von (wenn auch nicht zwangsläufig demokratischer) Staatsvolk, Staatsgebiet und Staatsgewalt mußte also zunächst hergestellt werden. Erst danach konnte sinnvollerweise der Kampf um die Frage begonnen werden, auf welche Art diese Nation nun am besten regiert werden sollte.

Die Variante, die nun heute von Kräften, wie den im EZM vertretenen, verkauft werden soll, geht von völlig anderen Voraussetzungen aus. Für die sogenannten Volksgruppenrechte ist es nicht entscheidend, ob die einer solchen zugerechneten Menschen durch die Versagung demokratischer Rechte benachteiligt werden. Auch die Frage nach der Berechtigung von irredentistischen Kämpfen stellt sich erst gar nicht, soweit es sich bei der nach „Selbstbestimmung" heischenden Gruppe nur um eine „autochtone" Minderheit handelt. Andererseits werden Gruppen, die keine solche „autochtone" Gruppe darstellen, aber nach demokratischem, nationalstaatlichem Denken unbedingt Minderheitenschutz erhalten müßten, wie zum Beispiel Migrant/innen, Flüchtlinge, Homosexuelle und sozial Benachteiligte, vom Minderheitenschutz à la EZM vollständig ausgegrenzt. Während also EZM-Vorstandsmitglied Hoffmann im Einklang mit der FUEV, den Vertriebenenverbänden und „volklichen" Freunden aus den etablierten Parteien, zunehmend aber auch den Grünen, „volklichen" Minderheiten ein Recht zur (auch gewaltsamen) Sezession aus den bestehenden Nationen zuspricht, hetzt sein Mitautor Murswiek gegen die „Aufsplitterung der Nation in eine multikulturelle Gesellschaft" und gegen einen umfassenden demokratischen Minderheitenbegriff der „Stadtstreicher ... Homosexuelle oder Gruppen die einen 'alternativen' Lebensstil entwickeln, mit Sonderrechten ausstatten würde". Diese doppelte Minderheitendefinition - Schutz von vorgeblich bestehenden „volklichen" (man sagt nicht mehr völkisch) Minderheiten im Ausland, Benachteiligung von Millionen von Menschen innerhalb Deutschlands - ist aber keineswegs den Berufsvolksschützern wie Herrn Murswiek vorbehalten. 1994 scheiterte der Versuch, das Grundgesetz um den Satz „Der Staat achtet die Identität der ethnischen, kulturellen und sprachlichen Minderheiten" zu erweitern am kategorischen Widerspruch der Parlamentsmehrheit. Nur solche Minderheiten sollen geschützt werden, „die bei deutscher Staatsangehörigkeit seit Jahrzehnten bzw. Jahrhunderten in traditionellen Siedlungsgebieten ihre Heimat in unserem Land haben", so EZM-Vorstandmitglied Wolfgang Börnsen am 30. Juni 1994 im Bundestag. Keine „Minderheitenrechte" sollen jedenfalls beispielsweise die Millionen Menschen fremder Staatsangehörigkeit, die teilweise schon seit Jahrzehnten in der BRD leben und teilweise nicht einmal Stimmrecht bei Kommunalwahlen haben, also von den essentiellsten demokratischen Rechten ausgeschlossen werden.

Bislang steht Deutschland mit dieser Minderheitendefinition in Europa überwiegend alleine da. Das EZM/ECMI kann also als ein weiterer Versuch gesehen werden, diese Politik auszuweiten. Beim Kampf gegen diese Entwicklung haben sich die linken Kräfte bislang überwiegend in Richtung des europäischen Auslandes gewandt. Die Nachbarn Deutschlands müssen erkennen, daß hier schleichend ihre nationale Souveränität untergraben wird. Allein auf diese Weise wird die deutsche Volkstumspolitik aber nicht ernsthaft anzugreifen sein. Sie wurde seit über achtzig Jahren als subversive Geheimdiplomatie betrieben, die sich gerade durch Verschleierung und geschickte Tarnung behaupten konnte. Es wird vielmehr notwendig sein, in der BRD eine grundlegende Diskussion über die Frage des „Minderheitenschutzes" zu entfachen. Schätzenswert sind nach demokratischen Gesichtspunkten eben nur soziale Minderheiten, die gegenüber den nationalen Mehrheiten benachteiligt, vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen werden. Mit „Blut und Boden"-Volksgruppenpolitik kann am grundsätzlichsten gebrochen werden, indem der Kampf für die legitimen demokratischen Rechte sozialer Minderheiten in der BRD gestärkt wird, beispielsweise für das Wahlrecht von Immigranten.

Raimund Hethey

„Ostforschung"

Zentrales Instrument von Kapital und staatlich kontrollierter Wissenschaft zum Zwecke der Ostexpansion

Die ökonomische Erschließung und Beherrschung des „Ostens" wird nicht mit dem Profitstreben bundesdeutschen Kapitals und dessen Abhängigkeit von Rohstoffmärkten begründet. Für die Rechtfertigung ausbeuterischer Geschäfte und Expansionsgelüste stehen Kulturwissenschaften bereit, die hier unter dem Sammelbegriff „Ostforschung" erfaßt werden. Ziel der Forschung ist die Bewahrung eines Kulturerbes, dessen bedeutsamster Wert seine deutsche Zuordnung ausmacht.

So liegt die Aufgabe der heutigen Ost(europa)-Forschung mit ihren imperialistischen Wurzeln aus der Kaiserzeit fortdauernd darin, über „Kultur" Gebietsansprüche („Märkte") und Hoheitsrechte der „wahrhaft Deutschen" (Feuchtwanger) zu formulieren und propagandistisch zu verbreiten. Die Ostforschung bildete stets den geistigen Hort von Revanchismus und nach der militärischen Niederlage 1945 stellte sie die Zentren der psychologischen Kriegsführung.

In den Vorständen wissenschaftlicher Gesellschaften und Forschungseinrichtungen engagieren sich etliche Industrievertreter, die, zusammen mit Hochschullehrern, die ideologischen Maßgaben der Außen- und Wirtschaftspolitik ausdenken. Von der hochgeschätzten Freiheit der Wissenschaft und ihrer Losgelöstheit von bestimmenden Werten bleibt im Prokrustesbett des Kapitals nicht mehr viel übrig. Politisch orientiert sich die Wissenschaft an den Mustern der Herrschenden. Die „Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde", am 13. Oktober 1913 unter Initiative von Prof. **Otto Hoetzsch** in Berlin gegründet, beispielsweise, war eine reine deutschnationale Ideenschmiede, in der, insbesondere nach der Niederlage im I. Weltkrieg, die „Ostfrage" ständig offengehalten wurde. Hier wurden Überlegungen getroffen, wie Deutschland die verlorenen Gebiete wieder unter seine Macht bekommen könnte, dort wurde der Gedanke an die große Revanche gepflegt, die mit dem II. Weltkrieg angestrebt wurde und ebenfalls zu einer schmählichen Niederlage führte. Dies vergessen zu machen bemühte sich **Otto Wolff von Amerongen**, heutiges Vorstandsmitglied, in seiner Festrede zum 75-jährigen Bestehen der „Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde" sehr. Amerongen, auch Vorsitzender des „Ostausschusses der Deutschen Wirtschaft", macht sich in alter deutschnationaler Manier für den alleinigen Zugriff deutscher Unternehmen auf Rohstoffquellen in Rußland stark. So sprach er sich vehement gegen Joint-Ventures zur Erschließung neuer Erdöl- und Erdgasfelder in Rußland aus und forderte von den russischen Behörden die Erteilung von 100-prozentigen Konzessionen, also die Anwendung - so der Deutsche wörtlich - „einer Kolonialmethode."

Von Amerongen weiter: „das würde bedeuten, daß die Ausländer in Rußland die volle

Autorität über Förderung und Verkauf auch auf dem Inlandsmarkt hätten.“ (Vgl. Elsässer, Jürgen; In: junge Welt, Nr. 70/1995) In einem Interview mit der Wirtschaftswoche bezieht Wolff von Amerongen eine klare expansiv-revanchistische Position: Wolff: „Ich glaube nach wie vor daran, daß der Osten Zukunftsmärkte bietet. Aber die kann man nicht im Sturmangriff gewinnen, man muß viel Geduld haben.“ Frage: Welche Wachstumschancen geben Sie den einzelnen Ländern? Wolff: „Die Tschechische Republik, Ungarn und Polen liegen zweifellos vorn. Diese Länder dürften als verlängerte Werk-



Das Ende der revanchistischen Wissenschaft?

bank für deutsche Unternehmen ähnliche Bedeutung wie Portugal nach dem EG-Beitritt gewinnen. Aber auch der Slowakei und Rumänien räume ich gute Chancen ein, danach den baltischen Ländern.“

Die Gründung des „Seminars für osteuropäische Geschichte und Landeskunde“ in Berlin 1902 unter der Leitung des Baltikum-Forschers **Theodor Schiemann** (1847-1921) kann als Anfang imperialistischer „Osteuropaforschung“ gesehen werden. Ein neuer Abschnitt begann mit der Gründung der „Nordostdeutschen Forschungsgemeinschaft“ (NODFG) am 19. Dezember 1933 im früheren „Herrenhaus“ in der Leipziger Straße in Berlin.

Konzeptionsbildend wirk(t)en seitdem Forschungsinstitute, -gesellschaften und Lehreinrichtungen wie das „Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien“ in Köln (Professoren Dr. **Boris Meissner**, Dr. **Günter Stökl**, Dr. **Karl C. Thalheim**, Dr. **Gustav Wetter**), die „Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde“ (Zeitschrift „Osteuropa“, Prof. **Klaus Mehnert**), die „Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik“ (Leitung: Dr. **Karl Carstens**; Förderkreis: VW-Stiftung, Fritz Thyssen-Stiftung), der „Arbeitskreis für Ost-West-Fragen“ (Thalheim, **Giselher Wirsing**), die „Bundeszentrale für politische Bildung“, das „Gesamtdeutsche Institut, Bundesanstalt für gesamtdeutsche Aufgaben“ (**Herbert Wehner**), der „Forschungsbeirat für die Wiedervereinigung Deutschlands“, die „Akademie für Politische Bildung“, Tutzing, das „Institut für Gesellschaft und Wissenschaft“, Erlangen (Dr. **Clemens Burrichter**), die „Ostdeutsche Akademie“, Lüneburg, das „Institut zur Erforschung der UdSSR e.V.“, das „Osteuropainstitut an der Westberliner Universität“, das „Institut für Ostrecht e.V.“, die „Südosteuropa-Gesellschaft e.V.“, das „Südostinstitut“ (alle München).

Die dort erbrachten Forschungsergebnisse flossen oft direkt in die Arbeit der Institutionen ein, die eine offen revanchistische Zielstellung hatten. Dazu zähl(t)en u.a. der „Göttinger Arbeitskreis ostdeutscher Wissenschaftler e.V.“ (die Initiative zum Zusammenschluß der „Ostexperten“ ging von dem langjährigen [1922-1945] Kurator der Königsberger Universität, **Friedrich Hoffmann**, von **Joachim von Braun** und **Götz von Selle** aus.), das „Collegium Carolinum“, München (Mitbegründer: **Theodor Oberländer**, Ludendorff-Hitler-Putsch-Teilnehmer 1923), der „Adalbert-Stifter Verein e.V.“, München, die „Akkermann-Gemeinde“, München, die „Seliger-Gemeinde e.V.“, München, die „Deutsche Jugend des Ostens“, München, und die „Studiengesellschaft für Fragen mittel- und osteuropäischer Partnerschaft“, Wiesbaden (Prof. Dr. **Gotthold Rhode**) sowie das 1989 gegründete „Bundesinstitut für ostdeutsche Kultur und Geschichte“ (**Werner Broll**, CDU).

Die aktuelle „Standortdebatte“ mit ihrem deutschnationalen Gehalt geht zurück auf ein Werk des „Ostforschers“, Hoetzsch-Schülers und Mitglied des verschwörerischen Naumann-Kreises in den 50er Jahren, Klaus Mehnert, der bereits 1967 über den „deutschen Standort“ räsonierte. Zur fruchtbaren Kooperation zwischen Wissenschaft und Kapital weiß auch Wolff von Amerongen ein Loblied zu singen: „Die Mischung berufsmäßiger Wissenschaftler und Praktiker hat sich gerade im Hinblick auf die Entwicklung der letzten Jahre in Osteuropa bewährt. Sie hat manche vielleicht am Anfang etwas in Erstaunen gesetzt, aber später die Hochachtung gerade derjenigen gebracht, die sich die Regeneration, die Restrukturierung und Reformen in den osteuropäischen Ländern gewünscht haben, um zu helfen, in Europa oft artifizielle Gegensätze abzubauen, - nicht zuletzt, um damit gute Nachbarschaft und Frieden sichern zu helfen.“ (aus der Festrede zum 75-jährigen Bestehen der „Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde“).

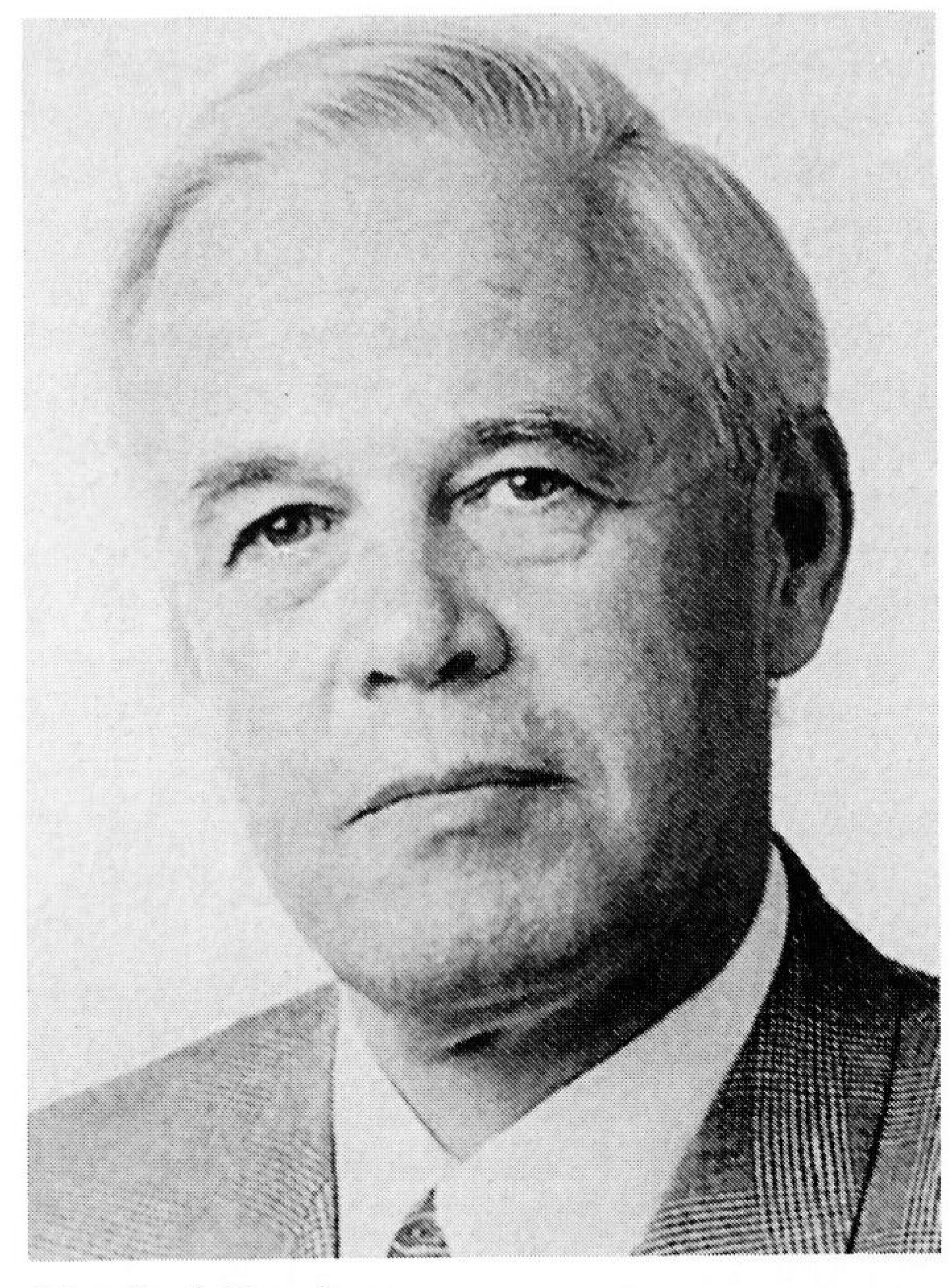
Bundesinnenminister Dr. **Manfred Kanther** (CDU) faßt die Aufgabe der „Ostforschung“ nach 1989 im Januar 1997 folgendermaßen zusammen: „Die genannten nach § 96 BVFG geförderten Einrichtungen wie auch weitere Wissensträger können nunmehr wesentlich stärker, als es in der Vergangenheit möglich war, dazu beitragen, den Wissens- und Kenntnisstand der heutigen Bevölkerung der früheren deutschen Gebiete und Siedlungsgebiete über die geschichtliche und kulturelle Vergangenheit dieser Gebiete zu verbessern und dieses Wissen in die kulturelle Gestaltung der Gegenwart einzubringen.“ (Bericht der Bundesregierung über ihre Maßnahmen zur Förderung der Kulturarbeit gemäß § 96 BVFG in den Jahren 1993 und 1994; BT-Drs. 13/6796 vom 20.01.1997) Im folgenden werden neben den aktuell geförderten noch weitere wichtige Wissenschaftseinrichtungen aufgeführt, nach ihren Standorten geordnet. Die pseudo-wissenschaftlichen Einrichtungen wie der „Herder-Forschungsrat“ in Marburg oder der „Göttinger Arbeitskreis“, der seit 1994 eine institutionelle Förderung von ca. 1 Mio. DM jährlich von der Bundesregierung erhält, oft um hunderttausende von DM für Projektförderungen aufgestockt, werden auf privater Basis geführt. Der Werdegang einer staatlichen Institution wird exemplarisch am Oldenburger „Ostinstitut“ aufgezeigt.

Oldenburg: Bundesinstitut für ostdeutsche Kultur und Geschichte

Johann-Justus-Weg 147 A; 26127 Oldenburg; Tel.: 0441/961950. Gründung: 1989; Direktor: Werner Broll (Ex-MdB-CDU).

Publikationen: Berichte und Forschungen. Jahrbuch des Bundesinstituts für ostdeutsche Kultur und Geschichte; Schriften des Bundesinstituts für ostdeutsche Kultur und Geschichte.

„Mit seinen Wissenschaftsbereichen Geschichte, Literatur und Sprache, Volkskunde und Kunstgeschichte verfügt das Bundesinstitut für ostdeutsche Kultur und Geschichte in Oldenburg als einzige wissenschaftliche Einrichtung in diesem Bereich über die Möglichkeit, sich fächerübergreifend mit der Geschichte und Kultur der Deutschen aus dem Osten zu befassen. Als einzige wissenschaftliche Einrichtung ist das



Manfred Kanther

Bundesinstitut auch nicht geographisch auf einen bestimmten Bereich begrenzt, sondern es richtet seine Aufmerksamkeit auf den gesamten, von § 96 BVFG umfaßten Raum." (Bundesministerium des Inneren, 1997)

Damit kommt dem Oldenburger, neben dem Kölner Institut, eine zentrale Rolle zu. Ohne großes öffentliches Aufsehen wurde das Oldenburger Bundesinstitut aufgrund des Zimmermann-Erlasses am 27.1.1989 ins Leben gerufen. Am 2.1.1990 wurden die ersten wissenschaftlichen Stellen mit Dr. **Michael Garleff** (Kiel; Schwerpunkt: Baltendeutsche) und mit Dr. habil. **Detlev Brandes** (Berlin; Schwerpunkt: deutsche Minderheiten in osteuropäischen Ländern) besetzt. Die Institutsbibliothek wurde aus dem Bestand des Osteuropa-Forschers Prof. **Herbert Ludat** (Gießen; 5.500 Titel, 18 Zeitschriften) aufgebaut. An der ehemaligen Oldenburger Reform-Universität regte sich kein Widerstand gegen das ziemlich aufdringliche und auch in den Wissenschaftsbetrieb hineindrängende Ostinstitut, was die OldenburgerInnen als Abschiedsgeschenk von Kanzler Helmut Kohl an ihren CDU-Mann Werner Broll ansahen. Zum Stellenwert des wissenschaftlichen Auftrages des Instituts sagte der ehemalige Lehrer und Ministerialdirektor im Bundesinnenministerium Broll, jetzt als leitender Institutsdirektor, die Forschung zu Kultur und Geschichte der ehemaligen Ostprovinzen des Deutschen Reiches und der deutschen Siedlungsgebiete im Osten sei „jetzt hochaktuell geworden". Im Dezember 1990 folgte die öffentliche Vorstellung im Saal des ehemaligen Landtags in Oldenburg. Neben reichlich Provinz-Prominenz waren auch einschlägige Ostexperten gekommen, die natürlich in den verschiedenen wisenschaftlichen Beiräten vertreten sind.

Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats:

(2. Amtsperiode 1.05.1993 - 30.4.1997):

Prof. Dr. **Peter Assion** [Leiter des Johannes-Künzig-Instituts für ostdeutsche Volkskunde in Freiburg, Vorsitzender der Kommission für ostdeutsche Volkskunde in der Deutschen Gesellschaft für Volkskunde, verstorben am 1.4.1994].

Prof. Dr. **Hartmut Boockmann** [Uni Berlin und Göttingen].

Prof. Dr. **Klaus Garber** [Uni Osnabrück].

Prof. Dr. **Hans von Mangoldt** [Tübingen, Mitglied der Studiengruppe für Politik und Völkerrecht bei der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen].

Prof. Dr. **Boris Meissner** [siehe Kasten].

Dr. Dr. h.c. **Roderich Schmidt** [Honorarprofessor für Mittelalterliche Geschichte, Direktor i.R. des Johann-Gottfried-Herder-Instituts in Marburg, Vizepräsident des Herder-Forschungsrates, Vorsitzender der Historischen Kommission für Pommern, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Historischer Kommissionen und Landesgeschichtlicher Kommissionen in der Bundesrepublik Deutschland].

Prof. Dr. **Dethardt von Winterfeld**, Mainz.

„Exkursion nach West- und Ostpreußen"

Von Anbeginn an war das Oldenburger Institut nicht nur personell, wie die Beiratsmitglieder zeigen, sondern auch inhaltlich fest in die vorgegebenen Strukturen der Ostforschung eingebunden. Mitarbeiter Garleff ist gleichzeitig geschäftsführendes Vorstandsmitglied im „Johann-Gottfried-Herder-Forschungsrat" in Marburg. Im April 1991 organisierten die Oldenburger zusammen mit dem revanchistischen „Göttinger Arbeitskreis" die Tagung „Deutsche in der Sowjetunion". Im Oktober folgte die Tagung „Schlesien in der gegenwärtigen historischen Forschung".



Dietmar Munier

Nicht weniger revanchistisch war die Tagung im Dezember 1992, die im Titel vom Sprachgebrauch wissenschaftlich aufgeblasener klang: „Interethnische Beziehungen in Ostmitteleuropa als historiographisches Problem der 1930/1940er Jahre". Der Oblast Kaliningrad schenkte man in Oldenburg, ganz dem tagespolitischen Trend folgend, besondere Aufmerksamkeit. Einer Tagung „450 Jahre Gründung der Universität Königsberg", im Juli 1994 von der „Historischen Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung" organisiert, folgte eine ausgiebige Exkursion, an der auch „Laien-Heimatforscher" teilnehmen durften. In der „Kulturpolitischen Korrespondenz" berichtete **Björn Thümler** in der Dezember-Ausgabe 1994 ausführlich über die Exkursion. „Oldenburger Exkursion nach West- und Ostpreußen. Von Thorn bis Memel", so lautete der Titel einer zwölftägigen Exkursion von 17 Studenten der Universität Oldenburg unter Leitung von Prof. Dr. **Peter Springer** und Dr. **Konrad Gündisch**, die sich darauf in einem zwei Semester langen interdisziplinären Seminar der Institutsmitarbeiter Dr. Michael Garleff, Dr. **Heike Müns** und Dr. **Beate Störtkuhl** vorbereitet hatten. Zum Abschluß wurde eine Ausstellung in der Bibliothek der Carl-von-Ossietzky-Universität organisiert, bei der auch rechte „Vertreibungsliteratur" ausgelegt wurde. Der Bericht über die Exkursion sagt einiges über die wissenschaftliche Aufarbeitung der Vergangenheit aus. Pflichtgemäß werden die mörderischen Verbrechen der deutschen Faschisten gestreift. Man gedenkt kurz und schmerzlos, um sich dann um so intensiver der Ästhetik der Baukunst und dem Elend der „Vertreibung" zu widmen:

„Der Besuch der Gedenkstätte Stutthof, des ehemaligen Konzentrationslagers, in dem über 70.000 Menschen jüdischer Herkunft ihr Leben gelassen hatten, holte uns aus dem Mittelalter zurück in die jüngere Vergangenheit. In Gedenken an die Opfer und Überlebenden des Holocaust setzten wir unsere Reise in Frauenburg fort. Dort besuchten wir das schönste Werk kirchlicher Baukunst in Ostpreußen, den Dom der ermländischen Bischöfe. In dieser stark befestigten Burganlage verbrachte der Sohn der Stadt Thorn, Nikolaus Kopernikus, 30 Jahre seines Lebens. Hier schrieb er sein Hauptwerk von der Bewegung der Himmelskörper. Hier in Frauenburg, wo der Blick auf das Frische Haff und die Frische Nehrung fiel, kamen die Erinnerungen an die Tragödie von Flucht und Vertreibung. Hier hatten Tausende von Menschen in endlosen Kolonnen versucht, sich und ihre Habseligkeiten zu retten; immer wieder von Tieffliegern und Bomben bedroht, hatten Hunderte auf dem Grund des Haffs ihre letzte Ruhe gefunden."

Wie in den billigen Videos des Neo-Faschisten **Dietmar Munier** und seines Filmemachers **Berking** dutzendfach abgefilmt, erobern die jungen „Wissenschaftler" die Oblast Kaliningrad mit der Vision, der 2. Weltkrieg und seine Zerstörungen hätten nicht stattgefunden und die „Russen" würden das „deutsche Kulturgut" verhunzen. Immer stehen Bauwerke und Landschaften im Mittelpunkt, niemals die Menschen, die jetzt dort leben.

„Die Reise wurde in Richtung Königsberg fortgesetzt. Der Anblick der Stadt ließ alle verstummen. Bekannt von alten Postkarten und Bildern, hatte die Stadt ein anderes Bild in unseren Köpfen. Erst bei genauerer Betrachtung fanden wir Spuren des alten Königsbergs. Auf dem ehemals am dichtesten besiedelten Teil, dem Kneiphof, steht heute nur noch der im Wiederaufbau befindliche Königsberger Dom. Die Entwicklungschancen Kaliningrads am Knotenpunkt zwischen Ost und West, Nord und Süd sind gut, allerdings muß noch viel getan werden."

Steuergelder für die „Ostforschung"

Während Millionenbeträge in Ost-Institute investiert werden, die viele BürgerInnen als Relikt des Kalten Krieges bereits verdrängt haben, wird gleichzeitig im Bildungsbereich der Rotstift angesetzt. Die nachfolgend aufgeführten Ost-Einrichtungen konnten sich in den letzten Jahren über mangelnde Geldzuwendungen aus Bonn nicht beklagen.

Projektbereich ostdeutsche Landesgeschichte

Stiftung ostdeutscher Kulturrat (OKR)

Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Bonn)
Forschungsstelle Ostmitteleuropa (Dortmund)
Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa
Eichendorff-Institut (Düsseldorf)
Johannes-Künzig-Institut für ostdeutsche Volkskunde (Freiburg)
Institut für Pommersche Geschichte und Landeskunde (Greifswald)
Geschichte Ostdeutschlands und der Deutschen in Ostmittel- und Osteuropa (Hamburg)
Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien (Köln)
Deutsche Literatur und Sprache in Mittel- und Osteuropa (Leipzig)
Projektbereich schlesische Geschichte (Stuttgart)
Institut für donauschwäbische Geschichte und Landeskunde (Tübingen)



Eine Szenerie wie bei einem Treffen von Neonazis. „Heimatvertriebene" beim geselligen Beisammensein und beim Austausch von Erinnerungen.

Vom Hakenkreuz zum Bundesverdienstkreuz

Prototyp eines Ostforschers: Prof. Dr. Boris Meissner

1915: geboren in Pleskau/Pskov (Estland) als Sohn eines zaristischen Untersuchungsrichters,

1939: Kreisamtsleiter der Nationalsozialisten in Estland,

1940: SA-Mitglied und NS-Jurist in Posen,

1940-1945: Offizier der Wehrmacht, Sonderführer in der 18. Armee: An Kriegsverbrechen in der UdSSR beteiligt,

1953-1963: Referent im Auswärtigen Amt in Bonn,

1956-1958: Erster Sekretär an der Deutschen Botschaft in der UdSSR;

1959: Gründer des Instituts für Recht, Politik und Gesellschaft Osteuropas in Kiel;

seit 1964: Professor an den Universitäten Kiel und Köln; gründete in Köln das Institut für Ostrecht;

1959-1982: Mitglied des Wissenschaftlichen Direktoriums des Ostkollegs der Bundeszentrale für politische Bildung (bis 1963 Bundeszentrale für Heimatdienst), von 1965/66 war er dessen Vorsitzender, 1966/67 dessen stv. Vorsitzender. Im selben Zeitraum (und auch noch danach) Referent des Ostkollegs im Themenbereich „Recht und Politik der Sowjetunion";

1981: Ernennung zum Mitglied der Nordrhein-Westfälischen Akademie der Wissenschaften;

1989: Berufung in den Wissenschaftlichen Beirat des Bundesinstituts für ostdeutsche Kultur und Geschichte durch den Bundesinnenminister;

1995: Vorsitzender des Kuratoriums der „Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen". Im Rahmen einer gemeinsamen Veranstaltung der Kulturstiftung und der Hanns-Seidel-Stiftung (CSU-nah) vertrat er die Position, daß das Potsdamer Abkommen weder nach Wort noch Geist eine konstitutive Wirkung im Hinblick auf eine Abtrennung der Ostgebiete habe (DOD, Nr. 44/1995). Er meint damit Gebiete Polens, der Republik Tschechien und Rußlands;

1996: am 18.11. Verleihung des Großen Verdienstkreuzes mit Stern der Bundesrepublik Deutschland auf Vorschlag des Ministerpräsidenten Rau (SPD) durch Bundespräsident Roman Herzog, von der Ministerin für Wissenschaft und Forschung NRW, Anke Brunn, überreicht;

1997: 25.02. „Professor Dr. Boris Meissner hat bei dem Aufbau der Osteuropaforschung und insbesondere der Baltikumsforschung nach dem Zweiten Weltkrieg große Verdienste erworben. Er hat seine Kompetenz und Erfahrungen auch den Regierungen und Politikern in Ost und West zur Verfügung gestellt. Sein Anliegen war und ist es, die osteuropäischen Staaten auf ihrem Weg in die Unabhängigkeit zu unterstützen und die Verantwortlichen im Westen über die politischen Veränderungen im Osten Europas in wissenschaftlich seriöser Weise zu unterrichten." [Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrgae der PDS]

Meissner ist seit 31 Jahren amtierender Präsident des am 1. November 1946 gegründeten „Göttinger Arbeitskreises". Im deutschen „Who is Who" befindet sich immer noch eine Lücke von 10 Jahren (1935-1945) in der Biographie Meissners.

Samuel Salzborn

Der „Bund der Vertriebenen“

Bei dem „Bund der Vertriebenen - Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände“ (BdV) handelt es sich um die mitgliederstärkste - nach Eigenangaben ca. 2.000.000 - Organisation der „Vertriebenen“ in der BRD. Er ist der Dachverband einer Vielzahl von sogenannten „Landsmannschaften“ und finanziert sich vornehmlich aus Bundesmitteln, d.h. Steuergeldern.

Die organisatorische Struktur des BdV scheint unübersichtlich; in einer Selbstdarstellung heißt es: „Der Bund der Vertriebenen spiegelt in seiner organisatorischen Gliederung das Schicksal der ost-, sudeten- und südostdeutschen Heimatvertriebenen wider, sein Aufbau wird von zwei Faktoren bestimmt,

- der landsmannschaftlichen Verwurzelung in einem bestimmten Vertreibungsgebiet,
- dem Wohnort im Aufnahmegebiet.

Die Verbindung zwischen herkunftsbezogener und aufenthaltsbezogener Organisationsform prägt das Bild des Verbandes auf allen Ebenen.“

Die Zweigliederung des BdV, in 16 Landesverbände und 20 „Landsmannschaften“, geht zurück bis auf die Gründung des Verbandes am 27.Oktober 1957. Seinerzeit vereinigten sich der „Bund vertriebener Deutscher“ (BvD) mit dem „Verband der Landsmannschaften“ (VdL).

Der BvD war hervorgegangen aus dem „Zentralverband der vertriebenen Deutschen“ (ZvD), der sich auf überregionaler Ebene bereits 1949 gegründet hatte. Die Aufgabe des ZvD bestand insbesondere in der Verfolgung von sozialen und ökonomischen Interessen. Der VdL, entstanden aus den „Vereinigten Ostdeutschen Landsmannschaften“ (VOL) , setzte sich weniger für die Realisierung von integrativen, materiellen Maßnahmen ein. Er übernahm den Part der Brauchtumspflege unter regionalistischen und nationalen Gesichtspunkten. **Linus Kather**, erster Präsident des BdV, erblickte in dieser zunächst vorhandenen Parallelexistenz von „landsmannschaftlichen“ Organisationen und allgemeinen „Vertriebenenverbänden“ einen „verderblichen Organisationszwiespalt“, weil z.B. „Ostpreußen nicht der Landsmannschaft gleichen Namens gehört, es gehört nicht einmal den Ostpreußen, es ist ein Teil des deutschen Reiches und gehört dem ganzen deutschen Volk“.

Unter Außerachtlassung des ausgeprägten völkisch-nationalen Chauvinismus stellte Kather hiermit etwas fest, was auch heute noch zu Kompetenzüberschneidungen im BdV führt.

Dem aktuellen BdV-Bundesvorstand steht Dr. **Fritz Wittmann** seit 1994 als Präsident vor. Als Vizepräsidenten amtieren **Adolf Fetsch**, **Wilhelm von Gottberg**, Dr. **Paul Latussek**, **Hans-Günther Parplies**, Prof. Dr. **Hans Sehling** und **Erika Steinbach**. Generalsekretärin ist **Michaela Hriberski**.

Die BdV-Bundesgeschäftsstelle ist in fünf Referate gegliedert: „Presse/Öffentlichkeitsarbeit“ (Leitung: **Walter Stratmann**, gleichzeitig Chefredakteur des „Deutschen Ostdienstes“), „Eingliederung/Recht/Humanitäre Aufgaben/ Betreuung in den Heimatgebieten“ (**Klaus Schuck**, gleichzeitig ständiger Vertreter der Generalsekretärin), „Grundsatzfragen/Jugendarbeit“ (**Markus Leuschner**), „Kultur/Staatsbürgerliche Bildung“ (**Hans-Dieter Handrack**) und „Verbandsfragen/Organisation/Institutioneller Haushalt“ (**Gero Gisart**).

Im BdV sind neben den „Landsmannschaften“ und Landesverbänden, 193 „landsmannschaftliche“ Landesgruppen und 422 BdV-Kreisverbände sowie unzählige BdV Orts- und „landsmannschaftliche“ Kreisgruppen zusammengeschlossen. Zudem gehören dem BdV als außerordentliche Mitgliedsverbände die „Arbeitsgemeinschaft Junge Generation im BdV“ (AJG), der „Bauernverband der Vertriebenen e.V.“ (BVdV), der „Frauenverband im BdV e.V.“, der „Gesamtdeutsche Studentenverband e.V.“ (GDS) und die „Traditionsgemeinschaft der Leichtathleten aus den deutschen Ostgebieten e.V.“ an. Als Informationsschrift fungiert der wöchentlich erscheinende „Deutsche Ostdienst“ (DOD). Zur breitenwirksamen Revanchismusschulung werden Museen, „Heimatsammlungen“, „Häuser des deutschen Ostens“, Archive, Bibliotheken und Forschungsstellen unterhalten.



BdV-Präsident Fritz Wittmann



Schulungsmaterialien des Revanchismus: Die „Kulturellen Arbeitshefte“ des BdV.

Diese gut ausgebaute Infrastruktur des BdV ließe sich ohne die finanzielle Zuwendung aus dem Bundes-, sowie den jeweiligen Länderhaushalten und denen der Kommunen nicht aufrechterhalten. Für das laufende Kalenderjahr beziffert sich allein die institutionelle Förderung aus dem Bundeshaushalt auf knapp 3,8 Mio. DM. Wenn zu dieser Summe, die dem BdV direkt zur Verfügung steht, der Betrag für Museen, Stiftungen und Bildungseinrichtungen addiert wird, ergibt sich ein Gesamtbetrag von wenigstens 18 Mio. DM, auf den der BdV mitsamt seinen Unter- und Vorfeldorganisationen zurückgreifen kann. Neben der institutionellen Förderung fließen zusätzlich Mittel von diversen Bundesministerien, meist projektbezogen, in die Kassen des BdV und seiner „Landsmannschaften“. Das Fundament stellt dabei das „Gesetz über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge - Bundesvertriebenengesetz“ (BVFG) dar. Nach § 96 BVFG wird hierbei das gefördert, was von den Revanchisten als „Kulturarbeit“ abgerechnet werden kann.

Unterzieht man Programmatik und Ideologie des BdV einer genaueren Betrachtung, so lassen sich viele Gemeinsamkeiten innerhalb des Verbandes, aber auch z.T. trennende Unterschiede zwischen den einzelnen „Landsmannschaften“ feststellen. So ist in unterschiedlichen Perioden der BdV-Geschichte weder vom Dachverband, noch von den einzelnen „Landsmann-

schaften" klar und deutlich definiert worden, ob in der Politik der großdeutschnationalen Option (d.h. die direkte „Heimholung der Ostgebiete" in ein einheitliches Staatsterritorium mit gemeinsamer Regierung, Verwaltung usw.) der Vorzug vor der völkisch-partikularistischen Variante (d.h. die praktische Regermanisierung der osteuropäischen Staaten, allerdings ohne staatlichen Anschluß an die BRD) zu geben ist oder nicht. Die Stellungnahmen hierzu fallen, auch abhängig von den real erreich- und durchsetzbaren Gegebenheiten, durchaus unterschiedlich und scheinbar widersprüchlich aus. Tatsächlich ergänzen sich beide Optionen aber in Bezug auf den anstehenden Ostritt. Im Anhang dieses Beitrages findet sich eine Übersicht über die einzelnen „Landsmannschaften"; die bedeutendsten werden gesondert behandelt.

Wichtigstes Dokument und zentraler Ausgangspunkt für die Arbeit der „Vertriebenen" ist die am 5.August 1950 in Stuttgart auf einer Massenkundgebung vom „Unbekannten Heimatvertriebenen" verkündete „Charta der deutschen Heimatvertriebenen". Sie wurde seinerzeit von den Sprechern sämtlicher „Landsmannschaften" und Landesverbände unterzeichnet. Der BdV beteuert stets, die Revanchisten hätten mit der „Charta" menschliche Größe bewiesen, weil sie eine Absage an Rache und Vergeltung darstelle und dadurch völkerverständigenden Charakter habe. Tatsächlich befinden sich in der „Charta" allgemeinverbindliche Floskeln, die die Kriegsschuld Deutschlands zu relativieren suchen und die in Perspektive auf die Folgejahre danach trachten, die „deutschen Heimatvertriebenen in den Wiederaufbau Europas tätig" einzuschalten. Fünf Jahre nach Auschwitz bekennen sich die nach Osten Strebenden „im Bewußtsein ihres deutschen Volkstums" und ihrer „Zugehörigkeit zum christlich-abendländischen Kulturkreis" dazu, daß „den Menschen mit Zwang von seiner Heimat" trennen, bedeute, „ihn im Geiste töten", wobei die „Völker der Welt ihre Mitverantwortung am Schicksal der Heimatvertriebenen als der vom Leid dieser Zeit am schwersten Betroffenen" (sic!) empfinden sollten.

Der BdV ist sicher keine Organisation, die ausschließlich Rechtsradikale zu ihren Mitgliedern oder Sympathisanten zählt. Die ideologische Ausrichtung hingegen zielt sehr deutlich auf die Revision der bestehenden Grenzen, die Ablehnung von völkerrechtlichen Verträgen und somit auf die Infragestellung der staatsrechtlichen Souveränität der Staaten, aus denen aufgrund Art. XIII des Potsdamer Abkommens die Bevölkerungsumsiedlung stattgefunden hat. (In Art. XIII des Potsdamer Abkommens wurde die Aussiedlung Deutscher aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn nach Deutschland vereinbart, wobei es bei der Durchführung, die in „organisierter und humaner Weise" erfolgen sollte, auch zu unrechtmäßigen und willkürlichen Handlungen gekommen ist, so daß dieser Vorgang gängig und fälschlicherweise verkürzt mit dem Begriff „Vertreibung" umschrieben wird.)



Ein Bild des Schreckens - „Deutsche Sprach- und Siedlungsgebiete" aus BdV- Perspektive

Die Pflege von regionalem und nationalem Brauchtum sowie die teilweise Relativierung des Nationalsozialismus und der deutschen Kriegsschuld nehmen dabei in der BdV-Ideologie eine gleichermaßen zentrale Rolle ein, wie das chauvinistische Gesuch, sich selbst als Opfer des Zweiten Weltkrieges oder auch des Nationalsozialismus zu stilisieren. Ein völkisch geprägtes Weltbild stellt hierbei die Basis des Wirkens dar.

Das derzeitige Verhältnis des BdV zu den Unionsparteien ist mit Blick auf die aktuelle Erklärung zwischen der BRD und Tschechien als ein ambivalentes zu bezeichnen. Die Spannungslinie im BdV-Präsidium verläuft dabei zwischen Präsident Wittmann und Vize Latussek. Wittmann griff Latussek an, weil dieser bei der neofaschistischen „Gesellschaft für freie Publizistik" referiert hatte und dadurch das Gesamtinteresse des BdV hätte gefährden können. Latussek, im Bewußtsein seines großen Rückhaltes in der BdV-Basis, entgegnete Wittmann, daß dieser seine Informationen offenbar aus „linksextremen Kreisen" habe und daß er vor jedem referieren würde, weil die „Wahrheit [...] für alle da" sei. Auf die vorläufige Spitze trieb Latussek den Disput durch seinen Auftritt als Redner beim Gründungsparteitag der „Wählergemeinschaft Deutscher Heimatvertriebener und Entrechteter" (WDHE, vormals „Partei der Heimatvertriebenen und Entrechteten i.Gr." PHE). Die WDHE/PHE-Gründung erfolgte unter Nutzung von BdV-Strukturen, was der Förderungswürdigkeit des BdV (nach §96 BVFG wird nur „Kulturarbeit" gefördert), wie auch seiner Satzung (§2, Abs.4: „Der Bund ist überparteilich und überkonfessionell") widerspricht. Derzeit erfolgt diesbezüglich die Prüfung des Vorgangs durch den Bundesrechnungshof.

Durch die überparteiliche Orientierung des BdV ist es auch möglich, daß sich im Verband neben den unionsorientierten auch eine Reihe von Anhängern offen rechtsradikaler Parteien befinden. Die „Republikaner", der „Bund freier Bürger" und der „Bund für Gesamtdeutschland" sind hierbei von besonderer Bedeutung. Für diejenigen, denen der BdV als überparteilicher Verband nicht radikal genug ist, gibt es seit 1995 den „Zentralrat der vertriebenen Deutschen" mit seinem Vorsitzenden **Herbert Jeschioro**. Der „Zentralrat" kennt keine Tabus und polemisiert stets aggressiv für die Durchsetzung der Forderungen der „Vertriebenen" - mitunter auch gegen die politische Linie des BdV.

Stellt man die Frage nach politischer Relevanz und perspektivischer Bedeutung des „Bundes der Vertriebenen", so ist dabei zu berücksichtigen, daß sich das Problem des Revanchismus nicht biologisch lösen wird. **Herbert Hupka**, Bundesvorsitzender der „Landsmannschaft Schlesien" (LMS) und Träger des Großen Verdienstkreuzes mit Stern des Verdienstordens der BRD, verdeutlichte dies bereits 1984: „Die Landsmannschaft Schlesien (gleiches gilt im übertragenen Sinne auch für die anderen Landsmannschaften) versteht sich heute als Zusammenschluß von bereits drei Generationen: 1. die Geburtsschlesier, die den größten Teil ihrer Jahre noch in Schlesien gelebt haben, ihre Zahl nimmt schon aus biologischen Gründen mehr und mehr ab; 2. die Abstammungsschlesier, aus schlesischer Wurzel stammend, die Mehrzahl der Jahre, wenn überhaupt noch in Schlesien geboren, wurden schon hier verbracht; 3. die Bekenntnisschlesier: Mitbürger vor allem der jungen Generation, die sich als Angehörige unseres deutschen Volkes zu Schlesien bekennen".

Wilhelm von Gottberg, BdV-Vize und Sprecher der „Landsmannschaft Ostpreußen" (LO), bezeichnete die letztgenannten im Mai diesen Jahres als „nun schon mitten im Leben stehende Bekenntnisgeneration". Nach dieser Definition wird es „deutsche Vertriebene" der „Bekenntnisgeneration" auch noch in tausend Jahren geben können. Zudem ist in Bezug auf die Bedeutung des BdV erwähnenswert, daß sich nicht nur ein breites, sich gar nicht des Rechtsradikalismus bewußtseinmüssendes Spektrum im BdV zusammenfinden kann, sondern daß die gesellschaftliche Achtung der Organisation bis in Kreise der Bundesregierung reicht. Dadurch wiederum wird die rege Arbeit der regionalen Verbände des BdV und seiner „Landsmannschaften" ausgezeichnet flankiert, was Rekrutierungsarbeit erleichtert und massenwirksame Akzeptanz für die Politik des Revanchismus produziert.

Die Landsmannschaften im „Bund der Vertriebenen"

„Deutsch-Baltische Landsmannschaft im Bundesgebiet e.V."

Sitz: 64285 Darmstadt
Vorsitz:
Waltraud Freifrau von Tiesenhausen
Geschäftsführender Vorsitz:
Dr. **Klaus Knüpffer**
Periodikum: „Baltische Briefe" (monatlich)

„Landsmannschaft der Banater Schwaben e.V."

Sitz: 80331 München
Vorsitz: **Jakob Laub**
Geschäftsführung: **Horst Geyer**
Periodikum: „Banater Post" (zweiwöchentlich)

„Landsmannschaft Berlin-Mark Brandenburg"

Sitz: 70176 Stuttgart
Sprecher: **Werner Bader**
Geschäftsführung: **Günter Kirbach**
Periodikum: „Märkischer Informationsdienst" (zehnmal jährlich)

„Landsmannschaft der Bessarabiendeutschen e.V."

Sitz: 70188 Stuttgart
Vorsitz: **Edwin Kelm**
Geschäftsführung: **Erwin Schulz**
Periodikum: „Mitteilungsblatt des Hilfskomitees der ev.-luth. Kirche und der Landsmannschaft der Deutschen aus Bessarabien" (zweiwöchentlich)

„Landsmannschaft der Buchenlanddeutschen (Bukowina) e.V."

Sitz: 86159 Augsburg
Vorsitz: **Ewald Zachmann**
Sprecher: **Erwin Misakewicz**
Geschäftsführung: **Alice Witulski**
Periodikum: „Der Südostdeutsche" (monatlich)

„Bund der Danziger e.V."

Sitz: 23552 Lübeck
Vorsitz: **Helmut Roick**
Geschäftsführung: **Erika Boike**
Periodikum: „Unser Danzig" (monatlich)

„Landsmannschaft der Dobrudscha- und Bulgariendeutschen"

Sitz: 97816 Lohr
Vorsitz/Sprecher: **Erwin Issler**
Geschäftsführung: **Siegfried Knopp**
Periodikum: „Der Dobrudschabote" (vierteljährlich)

„Landsmannschaft der Donauschwaben, Bundesverband e.V."

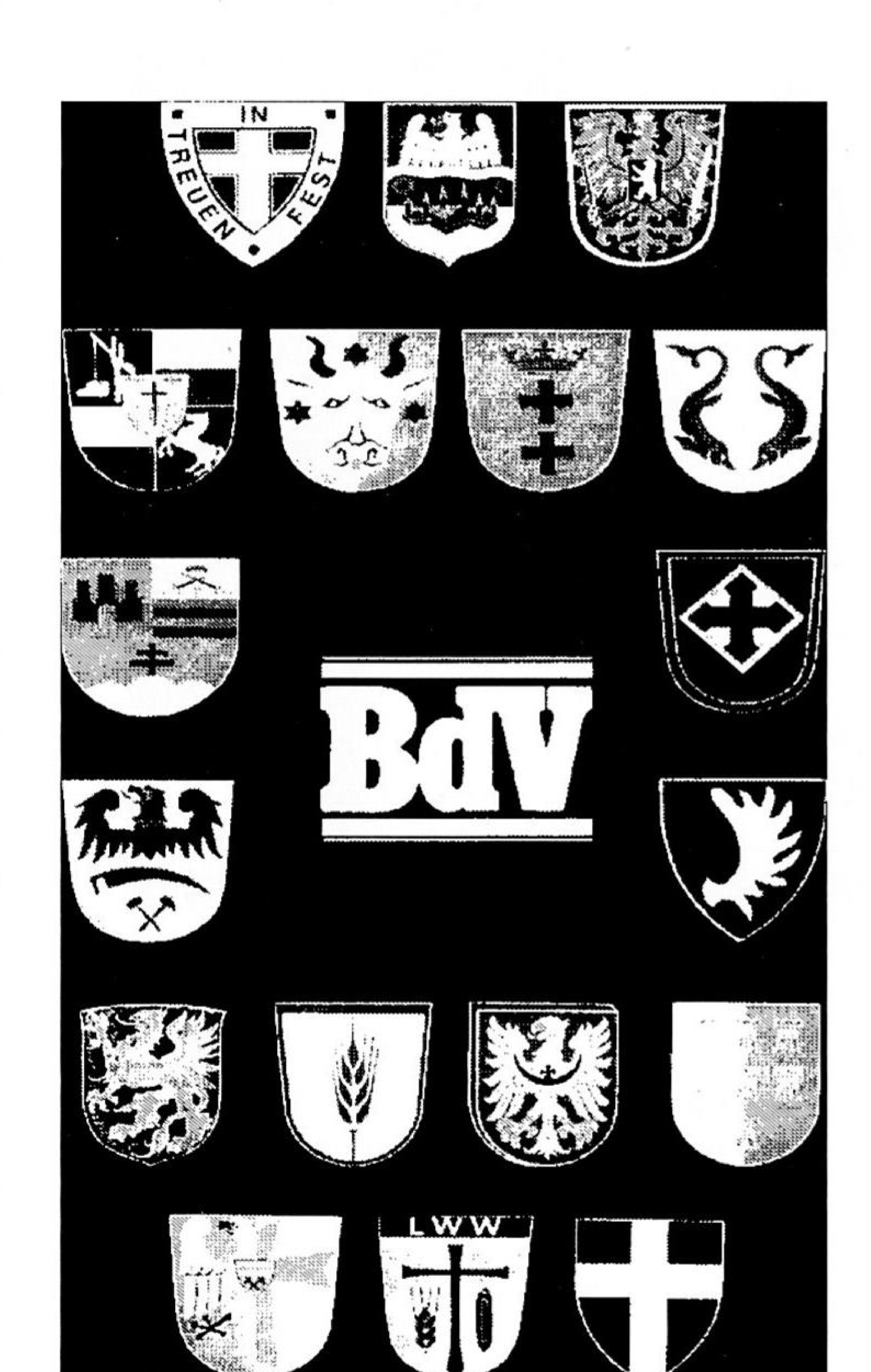
Sitz: 71065 Sindelfingen
Vorsitz: **Jakob Dinges**
Geschäftsführender Vorsitz: **Josef Brasch**
Geschäftsführung: **Bert Reuter**
Periodikum: „Mitteilungen für die Donauschwaben in der BRD" (zweiwöchentlich)

„Karpatendeutsche Landsmannschaft Slowakei e.V."

Sitz: 70176 Stuttgart
Vorsitz/Sprecher: **Oskar Marczy**
Periodikum: „Die Karpatenpost" (monatlich)

„Landsmannschaft der Deutschen aus Litauen e.V."

Sitz: 59755 Arnsberg
Vorsitz: **Alfred Schrader**
Geschäftsführung: **Günter Schöps**
Periodikum: „Die Raute" (vierteljährlich)



„Landsmannschaft der Oberschlesier e.V. -Bundesverband-"

Sitz: 40883 Ratingen
Vorsitz: **Klaus Plaszczek**
Sprecher: (**Herbert Czaja**, verst.)
Periodikum: „Unser Oberschlesien" (zweiwöchentlich)

„Landsmannschaft Ostpreußen e.V."

Sitz: 20144 Hamburg
Sprecher: **Wilhelm von Gottberg**
Geschäftsführung: **Karl-Heinz Blotkamp**
Periodikum: „Das Ostpreußenblatt" (wöchentlich)

„Landsmannschaft der Deutschen aus Rußland e.V."

Sitz: 70188 Stuttgart
Vorsitz: **Alois Reiss**
Geschäftsführung: **Anton Wangler**
Periodikum: „Volk auf dem Weg" (monatlich)

„Landsmannschaft der Sathmarer Schwaben in der Bundesrepublik Deutschland e.V."

Sitz: 88212 Ravensburg
Vorsitz: **Helmut Berner**
Periodikum: „Sathmarer Heimatbrief" (zweimonatlich)

„Landsmannschaft Schlesien - Nieder- und Oberschlesien - e.V."

Sitz: 53639 Königswinter
Vorsitz: Dr. **Herbert Hupka**
Geschäftsführung: **Damian Spielvogel**
Periodikum: „Schlesische Nachrichten" (zweiwöchentlich)

„Landsmannschaft der Siebenbürger Sachsen in Deutschland e.V."

Sitz: 80331 München
Vorsitz: **Volker E. Dürr**
Geschäftsführung: **Erhard Graeff**
Periodikum: „Siebenbürgische Zeitung" (fünfmal vierteljährlich)

„Sudetendeutsche Landsmannschaft, Bundesverband e.V."

Sitz: 81669 München
Vorsitz/Sprecher: **Franz Neubauer**
Geschäftsführung: **Franz N. Pany**
Periodika: „Sudetendeutsche Zeitung" (wöchentlich), „Mitteilungsblatt der Sudetendeutschen Landsmannschaft" (monatlich)

„Landsmannschaft Weichsel-Warthe, Bundesverband e.V."

Sitz: 65185 Wiesbaden
Sprecher: **Karl Bauer**
Periodikum: „Mitteilungsblatt der LM Weichsel-Warthe Bundesverband e.V." (monatlich)

„Landsmannschaft Westpreußen e.V."

Sitz: 48151 Münster
Sprecher: **Odo Ratza**
Geschäftsführung: **Hans-Jürgen Schuch**
Periodikum: „Der Westpreuße" (zweiwöchentlich)

„Pommersche Landsmannschaft - Zentralverband - e.V."

Sitz: 23570 Lübeck-Travemünde
Sprecher: **Günter Friedrich**
Geschäftsführung: **Ernst Wackernagel**
Periodikum: „Die Pommersche Zeitung" (wöchentlich)

Jörg Detjen & Ralf Jürgens

Der Ostritt des „Deutschen Ostdienstes“

In steter Regelmäßigkeit erscheint wöchentlich im 39. Jahrgang der 12seitige „Deutsche Ostdienst“ (DOD), der Informationsdienst des „Bundes der Vertriebenen“ (BdV) auf Bilderdruckpapier mit zweifarbigem Umschlag und ordentlicher Typographie. Durch den Verkauf sind die Kosten und der Personalapparat nicht zu zahlen. Seit Jahren bekommt der BdV jährlich alleine für die Herausgabe dieses Blattes ca. 250.000 DM aus Bundesmitteln. Pro Ausgabe sind das immerhin 4.800 DM, die für die Deckung der Druck- und Materialkosten mehr als ausreichen und somit auch noch in den Personalapparat des BdV fließen.

Bereits 1985 wurde der Deutsche Ostdienst (DOD) mit 100.000 DM bezuschußt, bei einer Auflage von 1.500 Stück. Nach der Einverleibung der DDR und dem Zusammenbruch der realsozialistischen Staaten stieg die Auflage auf über 3.000 Stück. Autoren des DOD schreiben auch in der „Jungen Freiheit“, aber auch im „Schlesier“. Also in derjenigen Zeitung, die bis 1988 das Zentralorgan der „Landsmannschaft Schlesien“ gewesen ist. Bis 1984 hatte die Bundesregierung auch den „Schlesier“ finanziell unterstützt. Nach internationalen Protesten gegen die zu rechte Hetze des Blattes wurde die Unterstützung der Bundesregierung eingestellt und nach mehreren Skandalen trennte sich die Landsmannschaft von dem Blatt. Der „Schlesier“ ist faktisch das Konkurrenzorgan des „Deutschen Ostdienstes“ und darauf bedacht, den Streit um die Politik der Vertriebenenorganisationen offen zu führen. Um dieses Blatt sammeln sich die Kräfte der Vertriebenenorganisationen, die den äußersten rechten Rand darstellen. Der DOD dagegen versucht ein Auskommen mit der Regierung zu finden und ist von vielen Funktionären der CDU/CSU maßgeblich gesteuert. Daß diese Personen die Nähe zur Rechten dann doch nicht scheuen, konnte man im Frühjahr 1995 erleben, als das Blatt einen Artikel von **Heitmann** aus der „Jungen Freiheit“, der sich gegen einen Amnestievorschlag - wegen SED-Vergangenheit - des damaligen Bundespräsidenten von Weizsäcker aussprach, nachdruckte.

Bei einer Anhörung über die Bezuschussung des „Deutschen Ostdienstes“ im Bundestag hatte Staatssekretär **Eduard Lintner** offen erklärt:

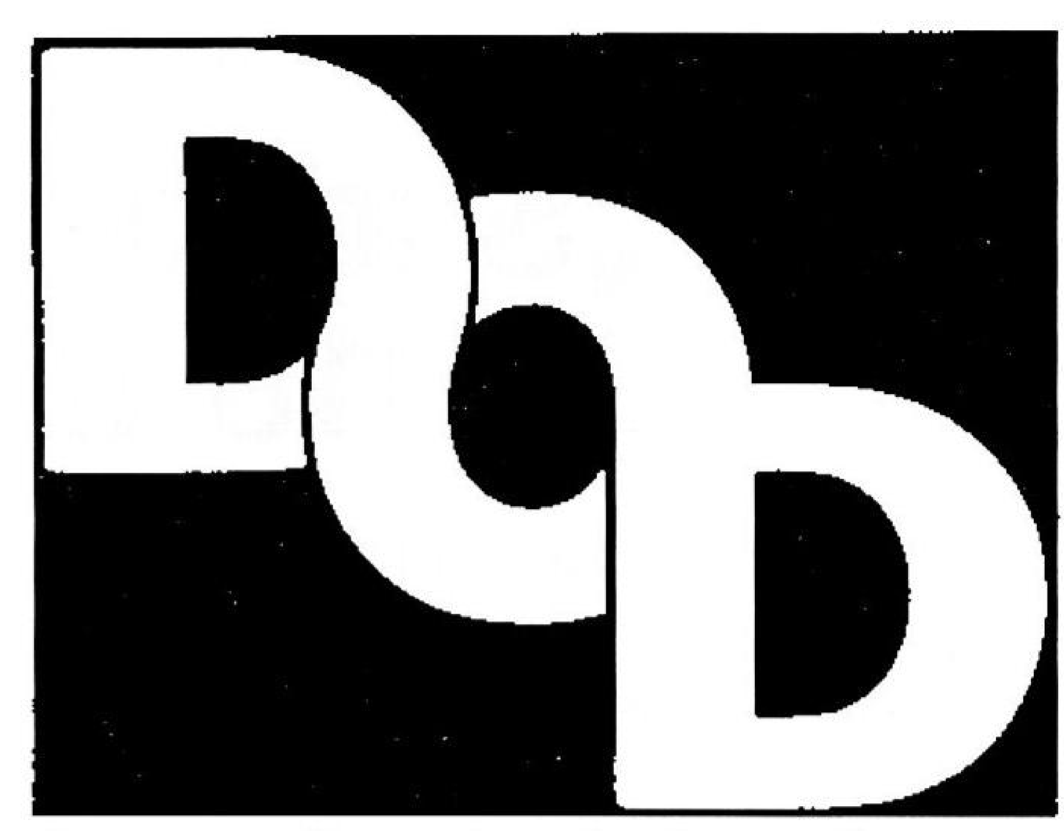
„Als Dachverbände sind sie (die Vertriebenenorganisationen; Anm.d.V.) Ansprechpartner der Bundesregierung in allen die Vertriebenen, Flüchtlinge und Spätaussiedler betreffenden Fragen. Zur angemessenen Vertretung ihrer Interessen bedürfen sie der Unterhaltung von zentralen Verbandsorganen. Diese wäre ohne die Förderung des Bundes nicht möglich.“ Die Bundesregierung hält sich aber noch weitere Zeitungen, z.B. das „Schlesische Bauernblatt“ und fördert sogar die Herausgabe von Zeitungen der Vertriebenenorganisationen in Polen.

Der „Deutsche Ostdienst“ hetzt seit Jahren kräftig gegen bestehende internationale Verträge. Und wie beim 8.Mai 1995, als die Rechte nach München „Gegen das Vergessen“ mobilisierte, verschwinden dann die Differenzen im rechten Lager. Bereits im Januar 1995 verteidigte das Blatt **Alfred Dregger** wegen seines unsäglichen Interviews in der Zeitung „Die Woche“, in dem er erklärte, es gäbe keinen Grund zum Feiern. Und kurz vor dem 8.Mai erklärte **Erika Steinbach** (MdB, CDU/CSU und eine der BdV-Vizepräsidenten) im „Deutschen Ostdienst“: „Wahrlich es ist kein Tag zum Feiern“.

Der Präsident des BdV **Fritz Wittmann** sprach von „Geschichtsklitterung“ und forderte die „Wiederbelebung der Heimatgebiete der Vertriebenen“. Noch heftiger mobilisierte der „Schlesier“ und ließ Alfred Dregger und einen anderen Vizepräsidenten des BdV, **Paul Latussek**, zu Wort kommen.

Zu einer ernsten Differenz scheint es aber jetzt im Vorstand des BdV gekommen zu sein. Nachdem der Vizepräsident Latussek maßgeblich dazu beigetragen hat, das Bundespräsident Herzog auf dem „Tag der Heimat“ 1996 in Berlin als „Vaterlandsverräter“ bezeichnet wurde, bekam Latussek jetzt eine schriftliche Abmahnung. Wittmann hatte den Vizepräsidenten und Landesvorsitzenden des BdV Thüringen abgemahnt, weil er bei der „Gesellschaft für freie Publizistik“ (GfP) referiert hatte. Der „Schlesier“ bezeichnete Wittmanns Eingriff als „Maulkorberlaß“. Latussek reizt die CDU/CSU-Leute im Vorstand immer wieder mit Äußerungen wie der, daß die Bundesrepublik eine Partei brauche, die für die Interessen der Vertriebenen eintreten müsse. Hintergrund dieses Streites ist die Politik des BdV zu den deutsch-tschechischen Beziehungen.

Hier schwebt Leuten wie Latussek der offene Bruch mit der Bundesregierung vor. Dagegen ist die gesamte Berichterstattung des „Deutschen Ostdienstes“ zur deutsch-tschechischen Erklärung verhaltener. Immer wieder kann man dem Blatt entnehmen, daß dem BdV völlig klar ist, daß die Deklaration keinen Verzicht auf Besitzansprüche beinhaltet, sondern für die Revanchisten die Möglichkeit eröffnet, an einem längeren, aber gezielten Prozeß der wirtschaftlichen und politischen Einverleibung teilzuhaben. Als nächsten Schritt wollen sie mit Hilfe der CSU erreichen, daß sie am Verwaltungsrat der Zukunftsfonds teilnehmen können, damit sie an den Schalthebeln der Geldverteilung ihre revanchistische Politik stärken können. Wie äußerte sich der Präsident Wittmann kürzlich: „Der Weg, den die Vertriebenen zur Erreichung ihrer Ziele gehen müssen, ist lang und schwierig.“



Logo des „Deutschen Ostdienstes“

Widerstand dagegen ist nötig. Er kann auch vor Ort geschehen: z.B. mit einer Kritik an den Zuschüssen und den Fördermitteln für die Vertriebenenorganisationen auf regionaler oder örtlicher Ebene.

Autoren des „Deutschen Ostdienstes“

Die ständigen Autoren sind **Walter Stratmann** (DOD-Chefredakteur), **Waltraud Steiner** (DOD-Ressort „Kultur,Verband“), **Adolf Wolf** (ein Verwaltungsoberrat aus Hessen mit offenbar direktem Draht zum Bundesinnenministerium), **Michael Leh** („Sudetendeutsche Landsmannschaft“, „Sudetendeutsche Zeitung“), Dr. **Otto von Schott**, **Markus Leuschner** (BdV-Referatsleiter für „Grundsatzfragen/Jugendarbeit“), Dr. **Hans-Dieter Handrack** (Bundeskulturreferent des BdV) und BdV-Präsident Dr. **Fritz Wittmann** (zuvor CDU-MdB und Vorsitzender des Verteidigungsausschusses, Oberst der Reserve im Führungsunterstützungsregiment 60 der 1.Gebirgsjägerdivision in München).

Bis Ende März 1996 hat **Alfred Theisen** als ständiger Autor häufig Bezüge zur „Jungen Freiheit“ hergestellt.

Um diese Stammautoren scharen sich mehr oder wenig häufig: **Franz Neubauer** (Sprecher der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“ mit Kontakten zum „Witikobund“), Dr. **Herbert Czaja** (BdV-Ehrenpräsident; verstorben), Dr. **Herbert Hupka** (Bundesvorsitzender der „Landsmannschaft Schlesien“), **Wilhelm von Gottberg** (BdV-Vizepräsident und Sprecher der „Landsmannschaft Ostpreußen“), Prof. Dr. **Alfred de Zayas** (Professor des Völkerrechts an der Universität Chicago, VDA-Kulturpreisträger, Autor mehrerer geschichtsrevisionistischer Bücher, Gutachter im Bundestag gegen Rehabilitation der Wehrmachtsdeserteure), Prof. Dr. **Christoph Pan** (Präsident der „Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen“ (FUEV) und Leiter des Südtiroler Volksgruppeninstituts in Bozen), Prof. Dr. **Egon Jüttner** (CDU-MdB), **Helmut Sauer** (CDU-MdB und Bundesvorsitzender der „Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung“ in der CDU). Die letzten beiden sind wie die BdV-Vizepräsidentin **Erika Steinbach**, die auch DOD-Autorin ist, Mitglieder der Gruppe der Vertriebenen- und Flüchtlingsabgeordneten in der CDU/CSU-Fraktion unter Leitung des früheren BdV-Generalsekretärs **Hartmut Koschyk**.

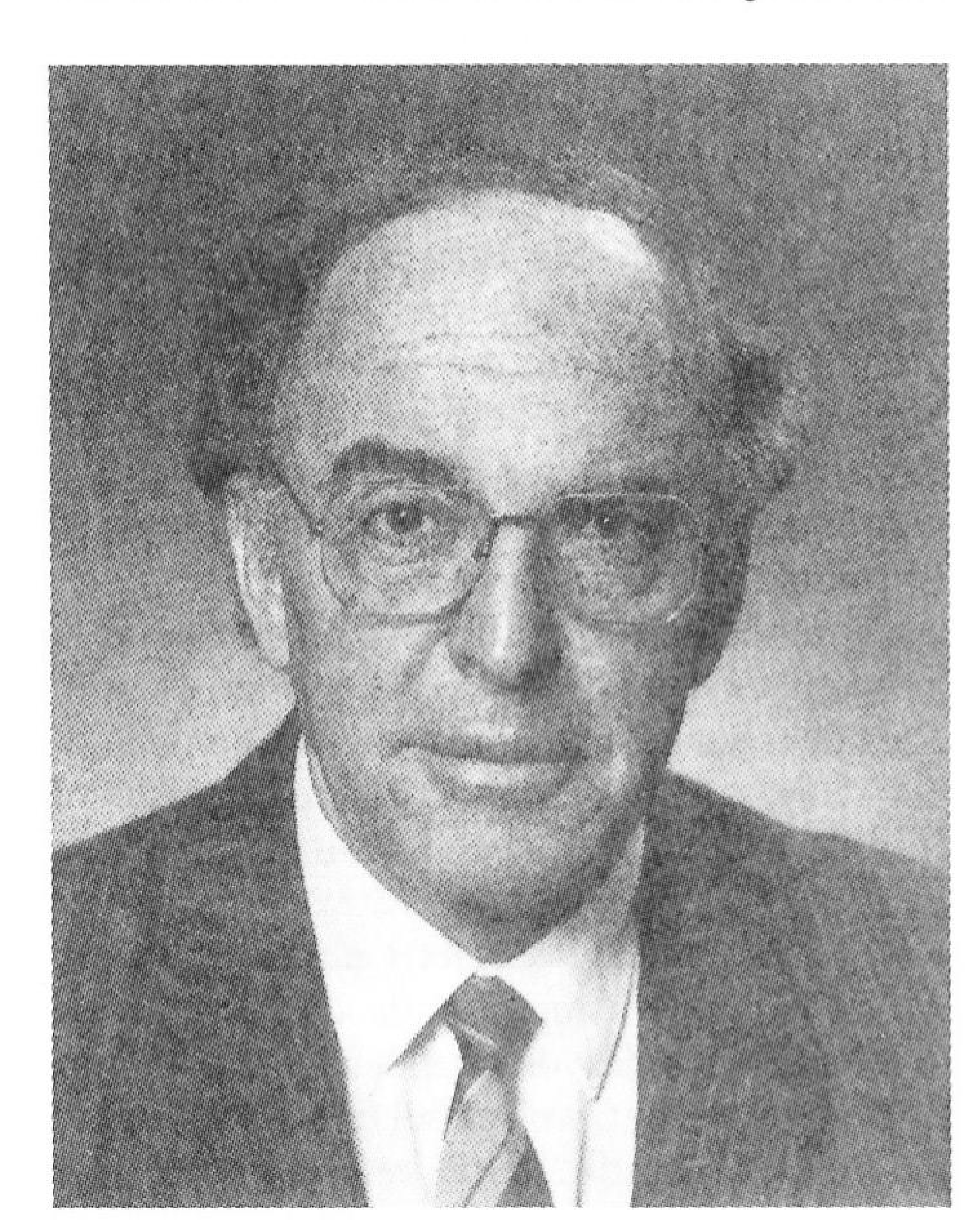
Alexandra Stolze

Die „Sudetendeutschen" - 1918 und heute

„Zur aktiven Außenpolitik fehlt uns jede Möglichkeit und fehlen uns die Mittel. Nur zwei Dinge müssen sofort mit großem Nachdruck auch außenpolitisch betrieben werden, die Schuldfrage und die Organisation einer deutschen Irredenta in den abzutretenden Gebieten ..." Mit dieser „Richtlinie deutscher Politik" vom 27. Juni 1919 hatte sich die Oberste Heeresleitung Deutschlands auf die Zielsetzung der „politischen Vereinigung von Volksdeutschen jenseits der Grenzen mit dem Mutterland" festgelegt.

Franz von Reichenau hatte einige Monate zuvor als Vorsitzender des „Vereins für das Deutschtum im Ausland" (VDA) bereits formuliert: „In dem gleichen Augenblick, in dem wir unseren bisherigen Staat verlieren, gewinnen wir unser Volk, das heißt: es wird uns zur lebendigsten Gewißheit und Klarheit, daß neben der Gemeinschaft des Reiches, die uns mit unseren Staatsgenossen verbunden hat, eine Gemeinschaft des Blutes und Stammes besteht, die uns mit unseren Volksgenossen vereinigt". Unter dem Begriff „Staatsgenossen" sind die im Deutschen Reich verbliebenen „Reichsdeutschen" zu verstehen. „Volksgenossen" waren alle Deutschen, die in den nach dem 1.Weltkrieg vom Deutschen Reich abgetrennten Gebieten lebten. Für sie entstand in der Folgezeit der Begriff „Volksdeutsche" oder, so im grenznahen Bereich lebend, „Grenzlanddeutsche". Zu den Letztgenannten gehörten die auf dem Territorium der am 28.10.1918 ausgerufenen Tschechoslowakischen Republik wohnenden Deutschen. Die völkische Propaganda war angelaufen. Am 5.1.1919 veranstaltete der VDA in Berlin eine Kundgebung, bei der eine Entschließung gefaßt wurde, die insofern bedeutsam ist, weil die darin erhobenen Forderungen sich in verschiedenen Formulierungen landsmannschaftlicher Manifestation (z.B. in der „Charta der deutschen Heimatvertriebenen") wiederfinden lassen. In der VDA-Entschließung hieß es u.a., daß sich „auf den Boden des Selbstbestimmungsrechts für alle Völker" gestellt werde und deshalb für „alle Deutschen die uneingeschränkte Anwendung dieses Grundsatzes" gelten müsse. Dazu müsse für den von den „Deutsch-Österreichern erklärten Anschluß an das Deutsche Reich" und gegen die „zwangsweise Angliederung deutschen Reichsgebietes an fremde Staaten" gekämpft werden. Außerdem sei sich gegen „jede Vergewaltigung deutschen Volkstums" zu verwahren.

Die Elite der sogenannten Volksdeutschen im neu gebildeten tschechoslowakischen Staat brachte von Anfang an kaum Verständnis für Demokratie auf, sie wollte ihre Machtpositionen erhalten wissen. Begriffe wie „Selbstbestimmungsrecht" verbalistisch für ihre Zwecke nutzend, gipfelte deren Reaktion einerseits in Anschlußforderungen an „Deutschösterreich" bzw. an das Deutsche Reich. Andererseits verlangten die „Volksdeutschen" entsprechend dem beanspruchten Selbstbestimmungsrecht die Autonomie in den von Deutschen bewohnten Territorien. Die oberste politische Beratungsstelle der Deutschen Böhmens erklärte in einer Entschließung vom 16.10.1918: „Der Deutsche Volksrat für Böhmen betrachtet jedweden



SL- Sprecher Franz Neubauer

Versuch, der auch die Möglichkeit einer Einverleibung Deutschböhmens in den tschechischen Staat zur Folge haben könnte, als Preisgabe unseres Volkstums, dessen politischer und wirtschaftlicher Zukunft ..." Sich den politischen Gegebenenheiten anpassend, entschlossen sich in der Folgezeit bestimmte Vertreter auch der Parteien der Deutschen zur politischen Mitarbeit im Prager Parlament. In der staatsrechtlichen Deklaration bestätigten am 1.6.1920 die im „Deutschen parlamentarischen Verband" vereinigten 41 (nichtsozialdemokratischen) sudetendeutschen Abgeordneten und Senatoren vor der Nationalversammlung der CSR ihre ablehnende Haltung. Die Erklärung wurde vom damaligen Vorsitzenden der „Deutschen Nationalpartei", Dr. **Rudolf Lodgman von Auen**, vorgetragen. Er sagte u.a.: „Die Deutschen Böhmens, Mährens und Schlesiens und die Deutschen der Slowakei hatten niemals den Willen, sich mit den Tschechen zu vereinigen."

Lodgman von Auen war von 1920 bis 1925 DNP-Abgeordneter in der Nationalversammlung der CSR. Weil nach Gründung der BRD deutsche Volkstumsarbeit in den Landsmannschaften wieder weitergeführt werden konnte, war Lodgman von Auen wegen seiner „nationalen Gesinnung" als die integrale Figur der bisher konkurrierenden Gruppen der völkisch, sozialdemokratisch oder christlich orientierten Sudetendeutschen anerkannt. Er wurde der erste Sprecher der „Sudetendeutschen Landsmannschaft" (SL).

Die Parallelen, die sich zwischen den territorialen und politischen Argumentationsmustern der „Sudetendeutschen Landsmannschaft" in Zeiten ihrer Gründung und in ihrer heutigen Ausrichtung ergeben, sind auffällig.

Dies gilt besonders für den seit 1982 amtierenden Sprecher der „Sudetendeutschen Landsmannschaft", **Franz Neubauer**. Er trägt politische Verantwortung nicht nur als Vertriebenenfunktionär. Neubauer war von 1977 bis 1986 in wechselnder Staatsstellung Staatssekretär bzw. Staatsminister in den bayerischen Ministerien der Justiz, des Innern und für Arbeit und Sozialordnung. 1987 wurde er Präsident des Bayerischen Sparkassen- und Giroverbandes und seit 1993 ist er Vorsitzender im Vorstand der Bayerischen Landesbank. In seiner Rede auf der Hauptkundgebung des diesjährigen „48. Sudetendeutschen Tages" in Nürnberg polemisierte Neubauer gegen die deutsch-tschechische Erklärung. Diese sei „ein Dokument voller Halbwahrheiten und Geschichtsklitterungen, Scheinlösungen und Schönfärberei". Neubauers Behauptung, „unsere Rechtspositionen wurden nicht berührt, weil das ausgehandelte Papier kein Vertrag ist", läßt darauf schließen, daß sich die „Sudetendeutsche Landsmannschaft" und ihre Führung nach wie vor als Vorfeldorganisation deutscher Außenpolitik verstehen, geschaffen und unterhalten zu dem Zweck, „den Rechtsanspruch auf die Heimat, deren Wiedergewinnung und das damit verbundene Selbstbestimmungsrecht durchzusetzen". Und weil entsprechend diplomatischen Gepflogenheiten Vertreter der „Sudetendeutschen Landsmannschaft" an den deutsch-tschechischen Verhandlungen nicht beteiligt waren, setzte Neubauer noch eine Haßtirade drauf: „Der unverhüllte Versuch der vergangenen beiden Jahre, unserer Volksgruppe einen Totenschein auszustellen, war nicht der erste in diesem mörderischen Jahrhundert, sondern der fünfte oder sechste." Neubauer kennt kein Pardon. Bereits 1987 stellte er sich, auf die Sowjetunion bezogen, hinter die von kapitalistischem Verständnis geprägten Devise: „Die Welt der Zukunft wird demokratisch und marktwirtschaftlich sein, und ob die Russen wollen oder nicht, daran führt auch für sie kein Weg vorbei."

Dr. **Walter Becher** ist in den Reihen der „Sudetendeutschen Landsmannschaft" wie in der Politik kein Unbekannter. Er stand sozusagen mit an der Wiege der SL. Am 15.8.1945 ließ er sich in München nieder, um als Referent der „Hilfsstelle für Flüchtlinge aus den Sudetengebieten" tätig zu sein. Diese Hilfsstelle wurde erste „politische Führungsstelle" der künftigen „Sudetendeut-

schen Landsmannschaft". Hier begann „die Regeneration des Sudetendeutschtums"; hier vollzog sich „die Neugeburt aller Lebensstrukturen des Sudetendeutschtums", verrät Becher in seinem Buch „Zeitzeuge". Von 1955 bis 1968 Generalsekretär des „Sudetendeutschen Rates" und von 1968-1982 Sprecher der SL, bestimmte Becher vier Jahrzehnte lang nicht nur entscheidend die Politik der „Sudetendeutschen Landsmannschaft". 1964 hatte er ein Bündnis mit der CSU geschlossen und versuchte seit 1965 als Mitglied des Deutschen Bundestages, vielfach um „zwei Lautstärken lauter als die Bundesregierung, damit die Bundesregierung stets einen Ton stärker werden könne", immer auch „sudetendeutsche Heimatpolitik" durchzusetzen.

Wenn also SL-Altsprecher Dr.Walter Becher zur deutsch-tschechischen Erklärung sich wie folgt äußert: „Der 'Stoß in den Rükken' hat viele verletzt, die sich als Kerngruppen der Demokratien ihrer neuen Heimat bewährten", dann steckt hinter dieser Demagogie weitere Diffamierung gegen den tschechischen Staat.



Periodika der „Sudetendeutschen Landsmanschaft"

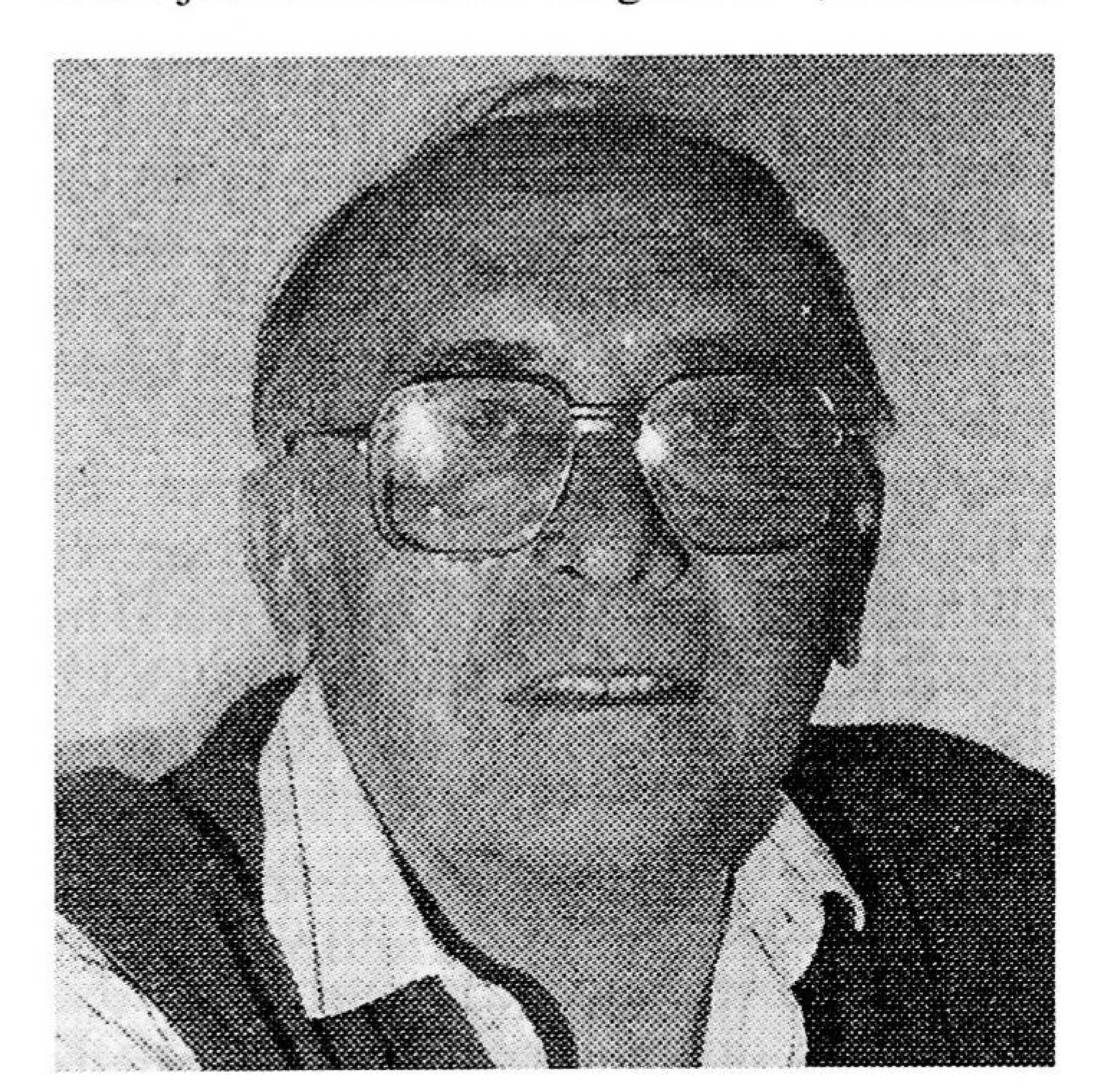
Sebastian Schwarz

Der „Witikobund"

Eine herausragende Stellung innerhalb des revanchistischen Spektrums nimmt der „Witikobund" (WB) ein. Ausgerechnet am 9.November 1947 (24 Jahre nach dem Marsch auf die Feldherrnhalle und neun Jahre nach der Reichspogromnacht) versammelten sich ehemals führende Nationalsozialisten im bayrischen Waldkraiburg und gründeten eine Gemeinschaft, die zunächst unter dem Namen „Arbeitskreis Südost" beim „Freideutschen Kreis und dessen Landesgemeinde Baden-Württemberg" firmierte. 1949 erfolgte dann die Gründung des „Witikobund e.V." und man begann wieder offen aufzutreten.

Zu den Gründern gehörten mit Dr. **Heinz Lange**, **Walter Stain** und Dr. **Walter Becher** allesamt ex-Mitglieder der „Sudetendeutschen Partei" (SP). Unter Führung **Konrad Henlein**s (er beging 1945 in Alliierter Haft Selbstmord) war die SP der wichtigste Verbündete des faschistischen Deutschlands in der Tschechoslowakei und bereitete durch großdeutsche und völkische Propaganda aktiv den Einmarsch und die folgende Annexion vor. Henlein wurde folgerichtig 1938 mit dem Posten des „Gauleiters" für die annektierten Gebiete belohnt.

Im Gegensatz zur SP war es allerdings nie Ziel des WB, als Massenorganisation zu fungieren. Man verstand sich eher als „völkische Gesinnungsgemeinschaft" und versuchte Einfluß auf andere Organisationen zu nehmen. Dieses Ziel formulierte Dr. **Walter Brand** (ehemaliger enger Mitarbeiter Henleins und Vorsitzender des WB 1950-1952) anläßlich der Jahreshauptversammlung 1958 deutlich: „Alle Umsetzung geistiger Erkenntnis und damit ihre Verwirklichung vollzieht sich in Organisationen. Auf diese aber kann man nicht oder nur schwer - und dann vielfach unerwünscht - von außen einwirken. Man muß selbst in ihnen stehen. Und wenn man dann auf diese tatsächlich Einfluß ausüben will, - und dies ist schließlich das legitime Recht eines jeden einzelnen Mitgliedes - , dann muß



Walter Becher

man eben an solche Stellen gelangen, von denen aus man zu wirken in der Lage ist.". Eine Erfolgsmeldung verlas er auch: „Mitglieder unseres Bundes finden wir in der 'Sudetendeutschen Landsmannschaft' in allen Sachgebieten und auf allen Organisationsstufen vom Ortsverband über den Kreis, die Bezirks- und Landesgruppen bis in die Bundesspitzen hinein in großer Anzahl an der Arbeit." Die aktuelle Zusammensetzung der Bundesversammlung der „Sudetendeutschen Landsmannschaft" (SL) verweist auf diesen Ansatz: Vier der fünf Präsidiumsmitglieder sind „Witikonen". Da sich der WB nicht nur den Interessen der „sudetendeutschen Volksgruppe" verschrieben hat, sondern seine Aufgabe vor allem deutschlandpolitisch sieht, engagieren sich die „Witiko-Kameraden" auch in zahlreichen anderen Organisationen außerhalb der „Sudetendeutschen Landsmannschaft". So verwundert auch nicht, daß sich der WB nie darum scherte, ob seine Mitglieder aus dem Sudetengebiet stammen oder überhaupt „Vertriebene" sind. Einzig eine völkische Gesinnung war und ist Voraussetzung für die Mitgliedschaft. Um sicher zu gehen, daß dem auch so ist, muß jeder „Neu-Witikone" zwei Bürgen, die bereits Mitglieder sind, vorweisen. Die Mitgliederzahl des WB bewegt sich bis heute bei etwa 1.000. Diese Anzahl spiegelt aber nicht den Einfluß wieder, den der WB durch seine gezielten Unterwanderungen erreicht hat.

Im Gegensatz zu anderen Verbänden war sich der WB sehr früh der Gefahren einer Überalterung der Organisation bewußt und so war ein vorrangiges Ziel die Rekrutierung junger Neumitglieder. Beispielsweise verschaffte man sich Einfluß auf den 1952 gegründeten „Arbeitskreis Sudetendeutsche Studenten" (ASST), in dem der WB gezielt neue Mitglieder rekrutierte. Der erste Bundesvorsitzender des ASST war mit **Wolfgang Egerter** ein „Witikone", ein weiterer Bundesvorsitzender war **Horst Rudolf Übelacker**, der heutige Vorsitzende des WB.

Die revanchistische Grundausrichtung des WB wurde bereits bei seiner Gründung deutlich benannt: „Es geht heute nicht mehr um einfache Rückkehr, sondern um einen Neu-

Samuel Salzborn

Das bißchen Ostland soll es sein ...

- Die „Landsmannschaft Ostpreußen“ -

„Land der dunklen Wälder / Und kristall'nen Seen, / Über weite Felder / Lichte Wunder geh'n. / Starke Bauern schreiten / Hinter Pferd und Pflug, / Über Ackerbreiten / Streicht der Vogelzug. / Und die Meere rauschen / Den Choral der Zeit, / Elche steh'n und lauschen / In die Ewigkeit. / Tag ist aufgegangen, / Über Haff und Moor, / Licht hat angefangen / Steigt im Ost' empor.“



Das „Ostheim“ - Kaderschmiede der „Landsmannschaft Ostpreußen“

Beim Erklingen des voranstehenden „Ostpreußenliedes“ wird es den Revanchisten der „Landsmannschaft Ostpreußen“ warm um's Herz. Man ergeht sich in den Erinnerungen an großdeutsche Städte mit wohlklingenden Namen wie Dobre Miasto (vulgo: Guttstadt), Ilawa (vulgo: Deutsch-Eylau) oder Kaliningrad (vulgo: Königsberg).

Doch hinter der völkischen Romantik, die das „Ostpreußenlied“ verbreitet, steht ein zentral organisierter Verband, der über beträchtliche Gelder aus dem Bundeshaushalt (jährlich um die 450.000 DM) verfügen kann: Die „Landsmannschaft Ostpreußen“ (LO).

Die „Landsmannschaft Ostpreußen“ wurde 1948 gegründet und ist ordentliches Mitglied im „Bund der Vertriebenen“ (BdV). Sitz ihrer Geschäftsstelle ist Hamburg; als Sprecher fungiert derzeit **Wilhelm von Gottberg**. Stellvertreter sind **Bernd Hinz** und Dr. **Wolfgang Thüne**. Als Geschäftsführer amtiert **Karl-Heinz Blotkamp**. Die Referate im Vorstand der „Landsmannschaft Ostpreußen“ sind besetzt durch **Torne Möbius** („Kultur“), **Hilde Michalski** („Soziales“ und „Frauen“), **Louis-Ferdinand Schwarz** („Presse“), **Bernhard Knapstein** („Junge Generation“) und **Manfred Ruhnau** („Hilfsmaßnahmen in der Heimat“). In einer Selbstdarstellung heißt es, daß die „Landsmannschaft Ostpreußen“ der „Zusammenschluß der Ostpreußen“ sei und daß sie „Ostpreußen in seiner Gesamtheit und in seinen Stadt- und Landkreisen“ fortsetze. Laut Eigenangaben handelt es sich bei diesem Zusammenschluß der „Ostpreußen“ um eine 500.000 Mitglieder zählende Organisation. Die LO verfügt über Landesgruppen in allen Bundesländern. Parallel zu diesen Landesverbänden existieren noch die „Heimatkreisvereinigungen“, die analog der Städte und Kreise des ehemaligen „Ostpreußens“ aufgebaut sein sollen. In der „Landsmannschaft Ostpreußen“ gibt es von diesen „Heimatkreisvereinigungen“ insgesamt 40, die alle über „Patenschaftsträger“ - eine bundesdeutsche Stadt - verfügen. Im offiziellen Organ der „Landsmannschaft Ostpreußen“, der Wochenzeitung „Das Ostpreußenblatt“ (OB), lassen sich dann die Berichte von den Aktivitäten dieser „Heimatkreisvereinigungen“ nachlesen. Ebenfalls im „Ostpreußenblatt“ finden sich die Berichte von den Seminaren und Tagungen im Bad Pyrmonter „Ostheim“. Dieses fungiert als zentrale Schulungsstätte der „Landsmannschaft Ostpreußen“ und ihrer Jugendorganisation, der „Jungen Landsmannschaft Ostpreußen“ (JLO). Im vergangenen Jahr wurde dort die Hälfte der Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen der „Landsmannschaft Ostpreußen“ durchgeführt; in diesem Jahr werden es nahezu zwei Drittel sein. Dabei stehen 1997 u.a. ein „Politisches Seminar für Frauen“, Jugendfreizeiten und Werkwochen, Tagungen der „Schriftleiter“, der „Kulturreferenten“ und der „Landesfrauenleiterinnen“ sowie das Jugendseminar „Ostpreußen zwischen 1701 - 1806“ auf dem Programm. Der Trägerverein „Ostheim e.V.“ wurde 1956 in Bad Godesberg von der LO und der „Deutsch-Baltischen Landsmannschaft“ (die 1963 aus dem Verein „Ostheim“ ausgetreten ist) gegründet. Zwei Jahre später wurde das ehemalige Senatorium Buchingen in Bad Pyrmont (Weserbergland) erworben, als „Ostheim“ benannt und kurz darauf komplett in das Eigentum der „Landsmannschaft Ostpreußen“ überführt. Das „Ostheim“, dem Wilhelm von Gottberg seit Oktober 1994 vorsteht, erfüllt die Funktion der ideologischen und methodischen Schulung der Kader der LO und JLO. Diese werden für den Kampf gegen „totalitäre, antireligiöse Bestrebungen“ gerüstet, damit sie gegen die „Gegner des deutschen Rechtsanspruchs“ bestehen können. Ein ganz anderes Kaliber der revanchistisch-völkischen Bildung stellt das „Ostpreußische Landesmuseum“ in Lüneburg dar - es ist massenwirksam orientiert. Nach Angaben der Bundesregierung erhielt das Museum in den vergangenen zehn Jahren fast 19 Millionen DM aus dem Bundeshaushalt. Dabei nehme das von Bund und dem Land Niedersachsen geförderte Museum die „selbstverständliche Verpflichtung einer Kulturnation“ wahr, damit „die jahrhundertelange Geschichte Ostpreußens und das aus der Region stammende Kulturgut im Bewußtsein des gesamten deutschen Volkes und des Auslandes“ erhalten bleibe. Die Leitung des „Ostpreußischen Landesmuseums“, das 1987 eröffnet wurde, obliegt Dr. **Ronny Kabus**. Bei der Eröffnungsveranstaltung sagte der damalige Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesinnenministerium, Dr. **Horst Waffenschmidt**, daß, wenn die „vielversprechenden Ansätze“ des „Ostpreußischen Landesmuseums“ weiterentwickelt werden würden, es in Zukunft möglich sein könnte, daß man in der „ostdeutschen Kulturarbeit von einem 'Modell Ostpreußen' sprechen“ werde. Um die Arbeit der „Landsmannschaft Ostpreußen“ auf eine pseudowissenschaftliche Grundlage zu stellen, wurde 1981 das Deutschordenschloß Ellingen der LO vom Freistaat Bayern zur Verfügung gestellt. Hier befindet sich mittlerweile das zentrale Archiv der Organisation mit umfangreicher Bibliothek. Weitere Teile des „Kulturzentrums Ostpreußen“, das von **Wolfgang Freyberg** geleitet wird, werden zur Präsentation von Dauer- und Wechselausstellungen genutzt. Als Patenschaftsträger der „Landsmannschaft Ostpreußen“ war der Freistaat Bayern dann auch in Form von Bundespostminister **Wolfgang Bötsch** (CSU) beim dreijährlich stattfindenden „Deutschlandtreffen“ der LO vom 17. bis 18.Mai 1997 im Congress Center Düsseldorf präsent. Im Vorfeld des Treffens waren Funktionäre von JLO und LO durch die

Mitunterzeichnung der „Erklärung zur Präsentation der Anti-Wehrmachtsausstellung in der Frankfurter Paulskirche", publiziert u.a. im faschistoiden „Schlesier", im „Ostpreußenblatt", der „Jungen Freiheit" und der FAZ, aufgefallen. Neben Stellvertreter Thüne hatte auch von Gottberg unterschrieben. Dieser erklärte in Düsseldorf kurz und bündig das Konzept der LO: „Ostpreußen ist und bleibt Ostpreußen", wobei die „Landsmannschaft Ostpreußen" „von dieser maßgeblich durch Deutsche geprägten liebenswerten europäischen Kulturlandschaft nicht lassen" werde. Die sog. „Vertreibung" sei „bisher einmalig in der Menschheitsgeschichte". Die politischen Perspektiven lägen in den „durch Christentum und Humanismus geprägten Rechtsnormen des europäischen Kulturkreises", wobei es unverständlich sei, daß „nach allen Vorleistungen, die die deutsche Seite erbracht hat", es den Revanchisten nicht erlaubt sei, „in der Heimat Eigentum zu erwerben". Ihrer Vorfahren wäre die „Landsmannschaft Ostpreußen" unwürdig, wenn sie das „empfangene Erbe für ein Linsengericht verschleudern" würde. Bevor von Gottberg mit dem „Bekenntnis zur Heimat" als Bekenntnis zu Freiheit, Recht, Frieden und „zu den deutschen Volksgruppen im dreigeteilten Ostpreußen" schloß, forderte er noch rasch die Ehrung der „Heimatvertriebenen Ostdeutschlands durch die Verleihung des Friedensnobelpreises".



Postminister Bötsch zusammen mit LO- Sprecher von Gottberg

Olaf Goebel

Die jungen Ostlandritter

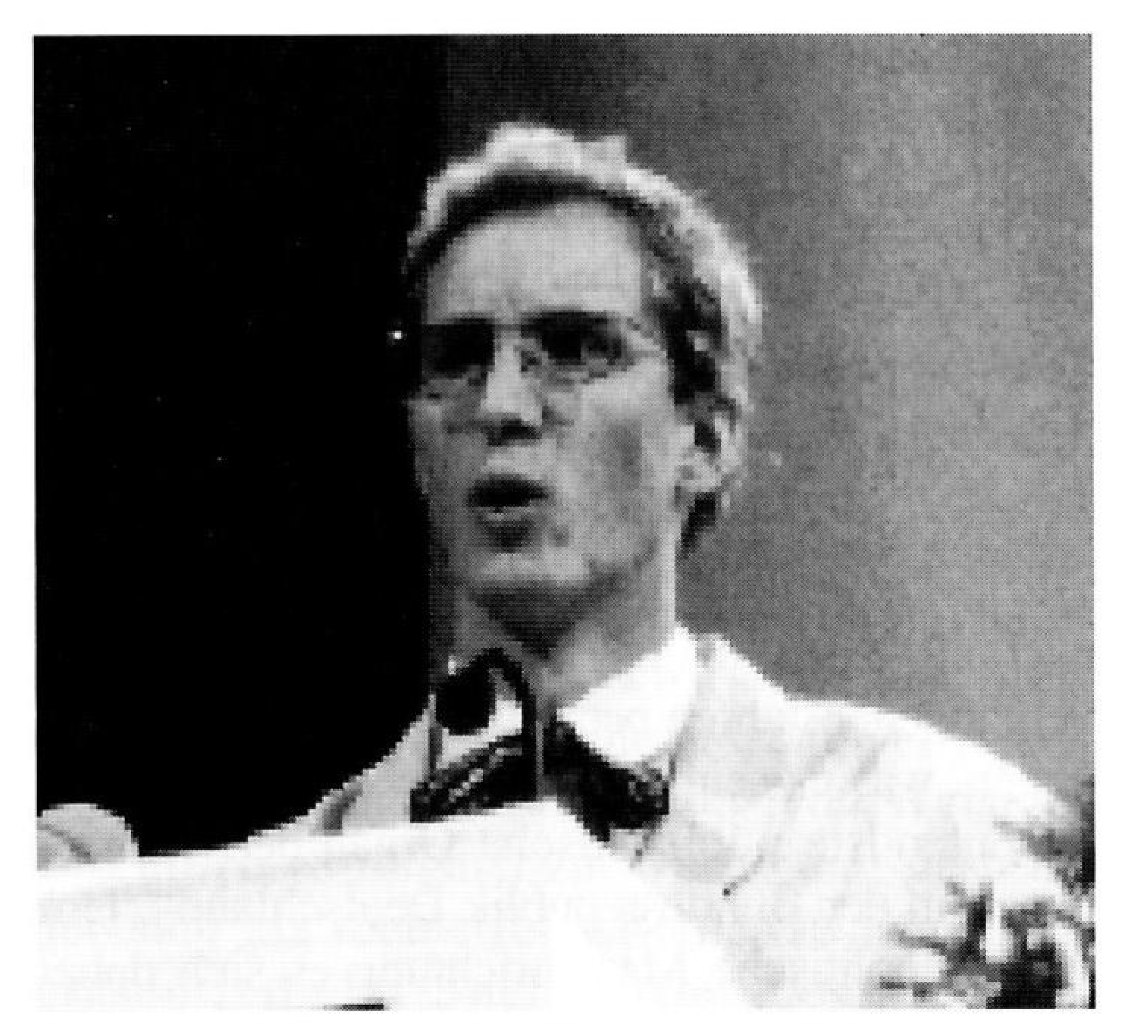
Die „Junge Landsmannschaft Ostpreußen"

Der „Jungen Landsmannschaft Ostpreußen" kommt als Jugendorganisation der „Landsmannschaft Ostpreußen" eine doppelte Funktion zu. Zum einen vertritt sie offen rechtsradikale Parolen und verschafft diesen Gehör und Stimme in den Vertriebenenverbänden, zum anderen macht sie theoretische und praktische Schritte zur wirtschaftlichen Anbindung „Ostpreußens" an die BRD. Die „Junge Landsmannschaft Ostpreußen" betrachtet Teile Rußlands und große Teile Polens als „deutsche Länder" und vertritt, wie auch die Neonazis, ein Deutschlandbild in den Grenzen von 1937.

Die Funktionäre der „Jungen Landsmannschaft Ostpreußen" (JLO) arbeiten auch mit anderen rechten Vereinigungen zusammen. So war der JLO-Vorsitzende **Bernhard Knapstein** auch als politischer Referent der rechten Kölner Burschenschaft „Germania" tätig.

Die Jugendorganisation der „Landsmannschaft Ostpreußen" (LO) versteht sich als „eine Gemeinschaft junger Menschen, die sich mit Ostpreußen durch familiäre Abstammung, nationales Zusammengehörigkeitsgefühl oder das Bekenntnis zu dem geistigen und sittlichen Erbe Ostpreußens verbunden fühlen". Sie fordert „umfassende Volksgruppenrechte für Deutsche in ihren angestammten Siedlungsgebieten" und setzt sich für „die Besinnung auf die positiven geistigen und sittlichen Traditionen Preußens" ein und lehnt die Oder-Neiße-Grenze ab. Um die Identität der „Ostpreußen" wiederherzustellen, fordert die JLO das Gebiet unter Autonomie und Selbstverwaltung zu stellen, mit Deutschland als Garantie- und Schutzmacht.

Die Mitgliederzahl der „Jungen Landsmannschaft Ostpreußen" wird auf 1.000 geschätzt; nach Angaben des „Ostpreußenblattes" (21.12.1996) sei die Tendenz steigend. Für das Deutschlandtreffen an Pfingsten 1997 in Düsseldorf hatte die JLO eine Soldatenfriedhofsattrappe aufgebaut, um „die Tätigkeiten der JLO im Bereich der Kriegsgräberpflege" zu veranschaulichen. Derzeit sammelt die Jugendorganisation für einen Hausbau, bzw. Immobilienerwerb in „Ostpreußen": „Das Haus als Symbol des Willens und der Verankerung in der Heimat."



Bernhard Knapstein, Vors. der JLO

Wirtschaftspläne

Schon bei der Gründungsversammlung der „Jungen Landsmannschaft Ostpreußen" war der CSU-Bundestagsabgeordnete **Josef Hollerith** dabei. Er will die „deutschen Rechte" im Osten mit dem „Hebel der Wirtschaft" sichern; immerhin gab es derzeit bereits 800 Joint-venture-Unternehmen „in den Oder-Neiße-Gebieten und in Polen". Um die „Heimholung" der Ostgebiete auf wirtschaftlicher Ebene voranzutreiben, führte die JLO im März 1996 mit ihrer Arbeitsgemeinschaft „Wirtschaftsjunioren Osteuropa" in Fulda eine Tagung unter dem Motto „Wirtschaftsregion Ostsee - Die Investitionsherausforderung in Zentral- und Osteuropa" durch, um die rechten Jungmanager auf den Ostritt einzustimmen. Die Tagung wendete sich an „Akademiker und Studenten, Abteilungsleiter im Osteuropageschäft, Heimatvertriebene und deren Nachfolgegeneration, Investitionswillige, Unternehmer sowie Vertreter öffentlicher Einrichtungen" und richtete dabei ihr Augenmerk speziell auf die Länder Litauen, Polen und Rußland. Als Referenten waren Fachanwälte und Unternehmensberater eingeladen, u.a. die „Unternehmensberatung des Bundesinnenministeriums" und Vertreter der Konsulate und Botschaften der drei Länder.

Rechte Stimmungsmache

Das Sprachrohr der JLO, „Fritz - Junge Zeitung für Deutschland" wurde erst nach mehreren Kleinen Anfragen durch die PDS-Abgeordnete Ulla Jelpke widerwillig von der Bundesregierung als „rechtsextrem" eingestuft, obwohl es antidemokratische Positionen vertritt, die NS-Verbrechen relativiert und mit Rechtsradikalen jeglicher Couleur zusammenarbeitet. Trotz allem unterstützt die Regierung die „Junge Landsmannschaft Ostpreußen" finanziell. In der diesjährigen Mai-Ausgabe von „Fritz" entwirft **Alexander Preuß** ein Ostpreußen im Jahre 2004: Unter Bundeskanzler Gerhard Schröder und dem russischen Präsidenten Lebed kommt es nach „Montagsdemonstrationen" der „Ostpreußen" zu einem „zweiten Mauerfall". Nachdem sämtliche Staaten versuchen Deutschland militärisch von einer „zweiten Wiedervereinigung" abzubringen, gelingt diese schließlich doch. Ein reines Horrorszenario. Auch hohe Bundeswehrangehörigen bereicherten durch Artikel

sien“ der „Landsmannschaft der Oberschlesier“, die im 47.Jahrgang mit mehreren Heimatkreis-Blättern als Beilage im Verlag Chmielorz in Wiesbaden erscheint. Unter der Redaktionsleitung von **Horst Schmidt** finden sich in dem Blatt Autoren wie **Alois Bude**, der auch in „Der Schlesier“ und im „Ostpreußenblatt“ schreibt, der „Criticon“-Autor **Joachim Georg Görlich** oder Leserbriefschreiber wie **Werner Georg Haverbeck**, einst Mitglied der „Reichsleitung des NS-Studentenbundes“ und Mitbegründer des „Weltbundes zum Schutze des Lebens“ (WSL) mit Sitz in Vlotho.

Auch das offizielle Organ der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“, die „Sudetendeutsche Zeitung“ mit ihren Kopfblättern „Volksbote“, „Heimatbote“ und „Heimatruf“ erfreut sich einschlägig bekannter Autoren.



„Nach Osten geht der Ritt“ - Periodika des Revanchismus

So war der frühere Redakteur des NS-Gauorgans „Die Zeit“, **Lothar Foltinek**, Chefredakteur, der ehemalige Redakteur des NS-Gauorgans „Die Zeit“, **Ernst von Hanely**, Verlagsleiter. Eine ganze Reihe ehemaliger NS-Größen, wie der als Kriegsverbrecher gesuchte frühere deutsche Staatssekretär in der Slowakei, Dipl.Ing. **Franz Karmasin**, waren Mitarbeiter der Zeitung. Zu den heutigen Redakteuren der 1948 gegründeten Wochenzeitung mit einer Auflage um die 20.000 Exemplare gehören **Gernodt Wildt**, **Michael Leh**, in den 80iger Jahren Leiter des Regionalbüros der „Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte“ (IGfM) in Bayern und **Susanne Habel**. Weitere Autoren sind der Chef der „Paneuropa- Union“, Dr.**Otto von Habsburg**, der Leiter der geschichtsrevisionistischen „Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt“ (ZFI) **Alfred Schickel** und der sächsische CDU-Justizminister **Steffen Heitmann**. Oder sie kommen aus der „völkischen“ Gesinnungsgemeinschaft „Witikobund“, wie der CDU-Landtagsabgeordnete **Rüdiger Goldmann**, der einstige VDA-Funktionär **Horst Löffler** oder der 1996 verstorbene **Anton „Toni“ Herget**, der wie BdV-Vize Latussek keine Schwierigkeiten hatte, bei der neofaschistischen „Gesellschaft für freie Publizistik“ als Referent aufzutreten. Zu besonderen Anlässen, wie z.B. dem „Sudetendeutschen Tag“, finden sich in der Zeitung verstärkt Anzeigen des „Kulturwerk für Südtirol“, des Langen-Müller-Verlages des „Witikonen“ **Herbert Fleissner**, der bayerischen CSU und vom „Wienerwald“. Stellvertretend für die Aktivitäten der „Vertriebenen“ sei hier die „Ackermann-Gemeinde“ der katholischen Sudetendeutschen erwähnt, die ein eigenes „Mitteilungsblatt“ herausgibt. Prof. Dr. **Ernst Nittner** vom Bundesvorstand der „Ackermann-Gemeinde“, ein ehemaliges „Mitglied der NSDAP, das nach den Judenpogromen im Jahre 1938 Antrag auf Mitgliedschaft in der SS gestellt hatte“ („Neue Kommentare“, Nr.6/ 1980), beschreibt in der Broschüre „Unter dem weißblauen Schild - 30 Jahre Schirmherrschaft Bayerns über die Sudetendeutschen“ über die Gründung der katholischen Hilfsorganisation: „Schon bald nach Kriegsende kam es zur Gründung kirchlicher Hilfsorganisationen im Zusammenwirken vertriebener Sudetendeutscher mit ‘reichsdeutschen’ Priestern und Laien, als frühere Kontakte, z.B. zum „Reichsbund für das katholische Auslandsdeutschtum“ (Prälat **Büttner**) erneuert wurden. So entstanden die ‘Kirchlichen Hilfsstellen’ in Frankfurt/Main und München, Zentren der Sammlung alter Freundeskreise, der Integration und der Planung. In den Dienst dieser Hilfe und Integration konnten auch andere Querverbindungen zum deutschen Katholizismus (Caritas, Bildungswesen, Arbeiterbewegung, Jungmännerverband, Kath. Junge Mannschaft, KV, CV, Quickborn, Staffelstein/Neudeutschland u.a.) gestellt werden“. Bestimmend werden sollte in der „Ackermann-Gemeinde“ „nicht der Verbands-, sondern der Gemeinschaftscharakter“, so Nittner. Dies ist in dem im 48.Jahrgang erscheinenden „Mitteilungsblatt“ der „Ackermann-Gemeinde“ (Redaktion **Franz Olbert**) unschwer zu erkennen, auch wenn das Blatt auf leiseren Sohlen daherkommt als die „Sudetendeutsche Zeitung“.

Nicht nur das Layout der „Pommerschen Zeitung - Für ein freies Pommern im vereinten Deutschland“ (gegründet 1950, Auflage 1987 ca. 23.000) erinnert an das „Ostpreußenblatt“. Immerhin gehörte der 1995 verstorbene Chefredakteur des „Ostpreußenblattes“, **Hugo Wellems**, noch in den 80iger Jahren der Redaktion der „Pommerschen Zeitung“ an. Zu den Redakteuren bzw. Autoren der Wochenzeitung gehörten bzw. gehören u.a. **Michael Hammermeister** (Leitender Redakteur), **Jürgen Müller-Lornsen**, **Michael Pöschke**, **Dieter Krause**, der einstige NSDAP-Führer und langjährige Funktionär der „Landsmannschaft“ **Hans Edgar Jahn**, **Heinz H.Gehle**, **Wolfgang Stribrny** und **Norbert Matern**.

Zu den größten landesweiten Zeitungen des BdV dürfte die „Deutsche Umschau“ zählen. 1975 wurde ihre Auflage für Niedersachsen und NRW noch mit 100.000 Exemplaren angegeben. Heute erscheint die „Zeitung für gesamtdeutsche Politik, Wirtschaft und Kultur“ mit deutlich geringerer Auflage als Organ der Landesverbände Hessen, NRW und des Kreisverbandes Dortmund und wird, wie viele andere Zeitungen der „Landsmannschaften“ auch, in der Druckerei Rautenberg in Leer/Ostfriesland hergestellt. Die Autoren bzw. Beiträge der Monatszeitung kommen zum Teil vom „Ostpreußenblatt“, wie auch die neue Chefredakteurin der Zeitung, **Karin Morawietz**. So taucht unter den Autoren der „Deutschen Umschau“ auch der Marburger „Republikaner“ **Eike Erdel** und **Helmut Kamphausen** auf, der 1993 am Lesertreffen des neofaschistischen Organs „Recht und Wahrheit“ teilnahm. Weitere Redakteure sind **Adolf Wolf** für Hessen, **Markus Patzke** als stellvertretender BdV-Landesvorsitzender für NRW und **Monika Heim** für „Mitteldeutschland“. Der politische Gegner wird in dem Blatt klar benannt. Nicht nur bei den Antifaschisten, die gegen den „Tag der Heimat“ protestieren, sondern sogar im eigenen Lager sei dieser zu finden. Wie z.B. bei der einst strammrechten „Deutschen Jugend des Ostens“ (DJO), die heute als „Deutsche Jugend in Europa“ einen „Eiertanz“ vollzöge und dem BdV „in opportunistischer Weise den Rücken gekehrt hat, von örtliche Gruppen abgesehen“, so der Autor in der „Deutschen Umschau“.

„Volk auf dem Weg“ heißt die im 48.Jahrgang erscheinende Monatszeitschrift der „Landsmannschaft der Deutschen aus Rußland“ mit der Beilage „Heimat im Glauben“. Aufsehen erregte die „Landsmannschaft“ 1995, als publik wurde, daß die vom Bundesinnenministerium geförderte Broschüre „Volk auf dem Weg - Deutsche in Rußland und in der GUS 1763 - 1993“ auf Manuskripten des NS-Rassebiologen und ehemaligen Funktionärs des „Verein für das Deutschtum im Ausland“ (VDA), Dr.**Karl Stumpp**, basierte. Publizistische Unterstützung erhält die „Landsmannschaft“ seit Beginn des Jahres auch durch die von dem sudetendeutschen Verleger **Herbert Fleissner** herausgegebene „Deutsch-Russische Zeitung“, in der auch Autoren der Wochenzeitung „Junge Freiheit“ schreiben. Selbst der bayerische Innenminister **Günther Beckstein** stellte sich dem Blatt des „Witikobund“-Funktionärs Fleissner für

ein Interview zur Verfügung.

Zumeist aus den verschiedenen Vertriebenenverbänden stammen die Mitglieder und Anhänger der Partei „Bund für Gesamtdeutschland - Ostdeutsche, Mittel- und Westdeutsche Wählergemeinschaft", die im 7.Jahrgang ihre Zeitung „Unsere deutsche Heimat - Gesamtdeutsche Zeitung für Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und Recht" herausgibt. Das zweimonatlich im DIN A 5-Format erscheinende Blatt berichtet über die Aktivitäten der offen revanchistischen Kleinpartei, wie der erst kürzlich erfolgten Gründung des Wahlbündnisses „Bündnis für Deutschland", das sich gegen die Vermischung „deutscher Menschen und deutscher Mark in einen unheilvollen Völker- und Staatenbrei" wendet. Dabei strebt der „Bund für Gesamtdeutschland", der eine Zerstörung der „kulturellen und ethnischen Identität des deutschen Volkes" durch „multikulturelle Veränderungen" ausgemacht haben will, auch eine Zusammenarbeit mit neofaschistischen Parteien an. In dem Blatt, für das der Bundesvorsitzende **Horst Zaborowski** (Duisburg) verantwortlich zeichnet, werden neben Beiträgen von Mitgliedern und Funktionären des „Bundes" u.a. auch Artikel von **Helmut Schröcke** (Mitunterzeichner des rassistischen „Heidelberger Manifest"), **Gerold Bernert** (Autor in „Der Schlesier") und **Hans-Werner Bracht** („Western Goals") abgedruckt.

Der vierteljährlich erscheinende „GDO-Rundbrief" wird von der „Gemeinschaft Deutscher Osten - Staatstragender Zusammenschluß volks- und reichstreuer Deutscher" herausgegeben. Die GDO verfügt über eine eigene „Staatsvertretung (Exilregierung) des Deutschen Ostens" mit „Staatskanzler", „Staatsräten" usw. Auf der 12.Tagung der „Nationalversammlung des Deutschen Ostens" referierte **Helmut Brückmann**, der in der Vergangenheit auch bei Lesertreffen des neofaschistischen Zeitung „Recht und Wahrheit" auftrat. Die GDO, die zur „anhaltenden Ächtung der erwiesen reichsverräterischen Vertriebenen-Landsmannschaften" aufrief, wirbt in verschiedensten neofaschistischen Blättern für ihre Ziele. Anfang 1997 sprach GDO-„Präsident" **Konrad Hoffman** auch auf der Jahreshauptversammlung der neofaschistischen „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V." (HNG).

Der alle zwei Monate erscheinende „Anzeiger der Notverwaltung des deutschen Ostens" und dessen Beilage „GOG-Zirkelbrief" werden von der „Gemeinschaft Ost- und Sudetendeutscher Grundeigentümer und Geschädigter" (GOG) herausgegeben. Verleger ist **Horst Ochmann** (Groß-Wittensee), der schon wegen „Volksverhetzung" vor Gericht stand. In dem von der 1970 gegründete GOG herausgegebenen „Anzeiger der Notverwaltung" finden sich Beiträge zu Themen wie „Sprachverfall fördert Entdeutschung" oder „Kanzler Kohl auf den Spuren von Marx und Engels?". Zu den Autoren des Blattes gehören **Martin Jenke** und Gerold Bernert, beide auch Autoren im „Schlesier", Dr.**Gundolf Fuchs** vom „Bund für Gotterkenntnis" der **Mathilde Ludendorff**, der im „Anzeiger" die „freie Liebe zum eigenen Volk" propagiert und sich dagegen wendet, daß die NS-Diktatur „von Feinden freier Völker" auf „das Symbol für Judenmord eingeengt" wird, **Martin Richter**, Dr. **Heinz Haidl** und **Claus Plantiko**. Trotz der einschlägigen Positionen, die vom GOG vertreten werden, referierte 1988 der niedersächsische Vertriebenenfunktionär **Christian Stoll** bei einem Treffen der GOG.

Die „AGMO - Ostdeutsche Menschenrechtsgesellschaft e.V." mit Sitz in Bonn wurde mit aktiver Unterstützung aus der „Landsmannschaft Schlesien" gebildet. Die AGMO will die „Stärkung und Bewahrung der kulturellen Identität der in den Oder-Neiße-Gebieten lebenden Deutschen" fördern. In ihrem alle zwei Monate erscheinenden Mitteilungsblatt „AGMO - Intern" wird regelmäßig über die Zusammenarbeit mit den „Deutschen Freundeskreisen" in Polen berichtet, die von der AGMO unterstützt werden. Über die Aktivitäten der AGMO wird z.B. in „Der Schlesier", der „Jungen Freiheit" und in der „Freiheit Wattenscheid" berichtet.

Joß Fritz ist Mitarbeiter des Hartmut-Meyer-Archivs der VVN-BdA c/o VVN-BdA, Gathe 55, 42107 Wuppertal

Gudrun Hentges & Ulla Jelpke

Die Vertriebenenlobby im Bundesinnenministerium

Wie ist es möglich, daß Paul Latussek, Vizepräsident des „Bundes der Vertriebenen" (BdV) und Vorsitzender des BdV-Landesverbandes Thüringen, nicht nur Kontakte zu neofaschistischen Organisationen wie der „Gesellschaft für freie Publizistik" (GfP) unterhält, sondern auch innerhalb des Bundesinnenministeriums (BMI) unangefochten ist? Paul Latussek ist Mitglied im Beirat für Vertriebenen-, Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen beim BMI, dem die Aufgabe zukommt, die Bundesregierung „sachverständig in Vertriebenen-, Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen zu beraten." (BT-Drs. 13/7583)



Eduard Lintner

Trotz dessen Referententätigkeit bei der GfP sieht sich das BMI - namentlich **Horst Waffenschmidt** - zu keinen Konsequenzen veranlaßt. Offenbar funktioniert das Zusammenspiel zwischen den Vertriebenenverbänden und dem BMI ausgezeichnet und verweist auf inhaltliche Übereinstimmungen und personelle Verknüpfungen.

Das prominenteste Beispiel für die enge Zusammenarbeit zwischen dem BMI und den Vertriebenenverbänden ist der ehemalige Ministerialdirektor im BMI, **Hartmut Gassner**. Als Ministerialdirektor war er zuständig für die Vergabe von Bundesmitteln zugunsten der Vertriebenenverbände und des „Vereins für das Deutschtum im Ausland" (VDA). Seit November 1995 ist er Bundesvorstandsmitglied der „Landsmannschaft Ostpreußen".

Auch **Walter Priesnitz** - nach eigenen Angaben „Oberschlesier mit Leib und Seele" - ist Staatssekretär im BMI und zugleich Vertriebenenpolitiker. Er betätigt sich als Bundesvorstandsmitglied der „Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung", der Vertriebenenorganisation der CDU, und tritt häufig als Redner auf Vertriebenentreffen auf.

Lügen haben kurze Beine

Eduard Lintner ist Mitglied der „Sudetendeutschen Landsmannschaft" und des „Christlichen Gewerkschaftsbundes". Seit dem 24. Januar 1991 fungiert er als Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesinnenministerium und gilt als Vertreter des sogenannten Stahlhelmflügels der CDU/ CSU. 1977 unterstützte Lintner die Gründung der rechtslastigen Hochschulunion (HSU), welche die Position der CSU an bayrischen Hochschulen offensiv vertreten hat, ohne sich jedoch an Wahlen zu beteiligen. Die HSU nutzt die Zeitung „student" seit 1979 als ihr Vereinsorgan. Seit 1968 wird diese Zeitung von der „studentischen Aktionsgemeinschaft für Publizistik" herausgegeben. Sie unterstützte u.a. das rechte „Hilfskomitee Südliches Afrika" oder aber die „Burschenschaft Danubia". Offen war die Zeitschrift „student" auch gegenüber NPD-Mitgliedern, Nationalrevolutionären (z.B. **Henning Eichberg**, **Karl Richter**, Chefredakteur der Zeitschrift „Nation &

Europa") und Revanchisten. **Rolf Schlierer**, jetziger Parteivorsitzender der „Republikaner", war der letzte Chefredakteur der von Lintner geförderten Zeitschrift „student". Er ist aber nicht nur Förderer dieser Zeitschrift, sondern auch Unterstützer der „Jungen Freiheit", der er 1990 als Interviewpartner zur Verfügung stand.

Lintner, der sich offensichtlich innerhalb der CDU/CSU am rechten Rand bewegt, hat in seiner Funktion als Parlamentarischer Staatssekretär beim BMI u.a. die Kleine Anfrage von Ulla Jelpke und der Gruppe der PDS zu einer Veranstaltung im Düsseldorfer „Gerhart-Hauptmann-Haus" (früher: „Haus des deutschen Ostens") mit dem Nationalrevolutionär **Henning Eichberg** beantwortet.

Lintner, ein „Schutzpatron der Vertriebenen in der Bundesregierung", weicht dabei in seinen Antworten den gestellten Fragen aus, bzw. behauptet Unwahrheiten, um Vertriebenenfunktionäre gegenüber möglicher Kritik zu schützen. Die Antwort Lintners auf die von Ulla Jelpke gestellte Frage „Wurde der Aufruf [zur Demonstration gegen die Wehrmachtausstellung in München; Anm. d.V.] auch von Vertriebenenfunktionären (z.B. aus dem 'Witikobund' oder dem Bund der Vertriebenen) unterzeichnet?" legt dafür beredtes Zeugnis ab. Der Aufruf wurde u.a. unterzeichnet von „Prof. Dr. **Helmut Schröcke** (Witikobund)" und „**Dr. Alfred Ardelt** (parteilos)". Der sich als „parteilos" bezeichnende Ardelt ist Bundesschriftführer der „Sudetendeutschen Landsmannschaft" (SL) und Funktionär des „Witikobundes". Der in dem Parteiorgan der NPD „Deutsche Stimme" (Nr.1/97, S.9) veröffentlichte Aufruf müßte Lintner bekannt sein. In seiner Antwort auf die Kleine Anfrage stellt er sich jedoch schützend vor seine sudetendeutschen Landsmänner Schröke und Ardelt: „Mitglieder von Führungsgremien des Bundes der Vertriebenen oder von Führungsgremien eines seiner Mitgliedsverbände", so der Parlamentarische Staatssekretär, „befinden sich - soweit feststellbar - nicht unter den Unterzeichnern des Aufrufs."

Dubiose Doppelrolle

Horst Waffenschmidt war seit 1982 Parlamentarischer Staatssekretär im BMI, 1988 wurde er zum Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen ernannt, von 1990 bis 1993 gehörte Waffenschmidt dem Verwaltungsrat des „Vereins für das Deutschtum im Ausland" (VDA) an und nahm somit eine Doppelfunktion wahr: Als Parlamentarischer Staatssekretär beim BMI entschied er über die Mittelvergabe zugunsten des VDA, als Mitglied des Verwaltungsrats des VDA nahm er die Mittel in Empfang. Waffenschmidt ist somit Geldgeber und Geldempfänger in einer Person.

Von 1990 bis 1996 erhielt der VDA knapp 220 Millionen DM aus Bundesmitteln. Als Mitglied des Verwaltungsrates war Waffenschmidt von 1990 bis 1993 dafür verantwortlich, eine korrekte Verwendung der Bundesmittel zu kontrollieren. In einem Prüfbericht des Bundesrechnungshofes wird der VDA 1993 beschuldigt, die ihm aus dem Bundeshaushalt zugewiesenen Mittel in Millionenhöhe auf Festkonten angelegt zu haben, statt sie an die Projekte in Osteuropa weitergeleitet zu haben. Dieser Prüfbericht veranlaßte die Staatsanwaltschaft Bonn, wegen des Verdachts der Untreue Ermittlungen gegen den VDA aufzunehmen (15.5.1997). Sicherlich ist das zeitliche Zusammentreffen zwischen den Ermittlungen der Staatsanwaltschaft und dem Rücktritt Waffenschmidts aus dem Verwaltungsrat kein Zufall. Vor kurzem mußte der VDA dem Bund 7,4 Millionen DM zurückzahlen, weil der Bundesrechnungshof die Verwendung der Zuschüsse beanstandet hatte. Eine weitere Prüfung von Verwendungsnachweisen - insbesondere aus dem Zeitraum von 1990 bis 1994 - steht noch aus. Die Ergebnisse der Staatsanwaltschaft werden vor allem für Waffenschmidt folgenreich sein.

In seiner Funktion als Parlamentarischer Staatssekretär hat Waffenschmidt eine Vielzahl von Kleinen Anfragen beantwortet, u.a.

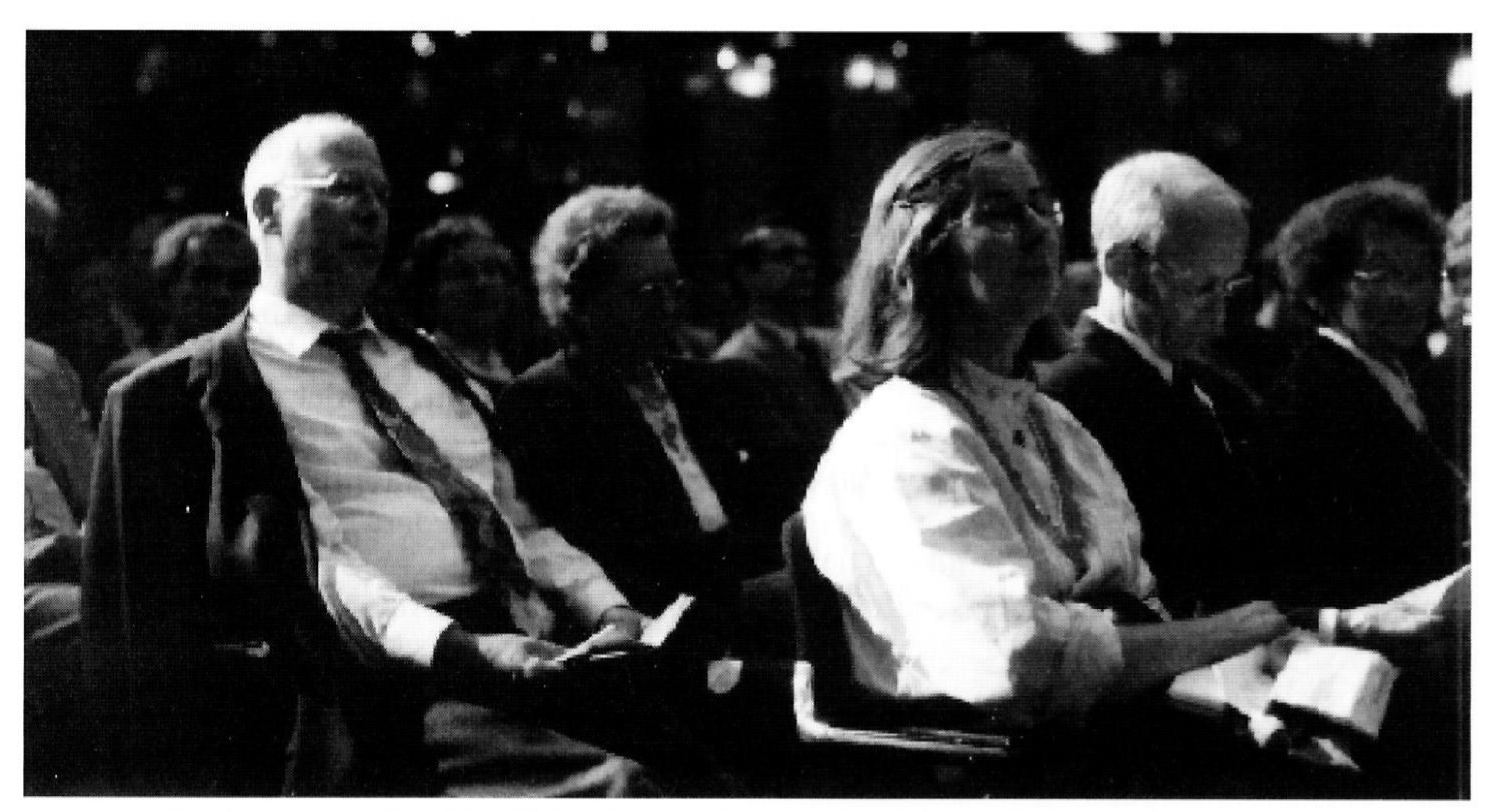
*- **Paul Latusseks** Mitgliedschaft im Beirat für Vertriebenen-, Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen beim BMI*
- Bewilligte Mittel aus dem Bundeshaushalt nach § 96 BVFG
- (Neu-)Gründung des „Republikanischen Hochschulverbandes", der Burschenschaft „Normannia-Leipzig zu Marburg" und der Zeitschrift „Junge Freiheit"
*- Kritik an der Ordensverleihung an Prof. Dr. **Boris Meissner***
- Der Bund der Vertriebenen (BdV) und der Tag der Heimat
- Die „Junge Landsmannschaft Ostpreußen", die „Wirtschaftsjunioren Osteuropa", die „Junge Freiheit" und der Rechtsextremismus

Von den Anfragen, die Waffenschmidt beantwortet hat, soll hier nur eine exemplarisch dargestellt werden: „Bewilligte Mittel aus dem Bundeshaushalt nach §96 BVFG".

Bekanntlich wird hiermit die Bewahrung des ostdeutschen Kulturguts zum gesetzlichen Auftrag der Bundesregierung erklärt. Auf dieser Grundlage werden Projekte gefördert, die dieser Zielstellung - angeblich oder tatsächlich sei dahingestellt - entsprechen.

Die Antwort von Waffenschmidt auf die entsprechende Frage nach der Förderung von Projekten und Einrichtungen nach §96 BVFG (dem Zuwendungsempfänger, der -höhe, dem -zweck und dem -geber) dokumentiert, daß sich das BMI und letztlich auch Waffenschmidt jeder öffentlichen Kontrolle entziehen möchte: „Eine Auflistung hinsichtlich der Projektförderung im einzelnen im Sinne der Fragestellung steht nicht zur Verfügung", so dessen nichtssagende Antwort auf die konkret gestellte Frage. Auch über abgelehnte Förderungsanträge und mögliche Rückforderungen schweigt sich Waffenschmidt aus: „Über abgelehnte Förderungsanträge und Rückforderungen bewilligter Zuwendungen wird keine Statistik geführt. Solche Zusammenstellungen könnten nur mit einem angesichts des erreichbaren Informationswertes unvertretbar hohen Verwaltungs- und Zeitaufwand erstellt werden."

Wahrscheinlich hat Waffenschmidt allen Grund dazu, Transparenz, öffentliche Kontrolle und Kritik an der Mittelvergabe zu fürchten:



Hartmut Gassner (nur im Bild links) beim „Deutschlandtreffen" der „Landsmannschaft Ostpreußen" im Mai 1997

Über den §96 werden z.B. Seminare gefördert, die im „Ostheim" der „Landsmannschaft Ostpreußen" in Bad Pyrmont stattfinden. Zweck und Aufgabe des Vereins „Ostheim e.V" ist laut Satzung, „das Wissen um Ostpreußen als Teil Deutschlands zu vertiefen". Demnach hat der Verein den territorialen Anspruch auf polnische und russische Gebiete satzungsmäßig festgeschrieben und mißachtet völkerrechtlich verbindliche Grenzen. Das ebenfalls geförderte „Ostpreußische Landesmuseum" in Lüneburg hat jüngst eine Veranstaltung mit ehemaligen Leitern einer Schule des „Schulvereins zur Förderung der Rußlanddeutschen in Ostpreußen e.V." durchgeführt.

Festzuhalten bleibt: Parlamentarische Staatssekretäre wie Lintner und Waffenschmidt garantieren dafür, daß Vertriebenenverbände, deren Publikationen und Funktionäre gegen Kritik in Schutz genommen und durch institutionelle oder Projektförderung finanziell ausgestattet werden sowie Vereine wie der rechte VDA weiterhin als Mittlerorganisation eine Förderung erfahren.

Gudrun Hentges ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der PDS-Bundestagsgruppe; Ulla Jelpke ist innenpolitische Sprecherin der PDS-Bundestagsgruppe

Bernhard Wagner

Brückenköpfe des Deutschtums

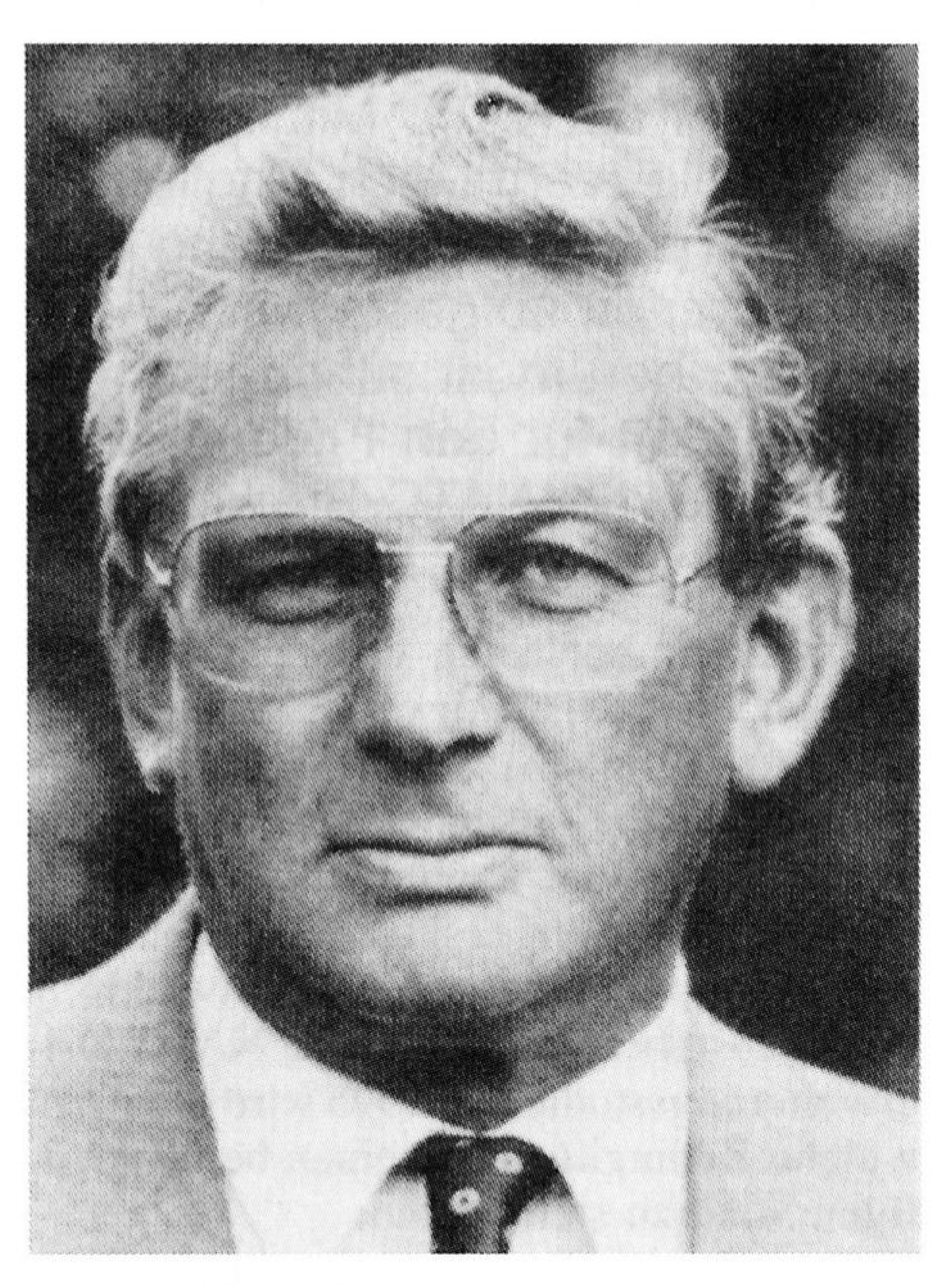
Wie die Vertriebenenverbände in die deutsche Außenpolitik einbezogen werden

Die Bundesregierung hat zwar durch verschiedene Verträge die deutsche Ostgrenze anerkannt, mit der Förderung des „Bund der Vertriebenen" (BdV) wird jedoch eine Organisation aus Bundesmitteln finanziert, deren Vertreter diese Grenze infragestellen. Der Einsatz des BdV für außenpolitische Projekte in den ehemals deutschen Ostgebieten und den sudetendeutschen Siedlungsgebieten ist ein Affront gegen Polen, Tschechien und Rußland.

Der ehemalige Staatssekretär im Bundesinnenministerium (BMI), Dr. **Horst Waffenschmidt** ist eigentlich Aussiedlerbeauftragter der Bundesregierung. Zwar ist die Spätaussiedlung mit Inkrafttreten des Kriegsfolgenbereinigungsgesetzes Anfang 1993 faktisch auf die Staaten der ehemaligen Sowjetunion beschränkt worden, doch auch danach befaßte er sich mit all jenen Gebieten, in denen deutschstämmige Minderheiten siedeln. Mit der Schwerpunktsetzung in Westpolen und Kaliningrad sind jene ehemaligen deutschen Ostgebiete betroffen, in denen BdV-Vertreter nicht nur lautstarke Forderungen nach Eigentumsrückgabe, Heimatrecht oder Rückkehrrecht aufstellen. Einzelne Vertreter, wie der BdV-Vizepräsident **Paul Latussek** stellen auch die Grenzen infrage: „Die Oder-Neiße-Grenze bleibt ein Unrecht, solange, bis sie als Grenze überwunden ist". Andere, wie der kürzlich verstorbene Ehrenpräsident des BdV, **Herbert Czaja** gehen sogar noch weiter. Für die Rücknahme der ehemals deutschen Ostgebiete, so Czaja, müssen die Grenzen von 1937 „keineswegs der Endpunkt" sein. Selbst die FAZ kommt zu dem Schluß, daß für Czajas Positionen „der Begriff Revisionismus viel zu harmlos" sei (FAZ, 20.09.1996).

Kommt schon die Zuständigkeit des Bundesinnenministeriums für Gebiete Polens, Tschechiens oder Rußlands einem Affront gleich, so ergeben sich aus der Mittlertätigkeit der Vertriebenen weitere Fragen. Indem Projekte zugunsten der deutschstämmigen Minderheiten über die Vertriebenen abgewikkelt wurden, konnten diese einen nicht unerheblichen Einfluß auf die Politik der Minderheiten ausüben. So wurden vom BdV Büros der „Deutschen Freundschaftskreise" in Polen eingerichtet. In Tschechien wurden die Begegnungszentren der Minderheit von der „Sudetendeutschen Landsmannschaft" betreut. Vertreter der Landsmannschaften fungierten als Betreuer von Wirtschaftsobleuten der „Stiftung für die Entwicklung Schlesiens". Über die Kulturpolitik bemüht sich die „Landsmannschaft Ostpreußen" (LO), der Region Kaliningrad „eine deutsche Identität zurückzugeben". Ein probates Mittel dafür sah man in dem Wiederaufbau deutscher Kulturdenkmäler. Für den Aufbau der Salzburger Kirche in Gusev half daher „durch sein stilles Wirken in bezug auf die Bereitstellung der Mittel" der „Landsmann" und bis 1996 zuständige Abteilungsleiter im BMI, Ministerialdirektor **Hartmut Gassner**.

Die „Vertriebenenverbände" traten im Ausland nicht etwa zurückhaltender auf als in der Bundesrepublik. Auf einer Versammlung des „Verbandes der Vereinigungen im ehemaligen Ostpreußen", einer Minderheitenorganisation im nördlichen Polen, verteilten Vertreter der LO Landkarten, auf denen der polnische Teil des ehemaligen Ostpreußen als „unter polnischer Verwaltung" stehend bezeichnet wurde. In Westpolen vermittelte der mehrfache Autor im „Deutschen Ostdienst" (DOD), **Jörg Horn** eine Patenschaft zwischen der polnischen Gemeinde Jemielnica und der deutschen Gemeinde Laubusch, die im DOD



Horst Waffenschmidt

als „die erste neue Vertriebenen-Patenschaft seit zehn Jahren" gewertet wurde. Die „Einbindung der polnischen Minderheit" in Jemielnica „verleihe der Partnerschaft ihren besonderen Reiz". Der „Vertriebenen-Partnerschaft" wird im Freundschafts- und Partnerschaftsvertrag, durch die „Erwartung der Verwirklichung des Rechtes auf die Heimat, des Selbstbestimmungsrechtes in friedlichem Wandel und von Volksgruppenrechten" Ausdruck gegeben (BT-Drs. 13/5905). Zuvor hatte der „Deutsche Freundschaftskreis" in Jemielnica Bundesmittel über den BdV erhalten.

Sollten die deutschstämmigen Minderheiten nach offizieller Diktion als „Brücken zwischen den Völkern" fungieren und so zur Verständigung beitragen, so sahen die Vertriebenenverbände ihre Chance zum „Wiederaufbau der Heimat". BdV-Präsident **Fritz Wittmann** führte im DOD vom 30.8.96 aus, „den deutschen Vertriebenen ist nicht gleichgültig, was jetzt in ihren Heimatgebieten geschieht". Der als gemäßigt geltende Wittmann verstieg sich zu drohenden Äußerungen wie dieser: „Es wäre ein großer Irrtum zu glauben, daß diese in der Vergangenheit von den zivilisatorischen und kulturhistorischen Leistungen der dort lebenden deutschen Bevölkerung geprägten Gebiete ohne diejenigen Deutschen und ihre Nachkommen, die von dort vertrieben wurden, eine Zukunft haben könnten." In Bonn wurden nicht nur die revanchistischen Äußerungen der „Vertriebenen" und die ausgeprägten rechten Tendenzen in einigen Verbänden ignoriert, auch die deutschstämmigen Minderheiten selbst hatten Schwierigkeiten Gehör zu finden. In Tschechien wurde der „Sudetendeutschen Landsmannschaft" vorgeworfen, mit den Begegnungszentren nicht als „Brücke zwischen den Völkern" zu wirken, sondern „brückenkopfartige Positionen" halten zu wollen. Zwar äußert sich die Bundesregierung weiterhin lobend über die Arbeit der Landsmannschaft, die Hilfen für die Begegnungszentren werden jedoch inzwischen von der Deutschen Botschaft (Prag) geleistet. Auch der polnische Minderheitenvertreter Heinrich Kroll nahm gegen die Einflußnahme durch die Verbände Stellung: „Sie kommen ganz einfach aus Deutschland angereist und provozieren verschiedene Leute dazu, ihre eigenen Organisationen zu gründen. [...] Ich bin ein großer Gegner dieser Einflußnahme von außen - die deutsche Minderheit muß selbst über ihre Tätigkeit bestimmen."

Insgesamt hat die Bundesregierung ca. 65 Mio. DM für außenpolitische Projekte der „Vertriebenenorganisationen" in den Jahren 1990 bis 1996 bereitgestellt (BT-Drs. 13/6688). Auf mehrfache Nachfragen, für welche einzelnen Projekte diese Gelder verwandt wurden, verweigert sie jedoch die Antwort. Gerade für die ersten Jahre dieses Zeitraums - dies zeigt auch der Skandal um die Förderung des „Verein für das Deutschtum im Ausland" mit dreistelligen Millionenbeträgen - ist kaum mehr nachzuvollziehen, wofür die Gelder eingesetzt wurden. Insgesamt fließen allein aus BMI-Mitteln jährlich rund 150 Mio. DM in die deutschen Minderheitengebiete im Osten. Die Maßnahmen, in der Öffentlichkeit zumeist als humanitäre Hilfen angegeben, schließen den „Aufbau von Verwaltungseinheiten in Regionen mit deutscher Bevölkerung" ein, insbesondere bei „dem Aufbau der Republik der Deutschen an der Wolga" und bei der „Festigung sonstiger deutsch besiedelter oder künftig von Deutschen zu besiedelnden Regionen" (Bundeshaushaltsplan 1997, Einzelplan 06, S.377).

Schon die Regierungspolitik gegenüber den ehemals deutschen Ostgebieten ist mehr als skandalös. Beispiele dafür bieten nicht nur die Verhandlungen um die deutsch-tschechische Erklärung oder die Auftritte von Regierungsmitgliedern vor den Landsmannschaften. Auch der als Aussiedlerbeauftragte bis heute zuständige Horst Waffenschmidt tritt mit großdeutscher Attitüde auf. „Mit Nachdruck" vertrat der deutsche Staatssekretär gegenüber der polnischen Regierung die „Anliegen" polnischer Staatsbürger, die sich der deutsch-

stämmigen Minderheit zugehörig fühlen. „Rd. 1 Million Deutsche“ (Waffenschmidt, Presseerklärung v. 29.05.1995) zählte er in Polen, obwohl nach wissenschaftlichen Angaben und Schätzungen der Minderheitenvertreter selbst von nur ca. 500.000 Angehörigen der deutschstämmigen Minderheit ausgegangen werden kann. Als Abteilungsleiter stand ihm bis 1996 der Ministerialdirektor Hartmut Gassner zur Seite, der auch Bundesvorstandsmitglied der „Landsmannschaft Ostpreußen“ ist.

Daß es dabei nicht um Aussiedlerpolitik oder Minderheitenpolitik geht, wird immer dort deutlich, wo mit zweierlei Maß gemessen wird. So fordert die Bundesregierung für die deutschstämmige Minderheit in Polen sehr weitgehende Rechte ein, die zahlenmäßig große aus Polen stammende Minderheit in der Bundesrepublik wird jedoch nicht einmal als solche anerkannt.

Die staatlich finanzierten Vertriebenenverbände fungieren als Brückenköpfe des Deutschtums und sind Teil eines Netzwerks der völkisch orientierten Nebenaußenpolitik des BMI. Mit dazu gehören auch der „Verein für das Deutschtum im Ausland“ (VDA) oder die „Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen“ (FUEV). Trotz Anerkennung der deutschen Ostgrenze werden in Bonn über diese Nebenaußenpolitik revanchistische Optionen offengehalten. Dabei geht es nicht um eine militärische Rückeroberung der ehemaligen Ostgebiete, sondern um das, was der BdV-Präsident Wittmann „peaceful change“ nennt. „Ein geraubtes Recht“, so der Vorsitzende der „Landsmannschaft Schlesien“ (LMS), **Herbert Hupka**, „stirbt nicht mit der Generation der unmittelbar Vertriebenen, sondern ist vererbbares und vererbtes Recht. Es darf nur nicht unter Gewalt in Anspruch genommen werden“ (DOD, 18.10.1996). Bereits heute ist ein Großteil der deutschstämmigen Minderheit in Polen im Besitz der deutschen Staatsbürgerschaft und finanziell von Bonn abhängig. Dieses Staatsvolk jenseits der Grenzen könnte vermehrt werden durch rückkehrende Vertriebene, nämlich dann, wenn Polen der EU beigetreten ist. „Der europäische Weg“, so der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende **Wolfgang Schäuble** zur „Landsmannschaft Schlesien“ bei deren 27.Deutschlandtreffen, „das ist der Weg zur Rückkehr der rückkehrwilligen Deutschen in ihre Heimat.“

Bernhard Wagner ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Büro Annelie Buntenbach (MdB Bündnis 90/Die Grünen)

Olaf Goebel

„Ostpreußen“ und die NATO

Aufgrund der Insellage des russischen Teils „Ostpreußens“, kommt diesem in der Diskussion zwischen der NATO und Rußland zur NATO-Osterweiterung eine Sonderstellung zu. Die Anrainerstaaten Lettland, Litauen und Polen werden unterschiedlich schnell die NATO-Mitgliedschaft bekommen. Polen steht dabei an erster Stelle (vermutlich Mitglied ab 1999), auch wenn es für die Aufnahme Polens keine Begründung gibt, weil die NATO bisher keinerlei Aufnahmekriterien aufgestellt hat. Allen drei Staaten um das ehemalige Ostpreußen herum ist schon jetzt gemein, daß sie sich über die sog. „Partnerschaft für den Frieden“ dem NATO-Kommando untergeordnet haben und Teil der NATO-Struktur sind.

Offiziell heißt es im NATO-Papier zur Osterweiterung: „Wir haben beschlossen, ein praktisches Sofortprogramm auf den Weg zu bringen, das die Beziehungen zwischen der NATO und Teilnehmerstaaten verändern wird. Dieses neue Programm geht über Dialog und Kooperation hinaus und begründet eine wirkliche Partnerschaft - eine Partnerschaft für den Frieden.“ Tatsächlich geht es im Programm der „Partnerschaft für den Frieden“ (PfP) vor allem darum, ein Testfeld für Interventionsübungen „out of area“ zu sein. Eingeladen zur Beteiligung wurden alle Staaten, die bereits im „Nordatlantischen Kooperationsrat“ (NAKR) beteiligt waren, und andere OSZE-Staaten (OSZE - Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa). Der PfP gehören inzwischen 42 Staaten an, darunter Rußland. Das strategische Interesse der NATO dabei ist, Nicht-NATO-Staaten in ihr Bündnis hineinzuziehen und sie zum „Partner“ ihrer Politik zu machen - ohne ihnen jedoch entsprechende Mitbestimmungsmöglichkeiten einzuräumen. Für viele Staaten stellt die PfP aber auch eine vorläufige „Aufwärmphase“ für eine angestrebte NATO-Mitgliedschaft dar. Ohne Rußland mit einer sofortigen NATO-Mitgliedschaft zu brüskieren, können so erste gemeinsame Manöver mit den NATO-Interessenten abgehalten werden. Trotzdem müssen die NATO-Anwärter selber in einer ganzen Reihe von vertrauensbildenden Maßnahmen beweisen, daß sie bereit sind, auf der Seite der kapitalistischen Marktwirtschaft weltweit gegen all die militärisch anzutreten, die einer solchen Entwicklung entgegenstehen könnten. In der NATO-Osterweiterungsstudie von 1995 wird definiert, welche Bedingungen an einen beitrittswilligen Staat zu stellen sind:

Zunächst die Bereitschaft, fremde Truppen zu stationieren und die Bereitschaft, die nukleare Abschreckungsdoktrin der NATO zu unterstützen. Dann, im Fall des Falles, selbst als Stationierungsland für Kernwaffen zur Verfügung zu stehen und die Bereitschaft zu besitzen, an „ordnungspolitischen“ Einsätzen der NATO und/oder WEU (WEU - Westeuropäische Union) auch außerhalb ihres Artikel-5 -Territoriums (Europa und Nordamerika) aktiv mitwirken zu wollen (das Spektrum kann dabei reichen von „Peacekeeping-Einsätzen“ unter UN-Mandat bis zum Schutz der „freien Handelsbeziehung“ des Westens). Schließlich auch die Bereitschaft, zu zeigen, das alles weitere, was die Beziehungen zur NATO betrifft, den militärischen Stäben und politischen Lenkungsgremien der NATO überantwortet wird.

So ist denkbar, daß sich nicht alle PfP-Mitglieder an einer NATO-Mission irgendwo in der Welt beteiligen, praktisch werden das aber all die tun, die perspektivisch an einer NATO/WEU-Mitgliedschaft interessiert sind. Stück für Stück ordnen sich so ehemals realsozialistische Staaten der Struktur der NATO unter und organisieren ihre militärische Infrastruktur gemäß den Anforderungen der NATO und der „Combined Joint Task Forces“ (CJTF) um. Für die einzelnen Länder bedeutet das einen kaum zu bewältigenden Finanzaufwand.

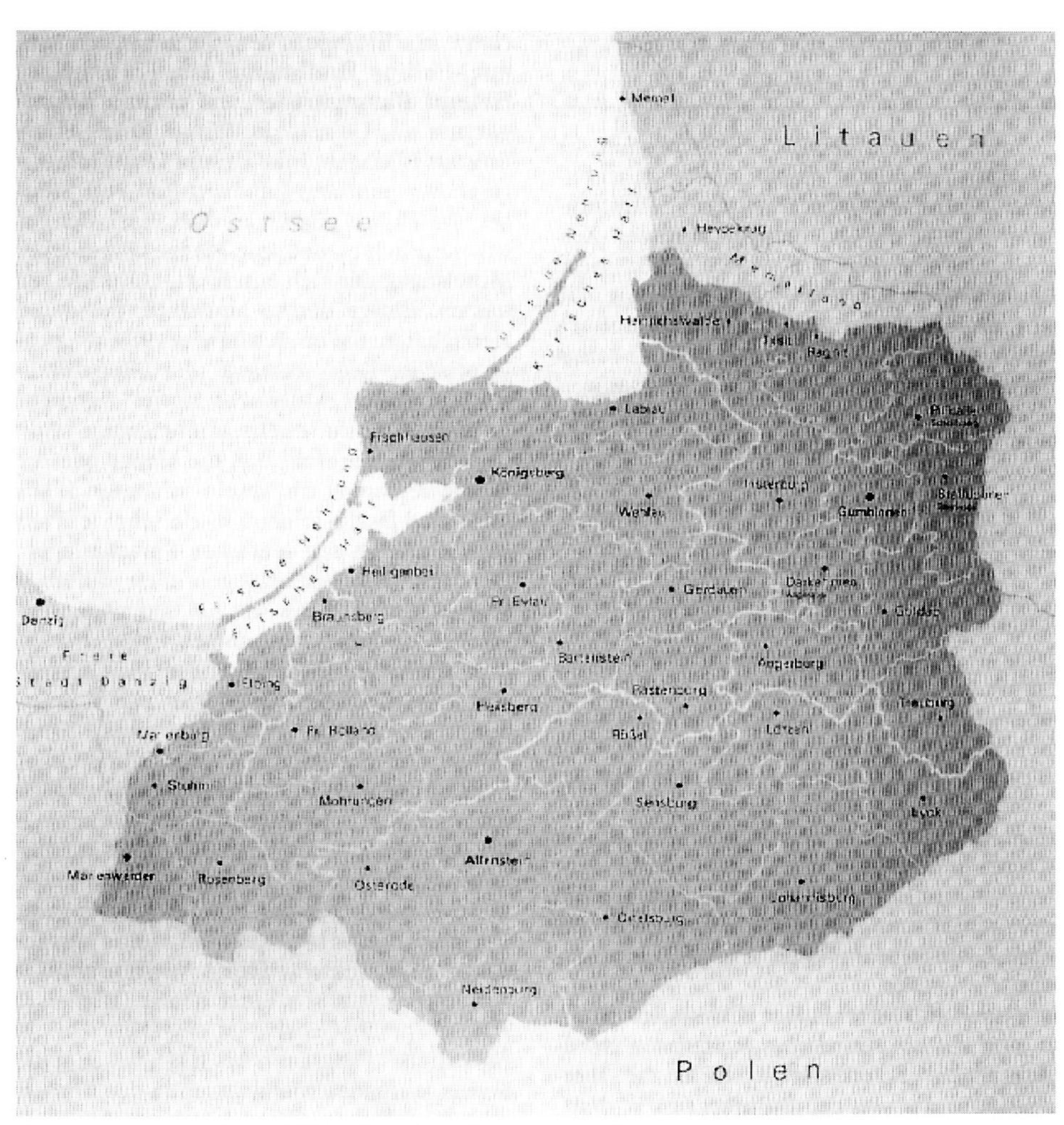


Publikation der Bundeswehr. NATO als Mittel für deutsche Politik.

NATO-Schätzungen zufolge kostet allein die NATO-Osterweiterung von 1997 bis 2009 zwischen 2,1 bis 2,7 Billionen (!) US-Dollar. Für die westlichen Rüstungskonzerne ein äußerst profitables Geschäft, allen voran die US-amerikanischen. Die NATO erklärte den Ländern finanziell unter die

Arme zu greifen (40% sind im Gespräch); immerhin handele es sich um die erstmalige Chance nach dem Kalten Krieg, eine ganze Reihe Länder als Partner zu gewinnen, die noch vor wenigen Jahren außerhalb ihrer Reichweite lagen.

Die NATO-Osterweiterung verfolgt auf jeden Fall das Ziel, Rußland als Weltmacht und theoretische Alternative zum westlichen Kapitalismus auszuschalten. Das gilt auch für die ehemals realsozialistischen Länder, die sich bereitwillig der imperialen NATO-Politik unterordnen, in der Hoffnung, dadurch irgendwann NATO- und WEU-Mitglied zu werden und einen Teil vom Weltkuchen abzubekommen. Durch die technische Umrüstung der militärischen Infrastruktur und den kompletten Einblick der NATO-Militärs in die jeweiligen Militärapparate ist es schwer vorstellbar, daß eines dieser Länder in Zukunft einen Weg jenseits der „freien Marktwirtschaft" gehen kann, auch wenn die Ideen von Kommunismus und Sozialismus in der Bevölkerung noch nicht völlig ausgemerzt scheinen, wie Wahlergebnisse zeigen. Die jeweiligen Regierungen sind bereit, ihre Truppen zur „Aufrechterhaltung des freien Welthandels und dem ungehinderte Zugang zu den Märkten und Rohstoffen in aller Welt" marschieren zu lassen: Sie sind Teil des zentralen neuen Instruments für interventionistische NATO-Einsätze, der CJTF - Alliierte Streitkräftekommandos. Eine grundsätzliche Entscheidung zu dem CJTF-Konzept fiel bereits 1994 beim NATO-Gipfel in Brüssel mit der Begründung, daß die Übernahme neuer Aufgaben im weltweiten Krisenmanagement eine Anpassung der militärischen und politischen Strukturen und Verfahren erforderlich mache. In Berlin wurden 1996 die Weichen für eine praktische Umsetzung des Konzeptes gestellt. Grundidee von CJTF ist es, erstens flexible, für den jeweiligen Eventualfall zugeschnittene Kombinationen von Streitkräften für bestimmte militärische Aufgaben zur Verfügung zu haben, zweitens sollen diese Truppen aus allen Teilstreitkräften - Land, Luft, See - zusammengestellt werden und drittens sollen sie aus dem gesamten Spektrum nationaler und multinationaler Einheiten zusammengesetzt werden können. Der Clou an der CJTF: Sie eröffnet Europa die Möglichkeit, ohne direkte US-Beteiligung weltweit den „Frieden zu sichern", ohne eigene Potentiale und Strukturen aufbauen zu müssen; es kann auf die bestehende NATO-Struktur zurückgegriffen werden. Die Entscheidungen über einen Einsatz erfolgen im NATO-Rat, in dem aber auch die USA sitzen. Konsequent fordern die „Führerstaaten" von Europa, Deutschland und Frankreich, die Besetzung des Südkommandos der Allianz mit Europäern (was von den USA abgelehnt wird) und die Lenkung eines Einsatzes durch die WEU.



Operationsgebiet der NATO - das ehemalige Ostpreußen

Die Heraufbeschwörung der alten Ost-West-Konfrontation als Hauptdiskussionslinie zur NATO ist deshalb nur die halbe Wahrheit. Es geht um mehr: um die Kontrolle der Welt durch die NATO. Die deutsche Regierung wünscht, daß sich innerhalb der NATO ein eigenständig handelnder, europäischer „Global Player" herausbildet. Dieser soll von europäischen Militärs nach den Richtlinien der WEU geführt werden. Ihm zur Verfügung steht die CJTF, bestehend aus hochprofessionellen, mobilen und jederzeit einsatzbereiten Berufsarmeen. Ziel der französischen Regierung z.B. ist es, jederzeit 50.000 bis 60.000 Soldaten überall in die Welt senden zu können. Im CDU/CSU Papier „Überlegungen zur europäischen Politik" von 1994 wird klar, daß Deutschland eine „stärker dem freien Welthandel verpflichteten Nord-Ost-Gruppe" und Frankreich die „protektionismus-anfällige Süd-West-Gruppe" in der EU führen sollen.

Es stellt sich die Frage, wer denn nun diese militärische Supermacht NATO überhaupt noch in die Schranken weisen könnte. Bündnis 90/Die Grünen meinen z.B., diese Aufgabe könne die OSZE oder die UNO übernehmen. Offensichtlich verdrängen aber NATO und WEU gesamteuropäische Sicherheitsorganisationen wie die OSZE oder den Europarat, um sich so ein Sicherheits- und Verteidigungsmonopol anzueignen. NATO und WEU haben die Tendenz, zur Absicherung ihrer eigenen Interessen und zum Ausbau ihrer Macht die UNO auszubremsen, was in weiterer Folge zu einem Machtverlust der UNO bis hin zu ihrer Wirkungslosigkeit führt. Zwar gibt es von der NATO allerhand Absichtserklärungen und die scheinbar selbstlose Bereitschaft sich der OSZE und der UNO für „Friedensmissionen" zur Verfügung zu stellen. Entsprechende grundsätzliche Angebote wurden auf den NATO-Ministertagungen 1992 in Oslo (KSZE) und in Brüssel (UNO) gemacht. Im ehemaligen Jugoslawien wurde dieser Ansatz dann erstmals derart in die Praxis umgesetzt, daß die NATO sämtliche entscheidenden Parameter der militärischen Umsetzung - wer hat faktisch das Kommando und die Kontrolle über den Einsatz - ebenso unter ihrer Kontrolle hielt, wie die grundsätzliche Entscheidung darüber, sich überhaupt zur Verfügung zu stellen. Nebenbei wurde hier das damals noch nicht beschlossene CJTF-Konzept praktisch erprobt und verschiedene Nicht-NATO-Staaten (darunter Rußland) unterstellten sich dem Kommando der NATO.

Raimund Hethey

Schleichende Heimholung

Über humanitäre Hilfen, Bernsteinfieber, Landkäufe, Reisen und Nazi-Provokationen im Osten

„Zum einen erscheint es notwendig, daß die europäischen Kulturregionen mit jahrhundertelanger deutscher Vergangenheit auch in der Bundesrepublik Deutschland als Teil unseres kulturellen Erbes, aber auch als Brückenregionen zwischen West- und Osteuropa mit einer historisch begründeten deutschen Mitverantwortung erfahren und gesehen werden.

Für diese Aufgabe steht nur eine geringe, im Zuge der Integration der Vertriebenen gewachsene Struktur der vom Bundesministerium des Innern institutionell geförderten Einrichtungen zur Verfügung, wie z.B. Landesmuseen, Archive, Bibliotheken und Kulturwerke.“ (Bericht der Bundesregierung, Bundestags-Drucksache vom 20. Januar 1997)

Unter dem Deckmantel der Kultur werden Eingriffe in Angelegenheiten anderer Staaten legitimiert und die Investition von Millionen von DM begründet. Ziel ist die Stärkung „deutscher“ Minderheiten vor Ort, die zur außenpolitischen Manövriermasse werden. Die „Brückenregionen“, im Militärjargon „Brückenköpfe“, schaffen die Voraussetzungen für weitergehende Maßnahmen zur Spaltung der Bevölkerung in „Deutsche“ und „Nichtdeutsche“. Rein fürsorglich erscheint die Belagerung ganzer Landstriche in Rußland, Polen, Rumänien, der Oblast Kaliningrad durch die sogenannten humanitären Organisationen wie Deutsches Rotes Kreuz, Johanniter Orden, Malteser Hilfsdienst, Technisches Hilfswerk, Deutsche Kriegsgräberfürsorge und durch verschiedene kirchliche, hier vorrangig protestantische Einrichtungen. Ihre Diktatur der Freundlichkeit hilft ebenfalls, Zwietracht unter der Bevölkerung vor Ort zu säen. Mit Hilfe von Landkäufen bei geschickter Umgehung rechtlicher Bestimmungen in den beanspruchten Gebieten werden zusätzlich ökonomische „Sachzwänge“ geschaffen, die diese Spaltung bereits zementieren. Während Großunternehmen auf billige Arbeitskräfte im Osten spekulieren, machen die „Kulturproduzenten“ Gewinne aus einem gut florierenden Handel mit „Volkstums-Kitsch“ und „Blut und Boden“-Literatur (z.B. der Rautenberg-Verlag, Leer, und „Lesen & Schenken“ von **Dietmar Munier**, Kiel).

„Hilfsmaßnahmen in der Heimat“

Im Jahr der „Wende“ (1989) begann die Zeit der „Almosen“. „Schlesier leben in bitterer Armut. Steinhoff schickte Hilfstransport“, titelte die Oldenburger Nordwest-Zeitung (NWZ) am 23.12.1989. „Für viele deutschstämmige Polen“, so der Beitrag, „in der oberschlesischen Stadt Hindenburg (Zabrze) hat Weihnachten dieses Jahr schon etwas früher stattgefunden. Seit der blauweiße Lkw der Westersteder Möbelfirma Steinhoff, offiziell als Rot-Kreuz-Transporter gekennzeichnet, in Polen eintraf, ist die Versorgung der unter einfachsten Bedingungen lebenden Schlesier zumindest für die nächsten Wochen gesichert.“ Der Lkw hatte Lebensmittel, Möbel, Medikamente, Schulbücher, Tafeln, Radiogeräte und Fernseher geladen. Nutznießer der Spende des Möbelkonzerns waren nicht nur die „armen Schlesier“, sondern auch der „Deutsche Freundschaftskreis Schlesien“, bei dem sich von der „Wiking Jugend“, der NPD bis hin zu Mitgliedern der „Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front“ (GdNF) eine Reihe von Neo-Faschisten die Klinke in die Hand gaben. Das Almosen galt einer Institution mit Modellcharakter, wie die revanchistische „Arbeitsgemeinschaft für Menschenrechte im Osten“ (AGMO) anerkennend feststellte.

„Rund 400 Meter langer Hilfskonvoi machte sich auf die strapaziöse Reise nach Nordostpreußen“. So oder ähnlich lauten die Überschriften, die von der Barmherzigkeit deutscher BürgerInnen Zeugnis geben sollen. Die Celler Zeitung berichtete im Frühjahr 1995 ausführlich von dem Transport im Wert von 800.000 Mark, der unter der Regie von **Helmut Kohrs** im Auftrag von „Aufbau Bernsteinland Ostpreußen“ stand. Dem Bericht ist zu entnehmen, daß die Bundesregierung über „Aufbau Bernsteinland Ostpreußen“ zwei sehr wertvolle Ural-Werkstattwagen und eine Großbäckerei aus Beständen der ehemaligen NVA als humanitäre Aufbauhilfe zur Verfügung gestellt habe. Wer verbirgt sich hinter dem rechtsfähigen Verein „Aufbau Bernsteinland Ostpreußen“? Ein Blick ins Vereinsregister beim Amtsgericht Celle gibt Aufklärung: Der Verein wurde am 27. September 1992 von der Studentin **Marianka Wolf**, geborene Gräfin **von Magnis**, aus Bargfeld, dem Journalisten **Ottfried von Weiss und von Wichert** aus Eldingen, dem Ärzteberater **Manuel-Philipp Breilmann**, dem Forstdirektor **Helmut Baumgärtner** und **Hanna Baumgärtner** aus Uelzen, der Witwe **Rose Schorling** aus Eldingen, Frau **Ursula Oostindie** aus Hannover und dem Landwirt **Kai von Steuber** aus Hohne gegründet. Viel Adel, der gewiß verpflichtet, und jede Menge bürgerlicher Mittelstand, der sich anschickt, „Osthilfe“ zu leisten. Einige der so humanitär gesinnten Herrschaften hatten sich bereits 1989 als „provisorischer Kreisvorstand“ der „Republikaner“ im Celler „Mittwochs Kurier“ geoutet.

Wem die Hilfe vor Ort wirklich nützen soll, wird daran deutlich, daß die Geber wie die Bundesregierung im Verein mit revanchistischen und faschistoiden Zirkeln sehr viel Wert auf die Pflege der deutschen Sprache legen. Der CDU-Bundestagsabgeordnete **Thomas Kossendey** aus Edewecht bei Oldenburg beispielsweise hatte „ungeahnten Erfolg mit einem Aufruf zu Bücherspenden für deutschstämmige Bewohner in Memel und Königsberg“, schrieb die NWZ im Januar 1995. „Rund 500 Spender aus dem Oldenburger Land beschafften mehr als 8000 Bücher - nach Angaben des Abgeordneten 'vom Kinderbuch bis zum Lexikon einfach alles'“. Damit immer mehr Menschen im Osten diese Bücher lesen können, hat die Bundesregierung ihr Operationsgebiet in Rußland weiter ausgedehnt. Staatssekretär **Horst Waffenschmidt** berichtete stolz von einer neuen Offensive: „Diese Sprachoffensive ist eingebettet in ein zusätzliches Programm des BMI, bei dem die bereits laufenden Maßnahmen in den Förderschwerpunkten in Westsibirien, an der Wolga und in St. Petersburg um eine zweite Säule ergänzt werden. Im Rahmen einer Breitenarbeit sollen das Angebot von Programmen der bestehenden Begegnungsstätten intensiviert und die Zahl der Begegnungsstätten selbst deutlich erhöht werden.“ [Informationen des BMI vom 20.09.1996]

Mit ihrer „Heimatpolitik“ erheben die Revanchisten Gebietsansprüche und wollen die Folgen der Niederlage im Zweiten Weltkrieg rückgängig machen; ihre „Kulturpolitik“ untermauert solche Bestrebungen und dient hauptsächlich der Bemäntelung aggressiverer Formen und der Weitergabe des revanchistischen Gedankenguts an die nachfolgende Generation; denn Vertriebene sterben nicht aus, sondern ihre Anzahl nimmt paradoxerweise immer weiter zu. Mit ihrer „Sozialpolitik“, z.B. der Unterstützung von Aus- und Umsiedlern, werfen sie ihre Köder aus, um sich einmal leichteren Zugang nach Polen, Rußland, den gesamten Ost-Märkten zu schaf-

Rautenberg Verlag

Rautenbergische Buchhandlung; Verlag G. Rautenberg; Mundo-Verlag (Reiseliteratur).

Eigentümer **Gerd Rautenberg** beruft sich auf eine alte Tradition. Der Verlag wurde 1825 gegründet und ließ sich 1852 im damaligen Königsberg nieder. Nach der Zerstörung durch einen Luftangriff 1944 wurde der Verlag im ostfriesischen Leer wieder aufgebaut. Schwerpunkt des Verlags ist die „Heimatliteratur“ über „Ostpreußen, Pommern und Schlesien“. Politisch setzte sich der Verlag für die DVU ein. 1987 druckte und vertrieb Rautenberg Wahlkampfzeitungen für die DVU-Liste D, was zu erheblichem Protest aus Gewerkschaftskreisen führte. Seit 1988 wird das „Ostpreußenblatt“ in Leer gedruckt. Mit umfangreichen Reiseprogrammen partizipiert der Verlag am Reiseboom in den Osten.

fen und um sich eine Menschengruppe gefügig zu machen, die sie für die Durchsetzung ihrer expansiven Ziele unbedingt benötigen. Die Grundlagen der Politik werden in „Denkfabriken" erarbeitet.

Weikersheim: „Reanimationszentrum für das gesamte deutsche Volk"

So nannte der Mediziner und Historiker, Opus Dei-Mann , Mitglied der „Humboldtgesellschaft" und des Ritterordens vom Heiligen Grabe zu Jerusalem, Professor **Peter Berglar** (1989 verstorben), den gemeinnützigen Verein „Studienzentrum Weikersheim e.V.". Das Studienzentrum hat die Funktion einer „Denkfabrik" der CDU/CSU, in seinem ersten Präsdium saßen Repräsentanten von Kapital, Staat und Militär wie u.a. der baden-württembergische Ministerpräsident a.D. Prof. Dr. h.c. **Hans Filbinger** (CDU), der Ehrenpräsident des BDA, **Otto Esser**, Professor Dr. Dr. h.c. **Helmut Metzner**, Brigadegeneral a.D. **Heinz Karst** und Umweltminister Dr. **Erwin Vetter**.

1992 veröffentlichte das Studienzentrum Weikersheim die Resolution „Königsberg 2000", in dem die wirtschafts- und kulturpolitischen Grundzüge der Ost-Expansion vorgegeben werden.

Königsberg 2000

„1. Das nördliche Ostpreußen (Oblast Kaliningrad/Königsberger Bezirk) sollte eine europäische Freihandelszone werden, um ein lohnender Umschlag- und Investitionsplatz für den Handel zwischen Ost- und Westeuropa zu sein. Klare, verläßliche Rechtsgrundlagen für Investitionen sind einzuführen. (...)
4. Königsberg braucht neben der deutsch-russischen Zusammenarbeit eine europäische Perspektive. Deshalb ist wünschenswert die Errichtung:
- eines Verbindungsbüros der Europäischen Gemeinschaft
- eines deutschen Generalkonsulats
- eines Goethe-Instituts
- weiterer internationaler kultureller Einrichtungen. (...)
5. Die Königsberger Universität sollte zu einer Pflanzstätte europäischer Gesinnung und deutsch-russischer Freundschaft werden und mehrsprachige Ausbildungsgänge (in russischer, deutscher, litauischer, englischer, polnischer und schwedischer Sprache) anbieten.
6. Im Königsberger Gebiet sollten die Parteien, Gewerkschaften und ideellen Vereinigungen aus aller Welt den demokratischen russischen Kräften helfen, eine freiheitliche Zukunft auf verläßlicher Rechtsgrundlage zu erringen.
7. Die bestehenden Reisehindernisse nach und innerhalb des geteilten Ostpreußens müßten überwunden werden, so wie dies bereits für die Bürger Polens und Königsbergs gilt.
Der Königsberger Bezirk (Nördliches Ostpreußen) ist als russische Exklave kaum überlebensfähig. Eine politisch selbständige Region Nord-Ostpreußen könnte aber für das Gebiet eine Perspektive mit Aussicht auf eine bessere Zukunft bedeuten."

„Ein Tag in Königsberg"

Das nordostpreussische Land liegt heute wie eine offene, blutende Wunde an der Grenze zwischen Ost und West. Das historische Königsberg ist tot. Zwei mächtige Vernichtungswellen überfluteten die Stadt in der Kriegszeit: die britischen Luftangriffe im August 1944 und der Kampf um die Festung im Frühjahr 1945. Die dritte Vernichtungswelle erreichte Königsberg am Ende der 60er-Jahre, als noch erhalten gebliebene Bausubstanz durch die Beschlüsse der herrschenden Parteiführung rigoros beseitigt wurden. So verwandelte sich ein blühendes europäisches Zentrum innerhalb weniger Jahre in ein gesichtsloses Kaliningrad. Wer Königsberg von früher kannte und liebte, ist zutiefst erschüttert ob der trostlosen Bilder, die sich ihm heute darbieten. (...)

In den Anlagen gegenüber steht stolz auf seinem Sockel Kalinin, ein Mitstreiter Stalin's, der der Stadt ihren heutigen Namen gab. Die „Rückbenennung" wurde in der Euphorie des Aufbruchs nach der Öffnung der Stadt 1991 immer wieder erwogen, auch Namen wie „Kantstadt" oder „Bernsteinstadt" waren im Gespräch. Heute wird diese Frage nicht mehr erörtert. (...)

Unsere Fahrt führte am ehemaligen Festungsgürtel mit der Grolmannbastei und der gegenüberliegenden Kronprinzkaserne vorbei. Hier leisteten die deutschen Truppen im April 1945 bis zuletzt erbitterten Widerstand.

Vorbei am Roßgärter Tor, wo sogar die Reliefbilder von Scharnhorst und Gneisenau noch zu sehen sind, gelangten wir zum Dohna-Turm, benannt nach Friedrich Karl von Dohna, der in den Befreiungskriegen eine Rolle spielte. Hier ist heute das Bernsteinmuseum untergebracht. Wir hatten Gelegenheit, die Schätze zu betrachten, uns über die Entstehung des „ostpreußischen Goldes" zu informieren und auch das eine oder andere Stück bei den Händlern zu erwerben. (...)

Die Rückfahrt führte an den Hafenanlagen vorbei, die heute nicht ausgelastet sind. Es bestehen allerlei Pläne für eine Modernisierung, u.a. von dem deutschen Bankier Christians, der an die Hanse-Tradition anknüpfen will. (...)

Um 15.30 Uhr gab es einen neuen Höhepunkt in unserem Königsberger Programm: Wir trafen uns mit den rußlanddeutschen Lehrerinnen aus dem Königsberger Gebiet in der Hotelbar.

Die aus Berlin stammende Heidrun Lüdtke war im Sommer 1992 als Sprachassistentin des „Vereins für das Deutschtum im Ausland (VDA)" nach Königsberg gekommen und erteilte zunächst Deutsch-Unterricht an verschiedenen Schulen, außerdem hielt sie Abendkurse für Erwachsene, die von der evangelischen Kirche organisiert wurden. Gegenwärtig koordiniert und betreut Frau Lüdtke die Arbeit von 25 rußlanddeutschen Lehrerinnen aus ganz Nordostpreußen. (...)

Darum bedeutet die monatliche finanzielle Unterstützung durch den Förderverein für die rußlanddeutschen Lehrerinnen „Lebenshilfe".

Jagd nach dem Bernstein

Zu Wasser, zu Boden und in der Luft erfolgt die Rückeroberung Kaliningrads: Fußwanderungen, Kreuzfahrten mit Landgängen, Rundum-Flüge und motorisierte Reisebegleitungen von Hilfsgütern gehören zum Standardangebot für bundesdeutsche BürgerInnen. Am organisierten Reiseverkehr partizipieren nicht nur die Ewiggestrigen, der SPD-nahe Reisedienst „Olitreisen" hat auch ein achttägiges Besuchsprogramm in Kaliningrad in seinem Angebot. Im Zug nach Osten sitzen auch die Freunde der Waffen-SS, deren Reise-Absichten in der neuen Ost-Literatur ihren Niederschlag finden. Ein typisches Beispiel solcher „Reiseliteratur" ist der Bericht „Ein Tag in Königsberg" von Dr. **Hede Zeller**, der in der Zeitschrift „Der Freiwillige", Organ der „Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der Soldaten der ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS" (HIAG) 1995 abgedruckt wurde. Zellers Reisebericht soll hier als mustergültig für andere Berichte ausführlich wiedergegeben werden. In ihm sind alle Elemente von der Geschichtsfälschung, der Herabwürdigung der russischen Bevölkerung, der Vergötterung der „deutschen Kultur" , der ewigen Jagd nach dem Bernstein und der romantischen Schilderung der Naturlandschaft enthalten. In ihm kommen auch die Personen und Organisationen vor, die man als Reisender dort antrifft. (siehe Kasten)

Neo-Faschisten basteln an der „Selbstbewußten Nation"

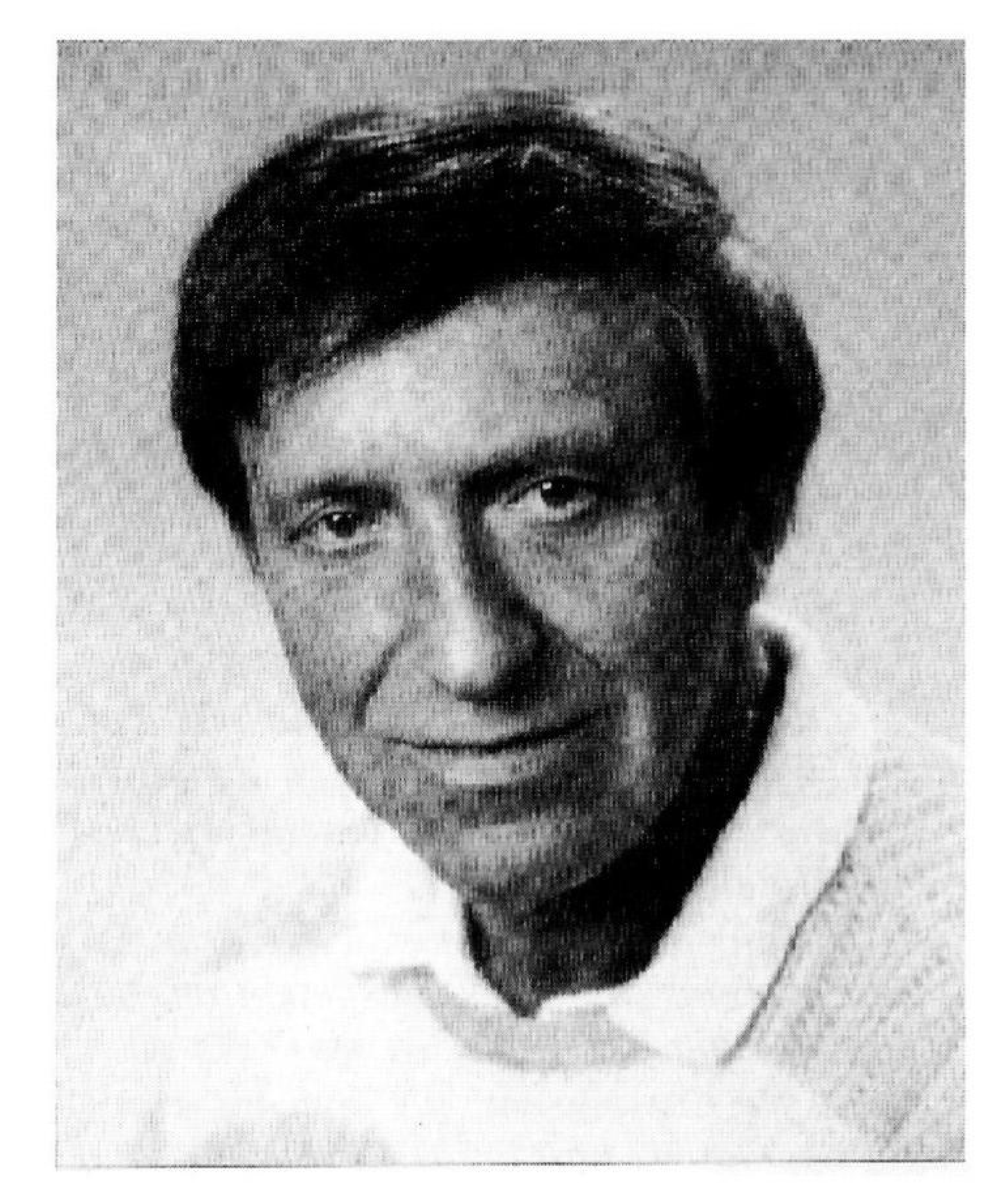
Deutlicher als Hede Zeller in ihren Ausführungen zur „Re-Germanisierung" sind die Neo-Faschisten, die im Osten auch schon selber Hand anlegen. So schrieb der wegen seiner Beteiligung an Mordanschlägen auf VietnamesInnen Anfang der 80er Jahre rechtskräftig verurteilte Neo-Faschist **Manfred Roeder** (66), früher „Deutsche Aktionsgruppen" und heute „Deutsche Bürgerinitiative e.V.", im Dezember 1992 in der Zeitschrift „Rußland und Wir", dem früheren Organ der „Deutsch-Rußländischen Gesellschaft", unter der Überschrift „Ostpreußen in Not", die Auflösung der Kolchosen biete eine Jahrhundertchance. Roeder über die Planungen der Neo-Faschisten: „Wir haben uns drei Ziele gesteckt: Eine Genossenschaft gründen, die Unterstützung der Regierung in Königsberg bekommen und ein Auffanglager für Rußlanddeutsche in Auftrag geben. Alles haben wir erreicht." Auf einem Treffen der „Initiative Gesamtdeutschland" in der Nähe von Bonn 1993 forderte Roeder die „Re-Germanisierung" von Kaliningrad. In Rundschreiben „Deutsch-Russisches Gemeinschaftswerk- Förderverein Nord-Ostpreußen" finden sich seine Berichte über Projekte in „Gawaiten, Pabbeln, Wildsheide". Inzwischen ist Roeder die Einreise nach Kaliningrad von den dortigen Behörden verboten worden. In „Trakehnen" war

auch der bekannte Neo-Faschist **Dietmar Munier** aktiv. Auch er erhielt inzwischen in Einreiseverbot, was den Fortlauf seiner Geschäfte nicht verhindert. Bereits 1980 war er in die Oblast Kaliningrad gereist und hat danach in neo-faschistischen Zirkeln referiert. Die „Aktion Deutsches Königsberg" ist von ihm bundesweit organisiert. Für seine Bücher wird sowohl in der „Deutschen Nationalzeitung" geworben als auch in der Parteizeitung der „Republikaner" sowie in „Nation & Europa". In der „Jungen Freiheit" war Munier Anzeigenkunde und Leserbriefschreiber. Aufgrund seiner Karriere im Bereich des organisierten Neo-Faschismus hat Munier seit Anfang der 70er Jahre bis heute Kontakte zur „Wiking Jugend", zum „Hilfskomitee 'Freiheit für Rudolf Hess'", zur „Gesellschaft für Freie Publizistik", zur NPD und deren Jugendorganisation, zum „Deutschen Kulturwerk Europäischen Geistes" und zum „Freundeskreis Filmkunst Hamburg". Munier ist immer darum bemüht, seriös zu sein. Das beweisen Vorträge beim „Bund der Vertriebenen" und bei der Danziger Landsmannschaft, aber auch seine Verbindungen zur CDU, zur Kieler Hermann-Ehlers-Akademie (CDU-nahe) und zum schleswig-holsteinischen Heimatbund. Er hat gute Kontakte zu den Medien, vornehmlich zum „Ostpreußenblatt". Der verstorbene Professor Dr. **Hellmut Diwald** fungierte als Schirmherr der „Aktion 'Deutsches Königsberg'" und formulierte im Vorwort zu Muniers Buch „Das letzte Dorf" die ideologischen Grundlagen für die Munier'sche Wühlarbeit im Osten: „Noch wichtiger als papiernes Recht ist allerdings, daß vor dem gewaltigen Hintergrund der Geschichte unsere Ostgebiete seit vielen Jahrhunderten deutsches Land, deutsche Heimat sind. Das läßt sich durch kein Vertragswerk ändern. Ostpreußen, Pommern, Schlesien, das Sudetenland sind und bleiben deutscher Siedlungs- und Heimatboden."

Mit seinen „Bernstein Reisen" hat sich Munier ein weiteres lukratives Ostgeschäft erschlossen. Im Auftrag der Evangelischen Kirche wurde der inzwischen im Ruhestand lebende Propst **Kurt Beyer** von der evangelisch-lutherischen Gemeinde aus Dresden Ende 1991 in Kaliningrad aktiv. Er betreute dort eine 1.000 Mitglieder umfassende Gemeinde, 14 als „Kulturvereine" offiziell registrierte „Stammgemeinden" und daneben 18 sogenannte „Predigtstellen". Beyer arbeitete dort mit neo-faschistischen Kräften zusammen. Im Oktober 1996 kehrte er nach Dresden zurück. Die „Re-Germanisierungs"-Bemühungen, die auf eine schnelle Rückeroberung durch Besetzung des Gebietes mit „Rußlanddeutschen" abzielen, sind im neofaschistischen Lager nicht unumstritten. Etliche Organisationen lehnen die Umsiedlungsmaßnahmen strikt ab, weil sie die kompromißlose Rückgabe der Gebiete an die Bundesrepublik Deutschland fordern. Zu diesen Organisationen zählt die „Gemeinschaft Deutscher Osten" (GDO), die sich in recht anmaßender Weise als „Exil-Organisation" konstituiert hat. In der in Wolfsburg produzierten Zeitschrift „Recht und Wahrheit" druckte sie eine Erklärung zur Frage der „Wiederbesiedelung" ab:

„Die Gemeinschaft Deutscher Osten (GDO). Staatstragender Zusammenschluß volks- und reichstreuer Deutscher. (...) Landnahme in Nordostpreußen durch andere als vom dortigen Eigentum vertriebene Reichsdeutsche samt Rechtsnachfolgern eindeutig völkerrechts- und reichsrechtswidrig." (vgl. 'Recht und Wahrheit' 1993, Heft 5-6)

Fühlen sich von der GDO hauptsächlich ältere Menschen angesprochen, kümmern sich andere Organisationen um die „deutsche Jugend". Die „Ostdeutsche Menschenrechtsgesellschaft" AGMO arbeitet mit der „Schlesischen Jugend" und den „Deutschen Freundeskreisen" eng zusammen. Sie hat ihren Sitz in Bonn und bemüht sich um den jugendlichen Nachwuchs für den Revanchismus. Diesem Auftrag fühlt sich auch die „Deutsche Burschenschaft" verpflichtet, die sich auf ihrer 41. Arbeitstagung 1992 intensiv mit der „Königsberg-Frage" beschäftigt hat. Weitere Organisationen, die sich in der Oblast Kaliningrad besonders hervortun und für die in der „Jungen Freiheit" geworben wurde, seien hier kurz aufgelistet:



Hellmut Diwald

„Die baltische Gesellschaft in Deutschland e.V.", München; Vorstand: Dr. **Olgred Aule**.

„Verein zur Förderung der Rußlanddeutschen in Trakehnen e.V.", Kisdorf; Vorstand: **Ilse Timm**;

„Verein der Freunde und Förderer des ehemaligen Hauptgestüts Trakehnen e.V.", Bispingen; Vorstand: **Klaus Hagen**;

„Deutsch-russische Freundschaftsgesellschaft Schleswig-Holstein e.V.", Mönkeberg; Vorstand: **Margrit Jaehnicke**;

„Kreisgemeinschaft Ebenrode (Stallupönen) e.V."; Jesteburg; Vorstand: **Paul Heinacher** (Kreisvertreter);

„Verein humanitäre Hilfe Trakehnen e.V.", Munderkingen; Vorstand: Dr. **Ingo Warwas**;

„Freundeskreis Ostpreußen e.V.", Kiel; Vorstand: **Ulrike Madeya**.

„wir selbst"

Das „nationalrevolutionäre" Periodikum „wir selbst", Untertitel „Magazin für nationale Identität", griff ein Ordnungsmodell aus den 20er Jahren auf, in dem Deutschland in 8 Ländereinheiten aufgeteilt ist. Eine graphische Darstellung aus einer Ausgabe der Zeitschrift „Geopolitik" von 1926 übernommen, zeigt die Deutschland-Optionen der Clique um den ehemaligen Chefdenker der „Neuen Rechten" **Henning Eichberg**, der immer noch von sich behauptet, ein „Linker" zu sein: Mit Hilfe des Modells der Aufteilung der BRD in 8 Bundesländer könnten ehemalige Ostgebiete, die heute zu Polen gehören, gleich mit neu verteilt werden. (Berking, Kristof: Die Neugliederung Deutschlands. in: wir selbst, Nr.1, 1996) Autor **Kristof Berking**, inzwischen Redakteur bei der „Jungen Freiheit", nutzt die Aktualität der Neugliederung der Bundesländer für seine revanchistischen Ziele.

Das unheimliche Netz der Paten

An die „verlorene Heimat Goldap, Stadt und Kreis in Ostpreussen" gedenken dürfen die BürgerInnen von Stade aufgrund einer Patenschaft zwischen „Vertriebenen" und ihrer Stadt. Aktiver Pate ist Dr. jur. **Wolfgang Rothe** von den Aluminiumwerken Finkenwerder. Der Wirtschaftsjurist war bis 1995 im Vorstand der Kreisgemeinschaft „Goldap/ Ostpreußen e.V.". Rothe legte eine Liste über sämtliche Ortschaften in der Oblast Kaliningrad an, in der er Zuordnungen vornahm über die Zusammensetzung der Bevölkerung, die an die „Deutschen Volkslisten" zu Zeiten eines Heinrich Himmler erinnern.

Für gezielte Provokationen vor Ort sorgten bekannte Neo-Faschisten. Auf Einladung vom „Verein zur Förderung der deutschsprachigen Medien in Osteuropa" und dem faschistischen Blatt „Der Schlesische Report" trat am 10. Mai 1992 der inzwischen inhaftierte Neo-Faschist **Ewald Bela Althans** als Hauptredner in Kadlub auf. Mit auf dem Podium saßen **Thomas Hainke** (ein ehemaliges Mitglied der „Nationalistischen Front" und Kroatiensöldner) sowie **Günther Boschütz** von der ehemaligen „Nationalen Offensive". Die November-Tour, die Althans nach Kaliningrad, St. Petersburg und Moskau unternahm, wurde von dem Holocaust-Leugner **Ernst Zündel** aus Kanada gesponsort. Althans sollte ein Büro in Moskau eröffnen. Boschütz war mit **Thorsten Paproth** (früher NPD, Konstanz) aus Oppeln (Polen) ausgewiesen worden, weil sie dort ein neo-faschistisches Zentrum errichteten.

Inzwischen kann man an bundesdeutschen Universitäten seinen „Dr. phil." mit primitiver „Polenhetze" machen. **Holger Breit**, Jahrgang 1966, hat eine kleine Kostprobe seiner Dissertation in der „Jungen Freiheit" zum Besten gegeben: „Die Deutschen jenseits von Oder und Neiße". Politisch beim „Bund freier Bürger" (BfB) organisiert, arbeitete Breit auch an der Revanchistenbibel „50 Jahre Vertreibung" des **Rolf-Josef Eibicht** mit.

Auf gleicher Hetzwelle operieren die „Nationaldemokraten", deren Revanchismus seit Jahrzehnten von dem Göttinger Faschisten **Hans-Michael Fiedler** ideologisch und organisatorisch gelenkt wird. Nach wie vor sind die „Hochschulgruppe Pommern", der „Gesamtdeutsche Studentenbund" (GDS) und vor allem der „Studentenbund Schlesien" (SBS) aktiv.

Raimund Hethey

„Heilige Tempel"

Propagandazentren des Revanchismus

Die Anzahl der Museen und Heimatstuben, meistens kleinere Einrichtungen, in denen für die jeweilige „Vertriebenen"-Region typisches gesammelt und ausgestellt wird, geht in die Hunderte. Oftmals haben ganz gewöhnliche Heimatmuseen Räume für die „Vertriebenen" eingerichtet, wie beispielsweise das Heimatmuseum in Syke (Niedersachsen).

Dort findet sich in einem niedersächsischen Speicherhaus eine Nachbildung vom Tannenberg-Denkmal der Nazis und Propagandamaterial des „Bundes der Vertriebenen" (BdV). Wenn die „Vertriebenen" an das heutige polnische Dorf Stebark (früher Tannenberg) denken, erinnern sie sich nicht an die Niederlage des „Deutschen Ordens" gegen Polen 1410, sondern an den militärischen Sieg des Generalfeldmarschalls von Hindenburg über die Russen 1914. Die Nazis errichteten zu Ehren Hindenburgs ein pompöses Denkmal, was sie 1945 in die Luft sprengten, um es nicht der militärisch erfolgreicheren Sowjetunion überlassen zu müssen. Eine Pappnachbildung in einem heutigen Heimatmuseum zeigt den Bedeutungswandel des Museums. Einstmals als Sitz der Musen, ein Ort für Kunst und Gelehrsamkeit, ist es längst zum Propagandazentrum pervertiert. Die zahlreichen Ost-Museen haben die Funktion, die Erinnerung an die „deutsche" Vergangenheit wachzuhalten. Ohne das einseitige Gedenken wäre der Revanchismus längst tot und die 21, 9 Mio. DM, welche die Bundesregierung im Zeitraum zwischen 1993 und 1994 zu ihrer Förderung im Rahmen des § 96 BVFG wahrgenommen hat, in sozial sinnvolle Projekte angelegt worden. Im folgenden werden in erster Linie die Einrichtungen angeführt, die in jüngster Zeit vom Steuerzahler finanziert wurden. Das Landesmuseum Schlesien in Görlitz befindet sich wie das Pommersche Landesmuseum in Greifswald im Aufbau.

- Siebenbürgisches Museum Schloß Horneck in Gundelsheim

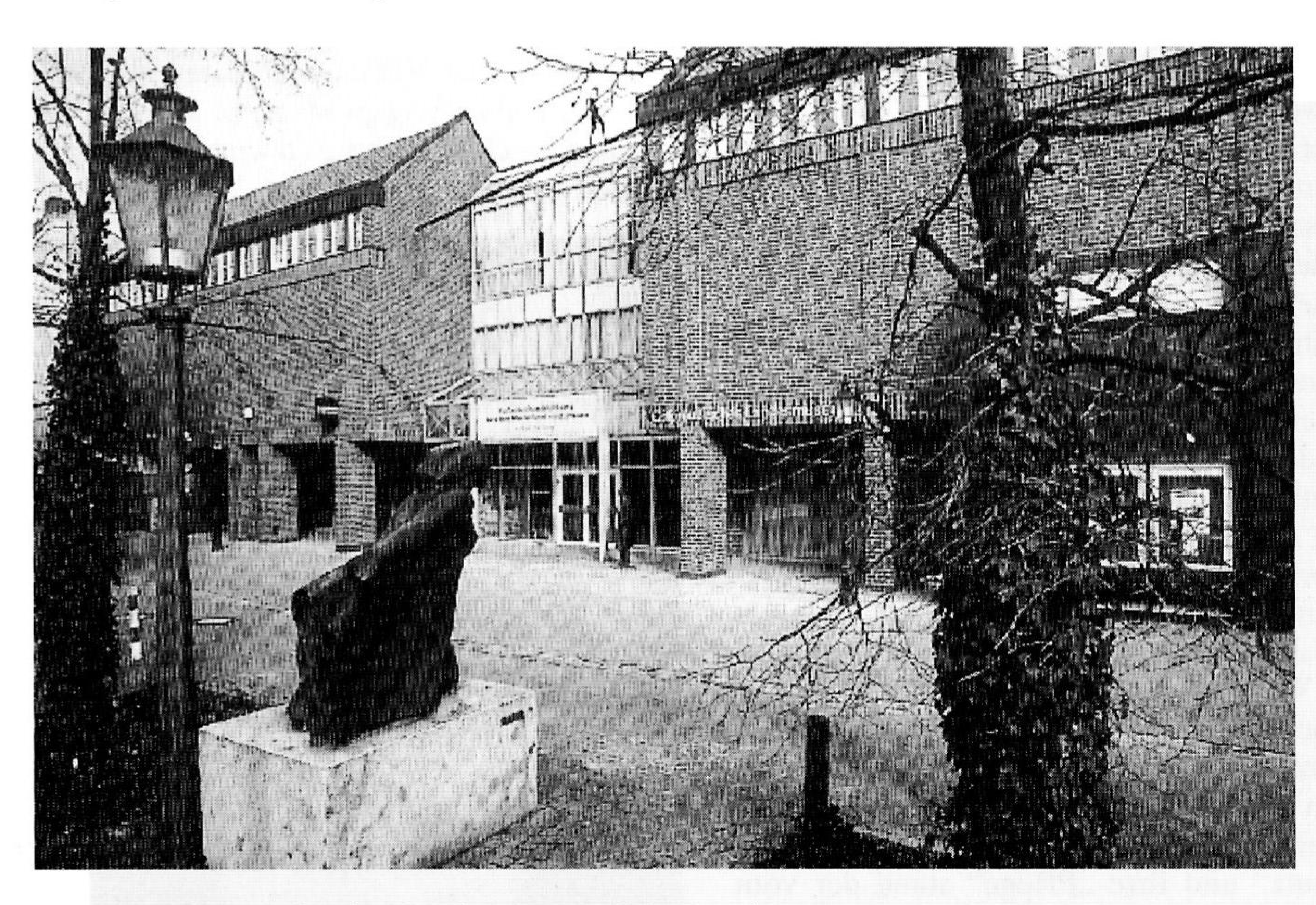
„Das Siebenbürgische Museum leistete in den Jahren 1993 und 1994 einen entscheidenden Beitrag zur Sicherung und Rettung von dinglichem Kulturgut. Dabei schuf die Öffnung, die in Rumänien aufgrund der Veränderung der politischen Rahmenbedingungen eingetreten war, gute Voraussetzungen für die Pflege von Beziehungen zu Kulturbehörden und kulturellen Institutionen, die dort für die Museumsarbeit zuständig sind." [BuMi, Januar 1997]

- Oberschlesisches Landesmuseum in Hösel
- Haus Schlesien-Heisterbacherrott in Königswinter
- Haus Hansestadt Danzig und Haus Hansestadt Leipzig in Lübeck
- Westpreußisches Landesmuseum in Münster-Wolbeck
- Böhmerwald Museum im Städtischen Museum Oberhaus in Passau, 1923 in Oberplan gegründet, getragen vom Böhmerwaldmuseum Passau e.V.
- Stiftung Museum ostdeutsche Galerie in Regensburg
- Glasmuseum Rheinbach in Rheinbach
- Heimathaus der Deutschen aus Bessarabien in Stuttgart, 1922 in Bessarabien gegründet
- Donauschwäbisches Zentralmuseum in Ulm

Das „Ostpreußisches Landesmuseum" in Lüneburg

Vorstand: Dr. ***Ronny Karbus****; Gründungsjahr: 1958-87, Vorläufer-Organisation: Ostpreußisches Jagd- und Landesmuseum e.V.; Operationsgebiet: Rußland; „Ostpreußen".*

Der Neubau wurde am 26.6.1987 eröffnet. Seit 1958 bestand in Lüneburg das Ostpreußische Jagdmuseum, dessen Bestände in das neu konzipierte Museum aufgenommen wurden.



Das „Ostpreußische Landesmuseum" in Lüneburg

Veröffentlichungen: Dokumentation zur Eröffnung des Museums / Kataloge der Sonderausstellungen. „Das Jahr 1994 brachte für das Ostpreußische Landesmuseum insoweit eine Veränderung in seinen Rahmenbedingungen, als am 1. September 1994 die Trägerschaft des Museums vom Verein Ostpreußisches Jagd- und Landesmuseum e.V. auf die Ostpreußische Kulturstiftung überging, in der der Bund und das Land Niedersachsen als Zuwendungsgeber neben dem ehemaligen Trägerverein und anderen ostpreußischen Kulturorganisationen unmittelbar vertreten sind."

Die Entstehungsgeschichte des Landesmuseums belegt die Kontinuität faschistischer Aktivitäten über das Jahr 1945 hinaus. Für mache Hitler-Getreuen wurden die Schlachten um Gedenkplätze zum Ersatz für Blitzkriegsspiele. In Lüneburg war neben anderen Nazifreunden auch **Otto Freiherr von Fircks** mit von der Partie. Fircks war „Vorsitzender der faschistischen Deutschen Studentenschaft in Riga, im Krieg als SS-Obersturmführer im zentralen 'Ansiedlungsstab beim höheren SS- und Polizeiführer Wartheland', als 'Führer des SS-Abschnitts XLII' (Gnesen) und beim SS-Rasse- und Siedlungshauptamt tätig. Als solcher war er beteiligt an Aus-, Um- und Ansiedlungsaktionen in dieser Gegend, bei denen unerwünschte Polen und Juden, meist nachts und überfallartig, aus ihren Höfen und Häusern vertrieben und durch sog. Volksdeutsche ersetzt wurden. Fircks war ebenfalls Besitzer eines 247-Hektar-Landgutes im Kreis Kutno, dessen polnische Eigentümer 'ausgesiedelt' worden waren." (Vgl. Broschüre der VVN/BdA Lüneburg, Mai 1987; Peter Asmussen)

Auch aktive Neo-Faschisten fühlten sich von Lüneburg angezogen. Im September 1996 hielt das Ehepaar **Thieme** vom „Schulverein zur Förderung der Rußlanddeutschen in Ostpreußen e.V." einen Lichtbildvortrag. Der „Schulverein" gehört zum Kieler Neo-Faschisten **Dietmar Munier**.

Umfang der Bundesförderung des Museums ab 1987 bis 1996/97

Institutionelle Förderung, gesamt: 5.268.389 DM; Projektförderung (Ausstellung/Ankauf Kulturgut), gesamt: 6.509.179 DM; Baumaßnahmen/ Inneneinrichtung, gesamt: 8.198.194 DM

Im Augenblick widmet sich das Museum wieder dem Bernstein. Wirtschaftsexperten schätzen, daß die Bernsteinküste im Samland in etwa fünfzig Jahren abgeräumt sein wird. Am Ende könnte die Verknappung des Rohstoffs ihn wieder wertvoll machen. Mitte der achtziger kostete 1 Kilo Rohbernstein ca. 1.000 Mark. Mit der jetzigen Ausstellung knüpft die Museumsleitung geschickt an den Erfolg von Steven Spielbergs Dino-Thriller „Jurassic Park". In dem Streifen melken Wissenschaftler eine im Bernstein konservierte Stechmücke, die kurz vor ihrem Tod an einem Dino gesaugt hat. Aus dem gewonnenen Tropfen Dinoblut wird Dino-DNS gezogen und schon kann ein neuer Dinosaurier gezüchtet werden. Hollywood-Phantasien sind nicht Realität, ein neues deutsches Königsberg wird sich nicht aus Bernstein-Mücken gewinnen lassen.

Volker Külow

„Verein für das Deutschtum im Ausland"



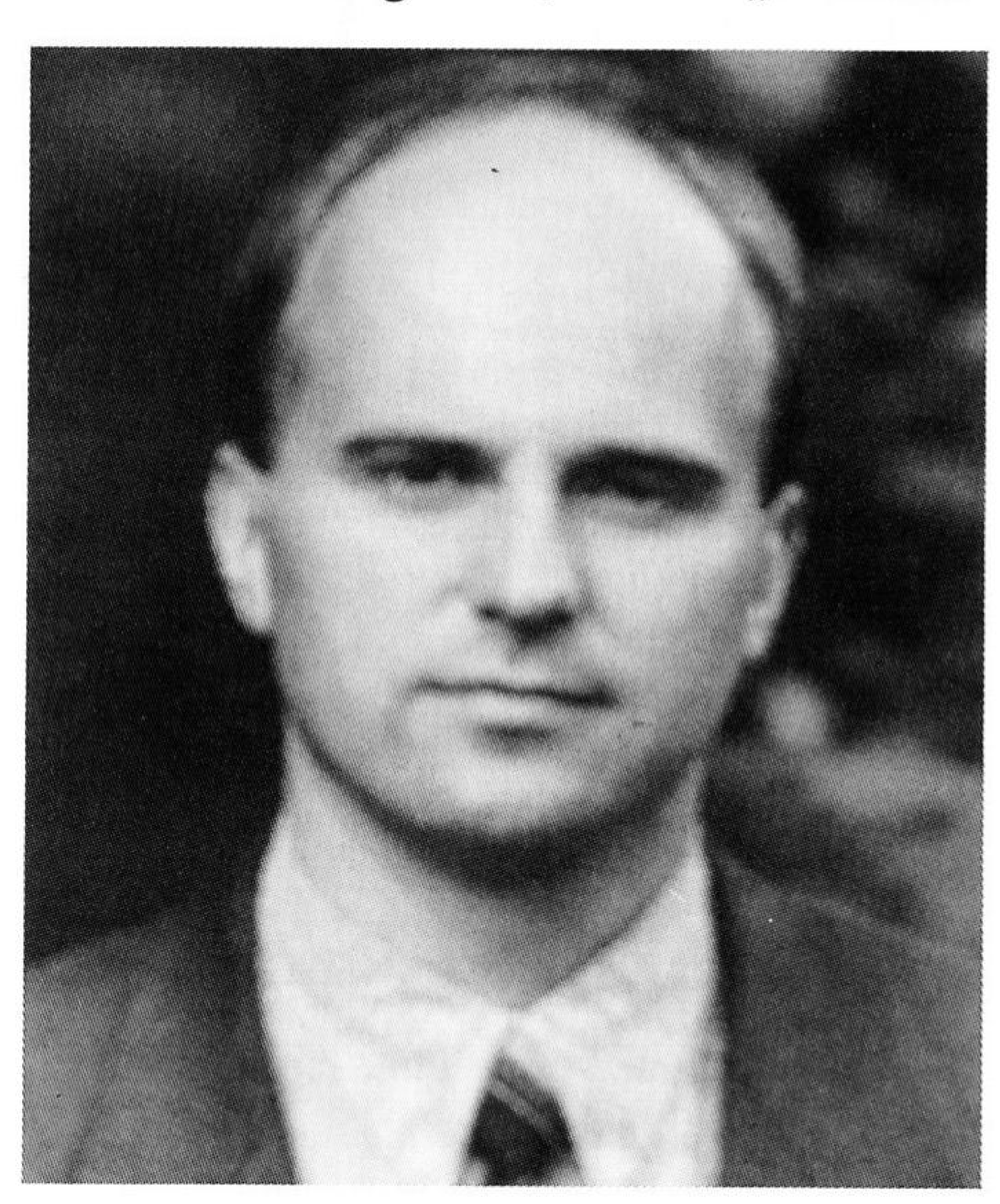
Vereinsemblem mit „Germania"- Kopf

Einer breiteren Öffentlichkeit weithin unbekannt, zählt der 1881 gegründete „Verein für das Deutschtum im Ausland" (VDA) seit Jahrzehnten zu den wichtigsten Tarnorganisationen der deutschen Außenpolitik. Wenngleich der Verein durch die Unterschlagung von Steuergeldern in Millionenhöhe und die seltsamen Todesumstände mehrerer Funktionäre in letzter Zeit verstärkt in die Schlagzeilen geriet, darf der 18.000 Mitglieder umfassende VDA noch immer mit der Deckung von höchster Stelle rechnen.

Diese Förderung verdankt er dem Umstand, daß in den Führungsgremien des VDA die Crème der bundesdeutschen Ministerialbürokratie aus Bundesinnenministerium (BMI - Abteilung „Vertriebene") und Auswärtigem Amt (AA - Abteilung VI), sowie hochrangiges Personal aus dem Bundestag sowie den Staatsregierungen der Bundesländer einen festen Platz haben (so z.B. Kanzleramtsminister **Friedrich Bohl**). Während es der staatlichen Steuerung oberflächlich um Maßnahmen zur Förderung des internationalen „Deutschums" geht, also um scheinbar kulturelle Hilfe für deutschstämmige Minderheiten weltweit, geht es in Wirklichkeit um die materielle und territoriale Inselbildung des „Deutschtums", so daß speziell in Europa deutsche Exklaven (also deutschbestimmte Landesteile in fremden Herrschaftsbereichen) entstehen.

Ein Blick in die Geschichte des VDA macht die traditionellen, noch heute gebräuchlichen Steuerungsmechanismen sowie wirksamen großdeutschen Phantasien der pangermanischen Untergrundarbeit deutlich. Mit der Losung „Volk steht über Staat", und der, von der besonderen „Reinheit" des deutschen Blutes, trat das kaiserliche Deutschland Ende des 19. Jahrhunderts seinen Kampf um die politische Weltherrschaft an. Zu den Boten des angeblichen Kultur- und Rasseauftrages wurden die im Ausland lebenden ehemaligen deutschen Auswanderer sowie die deutschstämmigen Minderheiten bestimmt; für ihren „Schutz" und ihre „Pflege" stand der vom deutschen Außenministerium gesteuerte, als privat firmierende VDA bereit. Die elitäre Ideologie mündete in Forderungen nach einem „pangermanischen Deutschland". Mit Kriegsbeginn im Jahr 1914 betätigte sich der VDA als Propagandaunternehmen des kaiserlichen Generalstabes, in dessen Strukturen er auch geheimdienstlich eingebunden war.

Nach dem verlorenen Krieg mühte sich das deutsche Außenministerium mit subversiven Mitteln gegen die europäischen Grenzen vorzugehen. Der VDA forderte „nationale Selbstbestimmung" - ein Deckbegriff für territoriale Ansprüche des deutschen „Kernstaates". Die selbst hervorgerufene Verschärfung nationaler Widersprüche in den Nachbarländern nutzte der VDA, der frühzeitig Kontakte zu führenden Mitgliedern der NSDAP unterhielt, zu einer aggressiven Propaganda, die antisemitische und rassistische Züge trug. Mit der Regierungsübernahme Hitlers stieg der Verein mit mehr als 2 Millionen Mitgliedern zu einem maßgeblichen Herrschaftsträger des NS-Systems auf und nannte sich nunmehr „Volksbund für das Deutschtum im Ausland". Bis zum Jahr 1937 hatte der VDA in fast sämtlichen Staaten Europas Vorbereitungen getroffen, um die deutschstämmigen Minderheiten als 5.Kolonnen einer zukünftigen Besatzungspolitik handhaben zu können. Mit Beginn des Zweiten Weltkrieges betätigten sich die vom VDA ausgebildeten Kader als Helfershelfer der deutschen Truppen, als Polizeikräfte und beteiligten sich an der Liquidierung der einheimischen Bevölkerung. In der Sowjetunion praktizierten VDA-Spezialisten ab 1941 ein Germanisierungsprogramm, zu dem die Zwangsverschleppung („Eindeutschung") von Kindern ebenso gehörte, wie die „Selektion" des russischen „Deutschtums" nach Kriterien einer angeblichen Blutsreinheit.



VDA-Chef Hartmut Koschyk

Nach der Zerschlagung des Hitlerfaschismus wurden der VDA als eine herausragende NS-Organisation behandelt und verboten. Diese Maßnahme konnte die Wiederbelebung des Vereins unter altem Namen durch die ehemaligen NS-Täter - in engem Zusammenwirken mit staatlichen deutschen Stellen - in München 1955 nicht verhindern. Bereits 15 Jahre nach dem Krieg und somit fünf Jahre nach der Neugründung war der traditionelle Organisationscharakter wiederhergestellt: unter dem Vorwand weltweiter Kulturpflege und Bewahrung des „Deutschtums" operierte der VDA als verdeckter Vorfeldapparat parteiübergreifender deutscher Außenpolitik.

Durch aktive Förderung namhafter Vertreter der deutschen Industrie (z.B. **Robert Heitkamp**, **Rolf Rodenstock**) nahm der außenpolitische Vorfeldapparat in den 70er Jahren einen schnellen Aufschwung. An der VDA-Spitze stand mit **Rudolf Aschenauer** ein in rechtsradikalen Kreisen geschätzter Jurist, der die Staatsagentur mit zahlreichen Organisationen des nationalistischen, pangermanischen und rassistischen Milieus vernetzte.

Mit der deutschen Vereinigung nahm das Tempo subversiver Aktivitäten weiter zu. Der VDA verfügt seit Anfang der 90er Jahre über Millionenbeträge von AA und BMI, um in Osteuropa zielgerichtete Maßnahmen, wie z.B. Landkäufe, durchzuführen. Bei dieser operativen Arbeit steht der VDA sowohl mit Rechtradikalen aus dem In- und Ausland, als auch mit weiteren pangermanischen Tarnorganisationen (u.a. „Hermann-Niermann-Stiftung", „Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen") in engem Kontakt. Damit bewegt sich der VDA auf dem inhaltlich und organisatorisch alten Fundament der deutschen Außenpolitik - ihrem anfallsartigem Größenwahn, ihrer subversiven Methodik, ihrer ungenierten Kooperation mit dem europäischen Nationalismus.

Der gegenwärtig unter Leitung von MdB **Hartmut Koschyk** (CDU/CSU) agierende VDA verursachte mit seiner deutschen Minderheitenpolitik in Osteuropa in den letzten Jahren erhebliche Spannungen, die die unteren Verwaltungsorgane der betroffenen Länder intensiv beschäftigen, aber selten einer breiten Öffentlichkeit bekannt wurden. Der VDA-Vorsitzende stellte beispielsweise die „Königsberg-Frage" nach der „Zukunft des russischen Teils Ostpreußens" und verlangte nach verstärkten Minderheitenrechten für das „Deutschtum in Osteuropa". Inmitten Rußlands entstehen Gebiete, die mehr und mehr einem Sonderrecht zu gehorchen scheinen. Deutsche Staatssekretäre wie **Horst Waffenschmidt**, über viele Jahre ein führender VDA-Funktionär, sind dort regelmäßig anzutreffen. In der Bundesrepublik sorgte der VDA vor allem wegen undurchsichtiger Finanztransaktionen für Irritationen: Seit 1993 ermittelt die Bonner Staatsanwaltschaft wegen des Verdachts des Betruges und der Untreue.

Felix Krebs

Mit Burschenband für Großdeutschland

1994 wurde die Albertus-Universität in Kaliningrad 450 Jahre alt, bei den Feiern waren auch vier deutsche Burschenschaften anwesend, welche urpsrünglich im ehemaligen Königsberg ansässig waren und sich seit knapp 50 Jahren in die BRD vertagt hatten. Die Feierlichkeiten, für die deutsche Seite organisiert von dem Revanchisten Fritjof Berg, boten den Burschenschaften hinlänglich Möglichkeiten für ihre großdeutsche Propaganda. In einer Festschrift war zu lesen, die Bundesrepublik sei staats- und völkerrechtlich identisch mit dem deutschen Kaiserreich, auch „Ostpreußen" gehöre „nach wie vor zum territorialen Souveränitätsbestand des fortbestehenden Deutschen Reiches."

Um auch strukturell ein Zeichen zu setzen, wurde gleich die Tagung des Auschußes für burschenschaftliche Arbeit (AfbA) mit nach Kaliningrad verlegt, bei der **Helmut Kamphausen** den historischen Bogen von dem „Friedensdiktat von Versailles" über die „Umerziehung" der Alliierten bis hin zu aktuellen Ansprüchen auf das „urpreußische Gebiet um Königsberg" schlagen durfte. Die „Burschenschaftlichen Blätter" (B.Bl.), offizielles Organ der „Deutschen Burschenschaft" (DB), widmeten dem Ereigniss eine Schwerpunkt-Ausgabe zum Thema „Königsberg/Ostpreußen".

Die Feier in Kaliningrad ist eines der offensichtlichsten Anzeichen für die großdeutschen Ambitionen und ihre handfeste Umsetzung durch die DB. Bis 1989 konnte die DB zwar jahrzehntelang ihre revanchistischen Forderungen herausposaunen, jedoch war ihre „Grenzlandarbeit" in Osteuropa durch die Existenz der realsozialistischen Länder unmöglich. Seit der Wiedervereinigung werden die Töne in den B.Bl. nun agressiver und die konkrete Wühlarbeit in Osteuropa in konkreten Projekten organisiert.

Die völkischen Wurzeln

Ideologischer Grundpfeiler ist der „volkstumsbezogene Vaterlandsbegriff" der DB, der in Art. 9 der Verfassung der DB festgehalten wird und der charakteristisch für den völkischen Nationalismus der Burschenschaften ist. Dieser prägte schon, entgegen den Legenden der burschenschaftlichen Geschichtsschreibung, das Wartburgfest von 1817, als bei einer Bücherverbrennung auch der „Code Napoléon", als Sinnbild des Nationenverständnisses der französischen Revolution und die Broschüre „Germanomanie, Skizze zu einem Zeitgemälde", des jüdischen Schriftstellers Saul Ascher verbrannt wurden. Symbolisch bekannten sich also schon die frühen Burschenschaften zu einem völkischem, auf Abstammung beruhenden, Nationenverständnis und lehnten den Gesellschaftsvertrag von freien Individuen nach französischem Vorbild ab. Großen Einfluß auf die Burschenschaftsbewegung hatten die völkischen Autoren und Vordenker des letzten Jahrhunderts **Jahn**, **Arndt** und **Fries**. Mit der Gründung des Deutschen Reiches 1871 und dem Erwerb von Kolonien, bekam der völkische Nationalismus der Burschenschaften, neben der schon immer vorhandenen antisemitischen und antifranzösischen Note, eine ausgesprochen großdeutsche Orientierung. Die liberale Richtung



Burschenschaftsdenkmal in Eisenach

unter den Burschenschaften, welche sich gegen Feudalismus, Obrigkeitsstaat und für bürgerliche Freiheiten engagierte, verschwand. So hieß es in den B.Bl. 1893 in programmatischer Weise: „Den Bemühungen um Erhaltung des Deutschthums im Auslande soll nach wie vor hervorragende Beachtung geschenkt werden, insbesondere den Kämpfen der deutsch-nationalen Studentenverbindungen in Oesterreich. Die Gefahr, welche dem Germanenthum durch das immer mächtiger andringende Slaventhum droht, wird von berufener Seite auf ihren Umfang und ihre Bedeutung hin geschildert...der leitende Gedanke war, wie schon angedeutet, die Erhaltung des Germanenthums, als dessen Hauptstütze das einige Deutsche Reich zu betrachten ist." Folgerichtig zogen die, mit militaristisch ausgerichteten Vereinen wie dem „Kyffhäuserbund" schon lange kooperierenden, Burschenschaften mit Begeisterung in den 1. Weltkrieg. Die Schlacht im belgischen Langemarck 1914, Sinnbild für die totale Kriegsbegeisterung und Opferbereitschaft des akademischen Nachwuchses, bei der zehntausende Menschen starben, wird noch heute von Burschenschaften gefeiert.

Nach der Niederlage im 1. Weltkrieg, der „Schmach von Versailles" und den damit verbundene Gebietsabtretungen, nahm die großdeutsche Propaganda, gespeist aus einem gekränktem Nationalstolz, der DB eher noch zu. „Vor allem muß es sich darum handeln, die verlorenen Landesteile im Osten und Westen beim Deutschthum zu halten, um ihren Rücktritt in den deutschen Staat vorzubereiten und den Anschluß Österreichs vollziehen zu helfen." Der Deutschtumskampf wurde von der DB als schicksalshaft und endgültig angesehen, entweder würde das deutsche Volk sich in Europa als führend behaupten können oder es würde für immer zum Sklaven anderer Völker. Diese Weltanschauung wurde von den Burschenschaften auch praktisch umgesetzt, gemeinsam mit dem „Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund" (NSDStB) veranstaltete man Wehrsportübungen und Grenzlandlager. Daß die DB sich 1935 selbst auflöste war nicht einem unterschiedlichem Politikverständnis geschuldet, sondern dem Alleinvertretungsanspruch des NSDStB, der keine studentische Autonomie duldete. Die Burschenschaften waren im NS-Staat überflüssig geworden, ihre Ziele weitgehend erfüllt. Die aktiven Burschen gingen in den NSDStB, die Altherrenschaften bestanden weiter.

Nach 1945

Nach 1945 war die DB, wie auch andere Studentenverbindungen, verboten, allerdings konnte sich die DB schon 1950 rekonstituieren und in der Ära von Adenauer, Kaltem Krieg und virulentem Antikommunismus schon bald ihre alten Traditionen wieder pflegen, Mensuren fechten und vor allem ihren gesellschaftlichen Einfluß verfestigen. Elitedünkel, eine fehlende Aufarbeitung der faschistischen Vergangenheit, autoritäre und soldatische Leitbilder und der alte völkische Nationalismus prägten die Ideologie der DB auch in den 50er und 60er Jahren. Die DB hat die völkerrechtlichen Ergebnisse des 2. Weltkrieges, die Abkommen von Jalta und Potsdam, zu keinem Zeitpunkt akzeptiert. Die programmatische Verankerung des für den Revanchismus grundlegenden „volkstumsbezogenen Vaterlandsbegriffs" gelang allerdings erst auf dem Burschentag von 1971, maßgeblich betrieben von dem innerverbandlichem Rechtskartell „Burschenschaftliche Gemeinschaft" (BG). Die BG ist die einflußreichste Strömung innerhalb der ca. 120 Einzelburschenschaften umfassenden DB und besteht aus ca. 40 Burschenschaften aus der BRD und Österreich.

Ende der 50er Jahre versuchten die österreichischen Burschenschaften, sich gemäß ihres großdeutschen Nationalismus, der DB anzuschließen. Vorreiter bei den Verhandlungen war die Wiener „Burschenschaft Olympia" und ihr Bundesbruder Dr. **Norbert Burger**, einer der aktivsten Neofaschisten Öster-

reichs, welcher genau wie seine „Olympia" auch zu den Südtirolterroristen gehörte. 1961 scheiterte die Fusion der DB mit der „Deutschen Burschenschaft in Österreich" (DBÖ) und in Folge beschlossen am 15.07.1961 42 Burschenschaften aus der BRD und Österreich auf dem Haus der „Burschenschaft Danubia" in München die Gründung der BG, welche bis heute ein äußerst effektives Kartell zur Durchsetzung rechtsradikaler Forderungen innerhalb der DB ist. Im Gründungsprotokoll hieß es u. a.: „Die Burschenschaften der Burschenschaftlichen Gemeinschaft bekennen sich zum volkstumsbezogenen Vaterlandsbegriff als dem historischen Vaterlandsbegriff der Urburschenschaft."

1971 konnte die BG sich innerhalb der DB, allerdings unter dem Verzicht auf die Pflichtmensur, durchsetzen. „Damit war das langbegehrte und heißumkämpfte Ziel erreicht. Die organisatorische und, durch Aufnahme des volkstumsbezogenen Vaterlandsbegriffes in die Grundsätze der DB, auch geistige Einheit der Deutschen Burschenschaft ..." schrieb der „Olympe" **Helge Dvorak** 1989 in einer Rückschau. In der Tat ist diese ein ideologischer Meilenstein auf dem Weg in ein burschenschaftliches Großdeutschland gewesen. Erstens ermöglicht es den durchweg rechtsaußen stehenden österreichischen Burschenschaften die Politik der DB mitzubestimmen, so hatte die neofaschistische „Burschenschaft Olympia Wien" für 1996/97 den Vorsitz der DB inne. Zweitens und wesentlich wichtiger ist jedoch die nun geschaffene programmatische Grundlage für revanchistische Forderungen der DB, deren Wahlspruch „Ehre, Freiheit, Vaterland" nun (wieder) eine eindeutig völkische Definition bekommen hat.

Dementspechend wird in der DB nur noch über die Ausdehnung des „deutschen Vaterlandes" gestritten, ist es das Deutsche Reich in den Grenzen von 1937, 1939 oder gar 1941? Für die schon 1989 vorsitzende „Burschenschaft Olympia Wien" besteht jedenfalls „das Deutsche Reich unter Einschluß seiner Ostgebiete" fort, hat der Warschauer Vertrag keine Bedeutung und die bestehenden Grenzen seien ebenfalls ungültig. Gestärkt durch die nationalistische Euphorie der Wiedervereinigung beschloß der Burschentag 1991 in Eisenach u.a. sinngemäß folgende Forderungen:

1. Ausübung der Schutz-und Fürsorgepflicht für die „deutsche Volksgruppe" in der Republik Polen durch die BRD.
2. Anerkennug der völkisch als „deutsch" definierten Polen als Gruppe.
3. Gewährung besonderer Volksgruppenrechte, nicht nur für die als deutsch definierten Polen, sondern auch für die sog. Vertriebenen.
4. Autonomie bezüglich der Sprache, Kultur und Religion, aber auch in Bezug auf Steuern, Wirtschaft- und Sozialpolitik.

Die Umsetzung solcher Beschlüsse würde das bestehende Land, in diesem Falle Polen, vollständig destabilisieren und einen deutschen Staat im Staate am Gängelband der BRD schaffen, bis zur offenen Annexion wäre es nur noch eine kleiner, u.U. auch verzichtbarer Schritt.

Dem Alten Herren **Hans Göttl**, damals für Öffentlichkeitsarbeit zuständig, gingen jedoch die Forderungen nicht weit genug, er will aufräumen mit „Kleinstaaterei als Ende einer 45jährigen Besatzung" und fragt rethorisch: „Wo ist es denn, unser Vaterland, das wir besingen? Von der Maas bis an die Neiße? Oder Oder? Oder Memel? Was wäre dann mit jenen Deutschen an der Etsch, Donau, Bega, Timisch, Wolga usf.?"

Im großdeutschen Netzwerk

Revanchismus ist offensichtlich ein, vielleicht sogar das wichtigste, Thema in den „Burschenschaftlichen Blättern". Es gab in den letzten Jahren mehrere Hefte mit Schwerpunkten zu Kaliningrad/„Königsberg", „Nordostpreußen" oder „Schlesien" und eine Auswertung der Beiträge in den B.Bl. von 1/1989 bis 4/1992 ergab einen Anteil von 20% Beträgen mit revanchistischer Themenstellung, mehr als zu irgendeinem anderem Themengebiet überhaupt. Folgende revanchistische Autoren des „Ostpreußenblattes" kamen u.a. in den B.Bl. zu Wort: **Fritjof Berg**, **Albrecht Jebens**, **Michael Paulwitz**, **Emil Schlee**, **Hannes Kaschkat** und Helmut Kamphausen. Darüber hinaus konnten auch andere Deutschtümler, wie **Herbert Hupka** oder **Heinz Burneleit** ihre Ansichten dort verbreiten. Die enge Überschneidung mit der Presse und den Organisationen verwundert nicht und findet auch auf Funktionärsebene ihren Ausdruck. Der Redakteur des „Ostpreußenblattes" **Hans T. Heckel** machte seine ersten Erfahrungen als Pressereferent der DB 1989 sowie als Mitstreiter der rechten Studentenvereinigung „Gruppe 146" in Hamburg. 1996 wurde der neofaschistische Multifunktionär **Hans-Ulrich Kopp**, u.a. Bundesvorstandsmitglied des revanchistischen Elitezirkels „Witikobund", zum Pressereferenten der DB gewählt. Auch bei den Jungvertriebenen der „Jungen Landsmannschaft Ostpreußen" (JLO) finden sich Burschenschafter: Der Vorsitzende **Bernhard Knapstein** war als politischer Referent der Kölner „Germanen" tätig; der Beisitzer **Michael Paulwitz** ist „Danube" aus München.



Fritjof Berg

Innerhalb der DB gibt es verschiedene Einzelburschenschaften und Strukturen, welche den Revanchismus besonders forcieren. Die BG empfiehlt z.B., neben rechtsradikalen und nationalkonservativen Organisationen, solche mit explizit revanchistischer Zielsetzung zur Mitarbeit, wie: „Notverwaltung des Deutschen Ostens", „Gesamtdeutschen Sudentenverband" (GDS), den „Verein für das Deutschtum im Ausland" (VDA), die „Kameradschaft der ehemaligen Südtiroler Freiheitskämpfer" oder den „Wicker Kreis - Arbeitskreis deutsche Ostgebiete". Neben der BG spielt die „Burschenschaft Danubia" aus München eine wichtige Rolle, schon seit Jahrzehnten veranstaltet sie die sog. Bogenhauser Gespräche in Zusammenarbeit mit dem neofaschistisch durchsetztem „Gesamtdeutschen Studentenverband" (GDS), der Studentenorganisation des BdV. In Hamburg trifft sich der Landesverband-Nord der JLO bei der „Burschenschaft Germania Königsberg". In Braunschweig veranstalten die Burschenschaften „Libertas" und „Thuringia" regelmäßig „Braunschweiger Seminare zur Deutschlandpolitik". 1994 z.B. mit den Revanchisten Fritjof Berg, Ex-Rep Prof. Emil Schlee, **Michael Wichmann** von der „Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte", dem belgischem „Neuen Rechten" **Robert Steuckers** und **Heralt Schöne** vom GDS. In Österreich übernimmt solche Aufgaben, mit Zielrichtung Südtirol, vor allem die „Burschenschaft Olympia Wien", welche ihre Politik auch schon handfest mittels Bombenanschlägen umsetzte und deswegen 1961 zeitweise verboten wurde.

Mit abgeschwächten Inhalten, dafür aber mit prominenter Beteiligung, veranstaltete die DB im Februar 1994 ein Symposium „Der Kodifikationsstand für die Rechte nationaler Minderheiten in Europa" im „Haus Schlesien" der „Landsmannschaft Schlesien". Eingeladen waren Vertreter aus dem Bundesjustizministerium, dem Innenministerium, dem Auswärtigen Amt, und dem Europaparlarment. Innenminister Schäuble hatte schon 1992 als Festredner beim 175. Jubiläum des Wartburgfestes deutlich gemacht, daß er die territorialen Vorstellungen seiner Zuhörer teilt, als er über „Mittel- und Ostdeutschland" schwadronierte. 1995 beschloß die DB bei ihrem Burschentag die Errichtung einer „Burschenschaftlichen Stiftung für nationale Minderheiten- und Volksgruppenrechte in Europa", um die Wühlarbeit in den Nachbarländern zu intensivieren.

Nicht nur in der BRD, sondern auch in den von ihr begehrten „deutschen Ostgebieten" ist die DB seit 1989 wieder aktiv. Nachdem die alten Strukturen in „Mitteldeutschland" wieder aufgebaut sind, ca. ein Dutzend Burschenschaften gibt es wieder auf dem Gebiet der ehemaligen DDR, plant mann weiter. „Neben der burschenschaftlichen Arbeit in Greifswald wird eine aktive Grenzlandarbeit in Ostpreußen geleistet, wobei auch Kontakte nach Hinterpommern ausgebaut werden sollen", schreiben **Ch. Birghan** und **H. Henning** von der „Burschenschaft Markomannia Greifswald". Schon länger unterstützt die DB in enger Zusammenarbeit mit der „AGMO - Ostdeutschen Menschenrechtsgesellschaft" die Deutschen Freundschaftskreise in Polen mittels Geldspenden.

Abschließend ist dem Urteil der profunden Kenner der burschenschaftlichen Szene Heither, Gehler, Kurth und Schäfer zuzustimmen, wenn sie feststellen: „Angesichts der völkischen Programmatik, der innerverbandlichen Kräfteverhältnisse sowie der zahlreichen Verbindungen zum organisierten Rechtsextremismus ist von einer stabilen Verankerung rechtsextremer Ideologiemomente innerhalb der Deutschen Burschenschaft auszugehen."

Vom Ordensritter zum Manager: Kein Ende von Revanchismus und Ostexpansion?

- Ein Nachwort -

Geschichtsbücher lehren, daß die erste militärische Eroberung des Ostens mit dem Namen „Deutscher Orden" verknüpft ist. Demnach waren die Deutschritter zumeist mutige und starke Männer. Sie zogen nach „Kampfeinsätzen" im Nahen Osten als christlicher Ritterorden im weißen Mantel mit schwarzem Kreuz Anfang des 13. Jahrhunderts nach Preußen, wo sie gegen die „Pruzzen" und gegen die Litauer kämpften. Vom späteren Ordenssitz „Marienburg" wurde die Errichtung eines geistlichen und weltlichen Ordensstaates vollzogen, der seine Blütezeit zwischen 1351-1382 erlebte. Im 15. Jahrhundert erfolgte der Niedergang nach militärischen Verlusten gegen Polen mit der entscheidenden Niederlage bei Tannenberg (1410).

Die Eroberungen des Ostens erfolgten immer schrittweise von relativ sicheren Zentren im Westen. Ihr Ziel war die „Germanisierung" des Ostens wie Friedrich Engels bereits Ende des 19. Jahrhunderts richtig feststellte: „Seit der Zeit Karls des Großen haben sich die Deutschen mit der größten Ausdauer und Beharrlichkeit um die Eroberung, Kolonisation oder zum mindesten Zivilisierung des östlichen Europas bemüht. Die Eroberungen des Feudaladels zwischen Elbe und Oder und die feudalen Kolonien der kriegerischen Ritterorden in Preußen und Livland legten nur das Fundament für ein weit umfassenderes, wirksameres System der Germanisierung durch das kommerzielle und industrielle Bürgertum, das in Deutschland wie im übrigen Westeuropa seit dem 15. Jahrhundert zu sozialer und politischer Bedeutung aufstieg." (Engels, Friedrich: Revolution und Konterrevolution in Deutschland, Berlin: MEW Bd. 8, S. 49f.)

Das Prinzip des Teilens und Herrschens

Die Ostexpansionen verliefen nach einem bestimmten Muster, das punktuell bis heute Gültigkeit zu besitzen scheint. Häufig erging ein Hilfeaufruf an die „Germanisierer", schließlich „kamen der eherne Schritt erobernder Armeen und der behutsame, wohlüberlegte Griff der Diplomatie nicht immer nach der langsam, aber sicher fortschreitenden Entnationalisierung, die die soziale Entwicklung mit sich brachte, sondern sie gingen ihr oftmals voraus" (Engels). Für Polen, Tschechen, Slowaken und Russen differenziert Engels den Prozeß der „Germanisierung". In Polen erfolgte sie über Landkauf, in Rußland nur mit kriegerischen Mitteln.

Während die bürgerliche Geschichtsschreibung die Ostexpansion als einen Segen für die davon betroffene Bevölkerung bis heute beschreibt, macht Engels deutlich, daß die Okkupanten von Anfang an, auf Haß stießen. Die Eroberer operierten gemäß dem von dem Begründer des französischen Absolutismus, Ludwig XI, aus dem 15. Jahrhundert überlieferten Prinzip des „divide et impera" (Teile und Herrsche). „Aber während so der deutsche Name auf allen Seiten nichts als Haß erntete, rieben sich die deutschen konstitutionellen und liberalen Regierungen vergnügt die Hände. Es war ihnen gelungen, die Bewegung in Polen und Böhmen niederzuwerfen. Überall hatten sie die alten nationalen Gegensätze zu neuem Leben erweckt, die so lange einem guten Einvernehmen und gemeinsamen Vorgehen von Deutschen, Polen und Italienern im Wege gestanden. Sie hatten das Volk an Bürgerkrieg und militärische Unterdrükkung gewöhnt." (Engels). Den Zwang, den Osten zu „germanisieren" übernahm das Bürgertum von seinen Feudalherren. Nach Einschätzung von Reinhard Opitz begleitete der „Expansionismus" die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft seit dem Aufkommen des Industriekapitalismus und steigerte sich erst mit dem Eintritt in die imperialistische Phase ab 1890.

Die alten Strategien der Ost-Expansion des Kapitals werden - in neue Begriffe gepackt - in die Praxis umgesetzt. Die Rückeroberung der für die Deutschen interessanten Gebiete erfolgt nicht blitzkriegartig, sondern verläuft nach den Gesetzen eines längerfristigen Unternehmens, das sich an ökonomischen Gewinnoptionen orientiert. Nach ausgiebigen ordnungspolitischen Maßnahmen im Innern wofür kräftige Reallohnsenkungen stehen, wird nach Billiglohnländern auf dem supranationalen Markt gegriffen. Der ökonomische „Sachzwang", neue Märkte in Konkurrenz zu den anderen kapitalistischen Ländern zu erobern und darüberhinaus die Produktionsbedingungen an den neuen „Standorten" weitgehend selbst zu diktieren, bestimmt die Politik des deutschen Monopolkapitals. Dr. Ing. **Karl Heinz Kaske** (68), von 1981 bis 1992 Vorstandsvorsitzender der Siemens AG, brachte die Kapital-Formel für die Ostexpansion auf den Begriff: „Mit den Kooperationen im Osten verfolgen wir vor allem zwei strategische Ziele: Erstens sollen sie den Zutritt zu neuen Märkten insbesondere in Osteuropa verschaffen. Zweitens brauchen wir Niedriglohnstandorte, in denen wir so kostengünstig produzieren können, daß sich die Produkte auf den kaufkraftschwachen Ostmärkten absetzen lassen." (zit. nach Charles Pauli: EG-Osteuropa, in:Wolf/Klaß: Festung Europa, a.a.O.) Kaske hatte als amtierender Siemens-Chef nie einen Hehl aus seinem Expansionsdrang gemacht. Das Munzinger-Archiv zitiert ihn mit dem Spruch: „Wir werden jedes Schiff kapern, das vorbeikommt und zu unserem Unternehmen paßt". Erfolge hatte der kapitale Seeräuber Mitte der achtziger Jahre auf dem amerikanischen und britischen Festland.



Die revanchistische und großdeutsche Gesinnung ...

Nach dem Fall der Mauer schlug Siemens Stück für Stück im Osten zu. 1990 war Siemens mit 1 Mrd. DM an über 30 Projekten in den neuen Bundesländern beteiligt. Ein Jahr später ging es weiter gen Osten mit einem joint venture für den gemeinsamen Bau von Kraftwerken z.B. mit Skoda Pilsen, dem größ-

ten tschechischen Anlagen- und Maschinenhersteller.

Das ökonomische Handeln mit dem Ziel der Expansion läßt sich in vier Kategorien modellhaft beschreiben. Das Kapital expandiert erstens in Form einer einfachen Lieferbeziehung; zweitens in Form der Lohnveredelung: deutsche Vorprodukte werden z.B. nach Tschechien gebracht, dort kostengünstig verarbeitet und wieder nach Deutschland zurückgeliefert; drittens in Form von Gemeinschaftsunternehmen (joint-venture) und viertens in



... findet sich nicht nur bei den alten, ...

Form der „direkten Investition", dem Bau eigener Produktionsstätten.

Der Kampf um Billiglohn-Standorte erfährt eine ideologische Begründung in der Konzeption vom neuen Menschentyp und alten Vorstellungen vom „Nationalismus". Der „Rassismus" soll die Minderwertigkeit von Arbeitskraft im Osten akzeptabel machen. Gegen allzu starkem Widerstand könnten NATO-Truppen eingesetzt werden, nicht zum Zwecke der Eroberung, sondern zum Schutz der „Sozialen Marktwirtschaft" gegenüber KritikerInnen der kapitalistischen Produktionsweise.

Die nationale Propaganda ...

In Sachen Nachrichtenpolitik hat sich die Situation im Bezug auf die Weimarer Republik entscheidend geändert. Während der Antifaschist Carl von Ossietzky sich in der „Weltbühne" (Vgl. seinen Aufsatz „Der plombierte Wagen" von 1926) bitter darüber beklagte, daß um die Ostgeschäfte ein Mantel des Schweigens liege, wo die BürgerInnen doch ein Recht auf Information hätten, veröffentlichen die bürgerlichen Medien heute im Prinzip alles. Der Gedanke an „Großdeutschland" wird von der bürgerlichen und neo-faschistischen Presse fast täglich gepflegt. Immer wiederkehrende Argumentationsmuster sind Ignoranz und Ablehnung gegenüber den bestehenden Staatsgrenzen und Fälschungen der Geschichtsschreibung zugunsten der herrschenden Klasse in Deutschland. Bürgerliche und faschistoide Presse operieren oft Hand in Hand. So erschien im März 1993 eine Anzeige „Freiheit für Königsberg" in der FAZ (Kosten ca. 10.000 DM), in der für die monatliche Übersiedlung von 600 „Deutsch-Familien" aus dem Gebiet der „Wolgarepublik" nach Kaliningrad geworben wurde und wofür die „Unitas Germanica", die die faschistoide Wochenzeitung „Junge Freiheit" herausgibt, in der FAZ und anderen Zeitungen mit der Anzeige noch Geldgeber suchte. Mit geringerer Breitenwirkung, aber im Ausdruck entsprechend ihrer Klientel schärfer, formulieren die überwiegend männlichen Schreiber in neo-faschistischen Blättern ihre Positionen. In den Publikationen „Code", „Criticon", „Der Freiwillige", „Deutsche Bürgerinitiative", „Deutsche Nationalzeitung", „Deutsche Stimme", „Europa vorn", „Fritz", „Huttenbriefe", „Junge Freiheit", „Mut", „Nation", „Nation & Europa", „Ostpreußenblatt", „Staatsbriefe" und „wir selbst" geht es zum Komplex „Revanchismus" richtig zur Sache. Von der Behauptung, die Bundesrepublik sei überbevölkert, weshalb in Kalinigrad eine ethnische Insel geschaffen werden müsse, über fragwürdige „völkerrechtliche" Definitionen und vor allem durch **Heinz Brill** wiederbelebte geopolitische Thesen (Vgl. Brills Literaturbericht in: Zeitschrift für Politik 39/ 1992) aus dem imperialistischen Kaiserreich, finden sich grundsätzliche Forderungen auf die Nichtanerkennung der bestehenden, zwischen den jeweiligen Regierungen endgültig ausgehandelten, Grenzverträgen. Der Ruf nach einem Selbstbestimmungsrecht der Völker rechtfertigt den Versuch, die BRD-Grenze weiter nach Osten hin zu verschieben.

Mit dem vorliegenden Sonderheft wird nicht nur Anklage geführt, sondern es werden auch deutliche Forderungen an Politik und Gesellschaft gestellt: z. B. die nach Auflösung sämtlicher revanchistischer Organisationen, wobei der Appell, öffentliche Zuwendungen zu streichen, ebenso wie die Minimalposition, das Vertriebenengesetz in dem Punkt zu verändern, der die Vererbbarkeit des Vertriebenstatus regelt, in der Bevölkerung durchaus mehrheitsfähig werden können und müssen. Es kann auch nicht darum gehen, geheime Verschwörungen aufzudecken, wie es AntifaschistInnen oft ungerechfertigerweise vorgehalten wird. Die „Weltverschwörungtheorien" sind immer noch Sache der (Neo)-Faschisten.

... mit einer starken Gegenoffensive stoppen

Gegen den Boom der nationalistischen Geschichtsschreibungs- und Reiseliteratur kommen die kritischen Arbeiten zur Ostexpansion bisher nicht an. In den wenigen Büchern und Aufsätzen werden nur Einzelaspekte aufgegriffen, wie beispielsweise in dem auf sorgfältige Recherchen basierenden Band von Goldenbach/Minow „Deutschtum erwache! Aus dem Innenleben des staatlichen Pangermanismus" (Berlin: Dietz Verlag, 1994) über den „Verein für das Volkstum im Ausland" (VDA) oder die Arbeit über die Rolle der „Sudetendeutschen Landsmannschaft" in dem verdienstvollen Buch von Herde/Stolze „Die Sudetendeutsche Landsmannschaft. Geschichte, Personen, Hintergründe - eine kritische Bestandsaufnahme" (Köln: Pahl-Rugenstein, 1987). Eine Zusammenschau aller Aspekte, sozusagen das gesamte Ensemble, kann erst einen umfassenden Eindruck über



... sondern auch bei den neugeborenen Vertriebenen, ...

die tatsächliche Rolle der Bundesrepublik vermitteln und Handlungsmöglichkeiten für einen vielfältigen Widerstand erschließen.

Das Sonderheft soll Perspektiven politischen Handelns für diejenigen eröffnen, die den neuen Nationalismus, das Großmachtsstreben nicht hilflos als „Schaulustige" erleben wollen. Es vermittelt Kenntnisse über die „organisierte Ostexpansion", über die daran beteiligten Institutionen, Vereinigungen und ihre Gliederungen. Es klärt auf über die Gefährlichkeit der Politik dieser Organisationen, ihre materiellen Ressourcen, Propaganda- und Schulungszentren und macht „öffentliche" Personen als Ideologieträger und Propagandisten kenntlich. Schließlich wird der Zusammenhang zwischen Ökonomie und Politik hergestellt, ohne den die „Ostexpansion" gar nicht verstanden und bekämpft werden kann. Es geht um eindeutige Interessen, die mit Großmachtstreben, Marktbeherrschung und damit Herrschaft über hunderte Millionen von Menschen klar benannt sind. Die Wege zur Herrschaft sind unterschiedlich, manchmal werden sie zum Zwecke der besseren Durchsetzbarkeit verschleiert, oft auf brutale Weise rücksichtslos und direkt eingeschlagen.

Nur in der Zusammenschau kann die Rolle militanter revanchistischer und neo-faschistischer Aktivisten in den Staaten des ehemaligen „Ostblocks" richtig bewertet werden. Der neudeutsche Revanchismus ist nicht nur nach Osten orientiert. Zu großdeutschen Optionen zählen weiterhin die „Westgebiete", Österreich und Tirol. Begründet wird diese Politik immer mit dem „Abstammungsrecht", das auch im Grundgesetz verankert ist. Daraus wird ein Volksgruppenrecht als unumstößliches Menschenrecht abgeleitet und staatsrechtlich ein Alleinvertretungsrecht für alle „deutschstämmigen" Menschen beansprucht. Das sogenannte Volksgruppenrecht gilt nur für deutschstämmige Personen und nicht etwa für die verschiedenen BürgerInnen, die innerhalb der BRD leben und nicht über einen bundesdeutschen Paß verfügen können. Mit dem „Abstammungsprinzip" wird eine Politik der offenen Einmischung in andere Staaten ermöglicht. Mit Wolgau-Deutschen, Schlesiern, Sudetendeutschen, Elsaß-Deutschen will man Politik machen. Wo keine „Deutschen" sind, werden einfach welche angesiedelt, wie das Beispiel „Kaliningrad" zeigt.

Reaktionär ist der Griff in die „Geschichte" - was in der Vergangenheit einmal „deutsch" war, muß es heute wieder sein. Die Revanchisten scheuen nicht vor verfälschenden Darstellungen der Geschichte zurück. Dort, wo ihrem Geschichtsverständnis offensiv entgegen getreten wird, verlieren sie auch sehr schnell ihre „demokratische" Fassade, wie das Beispiel der „Anti-Wehrmachtsausstellung" von Jan Philip Reemtsma jüngst gezeigt hat.

Auf erstaunlich geringen Widerstand stoßen die Ost-Expansionäre. In jeder bundesdeutschen Universitätsstadt findet sich ein wissenschaftliches oder „landsmannschaftliches" Zentrum, das am Ost-Geschäft partizipiert. Ebenso existieren vielerorts sogenannte „Heimatstuben" oder Museen, die den Kulturgedanken pflegend, Besitzansprüche auf die „Ostgebiete" erheben. Gegen deren Existenz spricht die endgültige Anerkennung der Grenzen durch die demokratisch gewählte Bundesregierung. Die Finanzierung des Revanchismus durch die bundesdeutschen SteuerzahlerInnen sollte längst der Vergangenheit gehören.

Verschiedene Bemühungen, die Bestrebungen von Revanchisten und Neo-Faschisten zu bekämpfen, haben noch nicht den durchschlagenden Erfolg gehabt. Die „rot-grüne" Koalition in Niedersachsen hatte 1990 der „Landsmannschaft Schlesien" Subventionen gestrichen und der Minister Trittin (Die Grünen) weigerte sich als offizieller Vertreter auf der jährlich stattfindenden Revanchistenfeier im Göttinger Rosengarten zu sprechen. Daraufhin verzogen sich die „Schlesier" in das Bundesland Bayern.

Verschiedentlich haben Abgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen und der PDS Eingaben in den Bundestag mit dem Ziel eingebracht, den Revanchisten das Handwerk zu legen oder sie zumindest mit ihren stetig steigenden Expansionswünschen zu bremsen. Der Erfolg solcher parlamentarischen Aktionen ist bescheiden. Regelmäßige Anfragen zum „rechtsextremen" Hintergrund von Vertriebenenverbänden haben bisher gezeigt, daß die Oppositionsparteien über deren Aktivitäten bestens Bescheid wissen, und daß die Bundesregierung den „Vertriebenenverbänden" äußerst wohl gesonnen ist. Eine Forderung nach Streichung sämtlicher Subventionen für „Vertriebene" wäre im jetzigen Bundestag nicht durchzusetzen. Gleichwohl müssen solche Forderungen öffentlich erhoben werden.

Antifaschistische Gruppen und Organisationen haben Ende der 80er Jahre ganze Forderungskataloge aufgestellt, die sich auch gegen die einseitige Ausrichtung der „Kulturarbeit" richteten, die auf die Spaltung der Bevölkerung in den Nachbarstaaten angelegt ist und unmittelbar in deren Politik anmaßend eingreift. Immer wieder wurde auf die Unantastbarkeit der Grenzen verwiesen, die von den demokratisch gewählten Bundesregierungen in verschiedenen Vertragswerken garantiert worden sind.

Die Aufhebung aller revanchistischer Patenschaften hat die Kreisvereinigung Stade der VVN-BdA gefordert und in einer Broschüre ausführlich auf die Probleme solcher Patenschaften verwiesen. Das Beispiel Stade hat bundesweiten Charakter, da solche Patenschaften hundertfach in der Bundesrepublik Deutschland existieren. Die Stader AntifaschistInnen haben erreicht, daß die Geschäfte der Revanchisten nicht im Verborgenen bleiben und die BürgerInnen über die revanchistischen Gepflogenheiten in ihrer Stadt diskutierten mußten, was innerhalb von Stade für eine Polarisierung sorgte.

Wer glaubt, die Vertriebenenpolitik sei ein Relikt aus der Zeit des „Kalten Krieges" muß sich eines besseren belehren lassen. Nadelstreifen- und Stiefelfaschisten sind sich längst mit etablierten PolitikerInnen darüber einig: „Seit dem Fall des Eisernen Vorhangs ist Vertriebenenpolitik so aktuell wie selten zuvor." So **Erika Steinbach** (CDU-MdB und BdV-Vizepräsidentin), die im Osten vor allem den „Deutschen" helfen und nach Möglichkeit „Grund und Boden erwerben" will, nicht durch „Rückgabe", wie sie in einem Gespräch betont. Ähnliche Zwecke verfolgt der Ost/West-Arbeitskreis im „Bund der Selbständigen" (BdS), der über entsprechende wirtschaftliche Verbindungen verfügt und Gelder vom Bundesinnenministerium erhält. In Zusammenarbeit mit dem BdS-Landesverband Nordrhein-Westfalen haben Mitglieder der CDU und FDP zusammen mit faschistoiden Kräften wie **Willi Peter Sick** und Dr. **Karlheinz Weißmann** die Vereinigung „Stimme der Mehrheit" gegründet, um die deutsche Politik nach rechts hin zu korrigieren.



.... wogegen Aktionen zu entwickeln sind!

Mit dem Sonderheft will DER RECHTE RAND auf solche Entwicklungen aufmerksam machen und dazu auffordern, dem etwas entgegenzusetzen. Die bisherigen parlamentarischen Versuche könnten durch außerparlamentarische Aktionen verstärkt werden. In diesem Sinne: No pasaran, sie werden nicht durchkommen!

In eigener Sache:

Die antifaschistische Zeitschrift DER RECHTE RAND erscheint inzwischen im achten Jahr. Begonnen als antifaschistische Zeitung, die zunächst auf den Raum Niedersachsen beschränkt gewesen ist, haben wir uns in den vergangenen Jahren zu einem bundesweiten Projekt entwickelt. Das betrifft sowohl die Leserinnen und Leser und die Autorinnen und Autoren, als auch die untersuchten rechten Zusammenschlüsse. Auch rechte Tendenzen außerhalb der bundesdeutschen Grenzen haben wir nicht außer Acht gelassen.

Die Mehrzahl unserer Autoren und Autorinnen vermeidet den Begriff „Rechtsextremismus". Er findet unter anderem auch in diesem Heft keine Anwendung, weil der Begriff des „Extremismus" im Rahmen der Totalitarismustheorie als Gleichsetzung von „links" und „rechts", die die „demokratische Mitte" gleichsam bedrohen sollen, eine Verwendung findet, die wir nicht auch noch fördern wollen. Wir reden von „Rechten", von „Rechtsradikalen" - die, die an die Wurzel gehen wollen -, von „Rechtspopulisten" und letztlich von (Neo-)Nazis oder (Neo-)Faschisten.

Unser Schwerpunkt liegt nicht bei der Dokumentation von Aktivitäten der offensichtlichen Neonazis - obwohl wir aktuelle Entwicklungen nicht außer acht lassen - sondern vielmehr bei allen Bestrebungen am rechten Rand dieser Gesellschaft. Dazu zählen auch bedenkliche Entwicklungen in vermeintlich fortschrittlichen Organisationen, von den konservativen ganz zu schweigen. Viel Augenmerk legen wir auch auf die Entwicklung der sogenannten „Neuen Rechten" und auf Strömungen im quasi-religiösen Bereich. Als Stichworte seien genannt: Neuheidentum, Esoterik, New Age, Antroposophie, Psychosekten.

Wir haben uns dabei nicht immer nur Freunde gemacht, was wohl in der Natur der Sache begründet sein dürfte.

Denen, die unsere Arbeit auf vielfältige Weise unterstützt haben, gilt unser Dank. Ohne die Antifaschistinnen und Antifaschisten, die mit uns beim Sammeln von Informationen und Erkenntnissen zusammenarbeiten und die wiederum die von uns zusammengefaßten Ergebnisse für ihre Arbeiten weiterverwenden, wäre unsere Arbeit nicht nur unmöglich, sondern auch überflüssig. Die Herausgabe einer Zeitung wie DER RECHTE RAND macht Sinn, wenn mit ihr gearbeitet wird.

Trotz der Bemühungen militanter Neonazis (vgl. hierzu das Sonderheft Nr.1 zum Thema „Anti-Antifa") und in jüngster Vergangenheit einzelner Ämter für Verfassungsschutz, unsere Arbeit zu be- und verhindern, bzw. wie im zweiten Fall, zu diskreditieren und denunzieren, erscheint DER RECHTE RAND weiterhin zweimonatlich mit seinen regulären Ausgaben.

Wie in der Vergangenheit von zahlreichen Gruppen und Initiativen bereits genutzt, bietet DER RECHTE RAND auch die Möglichkeit, zu einzelnen Themen oder Schwerpunkten durch die Bereitstellung von Referentinnen und Referenten vor Ort zu informieren.

Darauf wollen wir nicht nur hinweisen, sondern wir planen zu dem vorliegenden Sonderheft, in möglichst viele Städte zu reisen, um über die Grundlagen und Gefahren des organisierten Revanchismus informieren zu können.

Interessierte antifaschistische Gruppen und Einzelpersonen können unter der Redaktionsanschrift

DER RECHTE RAND, Postfach 1324, 30013 Hannover

Referentinnen und Referenten sowie Konditionen diesbezüglich erfragen.

Baldige Anfragen mit konkreten Terminvorschlägen halten wir für sinnvoll, damit eine Bündelung von mehreren Veranstaltungen in einer Region möglich werden kann.

Impressum

Verlag: Der Rechte Rand GbR
Rolandstraße 16 • 30161 Hannover
Postanschrift:
DER RECHTE RAND
Postfach 1324 • 30013 Hannover
Tel.: 0511 / 33 60 209
Druck: Werkdruck Hannover
Satz und Layout: R. Simon
V.i.S.d.P.: Klaus Harbart

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder. Redaktionsschluß für dieses Sonderheft war der 21. Juli 1997. Das Sonderheft wird nicht automatisch an die AbonnentInnen versandt, sondern muß direkt bei der Redaktionsanschrift bestellt werden. DER RECHTE RAND erscheint mit den aktuellen Ausgaben alle 2 Monate.